

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis halbjährlich 1,10 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Regulierungs-Zeitschrift. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Rußland, Schweden, Rumänien, Schottland und die Schweiz.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsstelligen Anzeigen ober deren Raum 60 Pf., für politische und gewerkschaftliche Erklärungen und Besprechungen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Tarife für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Wittwoch, den 30. September 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Der Erlaß des bayerischen Landesvorstandes.

Als unmittelbar nach der badischen Budgetbewilligung diese von zahlreichen Parteiorganen als eine Verletzung des Lübecker Parteitagbeschlusses und als ein Bruch der Parteidisziplin betrachtet wurde, wiesen die süddeutschen Parteiorgane solche Auffassung zurück. Die Abstimmung entsprechende dem Parteitagbeschlusse, hieß es; aber nicht die Parteipresse, sondern der kommende Parteitag habe zu entscheiden, ob die Budgetbewilligung im gegebenen Falle gerechtfertigt sei oder nicht.

Am 13. August schrieb die „Münchener Post“ über die Budgetbewilligung:

„Es ist richtig, etwaige Beschlüsse der süddeutschen Fraktionen abzuwarten und sie, wenn überhaupt ein Anlaß dazu vorliegt, auf dem allein zuständigen Parteitage sachlich zu besprechen.“

Und am 14. August:

„Bei der ganzen Angelegenheit ist nur eine Frage zu entscheiden, nämlich die, ob die Erklärung der badischen Parteigenossen die Bedingungen des Lübecker Beschlusses erfüllt oder nicht. Der „Vorwärts“ ist der Meinung, das ist nicht der Fall; die süddeutsche Parteipresse ist anderer Meinung. Zu entscheiden hat nun der Parteitag.“

Das war im Anfange, solange noch die Anhänger der Budgetbewilligung glaubten, die Mehrheit des Parteitages werde sich auf ihre Seite stellen. Als aber die Sprache der großen Mehrheit der Parteipresse ihnen zeigte, daß sie darauf nicht zu rechnen hätten, änderten sie etwas die Tonart. Indes fiel es ihnen noch nicht ein, zu bezweifeln, daß die Beschlusfassung über die Budgetbewilligung in die Kompetenz des Parteitages falle. Sie versuchten nun, den kommenden Parteitag einzuschüchtern und ihn zu diskreditieren. Das heißt, sie erkannten an, daß der Parteitag die oberste Instanz in der Frage sei, suchten aber den Genossen einzureden, daß gerade dieser Parteitag kein richtiger sei, wegen der gebundenen Mandate und des „Mandatskaufs“, den der Parteivorstand in schwachen Kreisen betriebe. Die „Münchener Post“ z. B. ließ sich am 3. September vernehmen:

„Dem Parteitag — der höchsten Instanz der Partei — wird auf diese Weise die entwürdigende Aufgabe zugeteilt, in einer an sich ganz nebensächlichen, rein taktischen Frage, eine Polizeikomödie aufzuführen. . . . So wird in der Tat der Parteitag — die höchste Instanz — von eben diesen Pseudorabulanten zu einem Polizeigericht entwertet. . . . Und unter diesen Verhältnissen halten wir nach wie vor die Frage einer ernsten Erwägung wert, ob die süddeutschen Parteigenossen sich an dieser Entwürdigung des Parteitages — der höchsten Instanz — beteiligen sollen.“

Man sieht, nicht der mindeste Zweifel wird geäußert, daß die Budgetbewilligung in die Kompetenz des Parteitages falle. Protestiert wird nur gegen die Art der Bescheidung des Parteitages. Diesen Protest mußte aber die „Münchener Post“ mit ihren Gefährten schleunigst in die Tische stecken, da er auf einer grundlosen Anschuldigung des Parteivorstandes und der norddeutschen Genossen beruhte. Auf dem Parteitage wurde gegen keines der Mandate auch nur der leiseste Einwand erhoben.

Die süddeutschen Referenten über die Budgetfrage auf dem Parteitage arbeiteten dann mit den schärfsten Mitteln der Einschüchterung. So erklärte Timm:

„Eine Resolution wie diese, die Sie uns aufzwingen, würde — ich spreche das in aller Ruhe aus — für uns unannehmbar sein. Hier gibt es keine Unterwerfung, sondern nur den entschiedensten Widerstand.“

Das heißt: wir fügen uns dem Parteitage nicht. Die Eingekerkerten können nur dadurch erhalten werden, daß der Parteitag sich uns unterwirft.

Aber trotzdem kam es auch Timm nicht in den Sinn, die Kompetenz des Parteitages in der Budgetfrage zu bezweifeln. Ja, derselbe Parteivorstand, dem der badische Landesvorstand das Schweigegebot entgegengehalten hatte, wurde von Timm angeklagt, er habe nicht kräftig genug eingegriffen.

„Ich klage auch den Parteivorstand an. Ich klage ihn an, daß er nicht eingegriffen hat. . . . Und ich verlange, daß das auch gegenüber allen Parteiorganen geschieht, und nicht nur gegenüber solchen Leuten, wo man meint, man könne den Mut dazu heben.“

So sprachen die Budgetbewilliger vor der Abstimmung. Nach Tisch aber las man's anders. Nach der Abstimmung las Segly eine von 66 süddeutschen Delegierten unterzeichnete Erklärung vor, in der die Ansicht ausgesprochen wurde, der Parteitag sei nicht für alle Parteiangelegenheiten die oberste Instanz, sondern nur für prinzipielle sowie für solche taktische Angelegenheiten, die das ganze Reich betreffen.

Die Mehrheit hörte diese seltsame Erklärung stillschweigend an, woraus einige süddeutsche Organe lähn den Schluß zogen, die Mehrheit habe ihr zugestimmt! Sie habe ihren eben noch langer, eingehender Diskussion in namentlicher Abstimmung feierlich bekräftigten Beschluß einfach dadurch unter den Tisch fallen lassen, daß sie eine vorher

nicht angekündigte, mit keinem Worte diskutierte Erklärung sich ruhig vorlesen ließ und kein Wort dazu sagte!

So sonderbar diese Auffassung, der bayerische Landesvorstand hat sie sich zu eigen gemacht. Er betrachtet die Ansicht der 66 Süddeutschen als den fortan geltenden Rechtszustand der Partei und erklärt daher in einem Erlaß vom 25. September im Gegensatz zum Parteivorstand, der Beschluß des Parteitages über die Budgetbewilligung hat keine bindende Kraft.

Der bayerische Landesvorstand macht sich also an, aus eigener Machtvollkommenheit einen Parteitagbeschlusse über den Häusen zu werfen und damit die bisherige Parteiorganisation aufzulösen.

Die Behauptung, dem Parteitag unterständen bloß prinzipielle und solche taktische Angelegenheiten, die das Reich betreffen, nicht aber Angelegenheiten der Landespolitik, ist etwas völlig Neues und Unerhörtes. Die süddeutschen Budgetbewilliger selbst haben diese Auffassung früher nicht geteilt, wie wir gesehen; sie haben selbst in der Frage der Budgetbewilligung an den Parteitag appelliert. In der ganzen Diskussion darüber ist mit keinem Wort die Kompetenz des Parteitages bestritten worden. Sollten die süddeutschen Budgetbewilliger das tun, dann müßten sie es vor der Abstimmung vorbringen, dann durften sie nicht wochenlang in der Presse und tagelang auf dem Parteitag darüber diskutieren, ob ihr Verhalten in den Landtagen der früheren Parteitagbeschlüssen entspreche, dann durften sie an der Abstimmung des Parteitages darüber nicht teilnehmen.

Widerpricht der Erlaß des bayerischen Landesvorstandes der bisherigen Haltung der süddeutschen Budgetbewilliger selbst, so widerspricht er auch unserem Organisationsstatut, an dem Süddeutsche ebenso wie Norddeutsche mitwirkten, das von einer Kommission ausgearbeitet wurde, deren Referent Bollmar war (1905). Dort heißt es im § 11:

„Der Parteitag bildet die oberste Vertretung der Partei.“

Und im § 15 heißt es:

„Zu den Aufgaben des Parteitages gehört . . .“

4. Die Beschlusfassung über die Parteiorganisation und alle das Parteileben berührenden Fragen.“

Von irgendwelchen Reservatrechten der Landespolitik ist hier keine Rede.

Selbstverständlich mischt sich der Parteitag nicht in die Landespolitik, wo es nicht nötig ist. Aber es liegt völlig in seinem Ermessen, welche Angelegenheiten der Landespolitik ihm für das allgemeine Parteileben wichtig erscheinen und daher von ihm zu entscheiden sind und welche nicht. Und nicht nur von der Landespolitik gilt das, sondern auch von der Kommunalpolitik, ja von individuellen Aktionen einzelner Personen, wenn sie das Parteileben berühren.

So hat es die Partei auch immer gehalten. Der oben zitierte 4. Absatz des § 15 unseres Organisationsstatuts findet sich auch in den alten Statuten von 1890. Und die Parteitage der Gesamtpartei haben ohne irgend welchen Widerspruch schon oft genug bindende Beschlüsse über Fragen der Landespolitik gefaßt, so über die Beteiligung an sächsischen und preussischen Landtagswahlen, ja über individuelle politische Verirrungen, wie 1894 über Rüdte und Stegmüller. Der Parteitag hat stets das Recht gehabt, über strittige Fragen in der Landes- wie in der Kommunalpolitik sein Urteil zu fällen.

Wo kämen wir auch hin, wenn dem Parteitag dieses Recht nicht zuläme, wenn das Gebiet, auf dem er die oberste Instanz bildet, durch die Landesorganisationen beschränkt wäre! Die Einheitlichkeit der Aktion ginge verloren und ewige Kompetenzkonflikte und Reibereien wären die Folge. Denn wo gäbe es eine Instanz, die feststellte, wo die Kompetenz des Parteitages aufhörte und die der Landesorganisation beginnt? Die Partei ginge in endlosen Konflikten in Trümmern.

Der bayerische Landesvorstand will prinzipielle Fragen dem Parteitag überlassen. Aber welche Fragen sind prinzipieller Natur? Die Mehrheit des Parteitages erklärt die Frage der Budgetbewilligung für eine prinzipielle. Der bayerische Landesvorstand dekretiert, sie ist eine taktische und darum ist der Beschluß des Parteitages darüber lediglich „schätzbares Material“, das die Landtagsfraktionen nach Gutdünken benutzen mögen.

Aber auch bei jenen Fragen, deren prinzipieller Charakter allgemein anerkannt wird, darf der Parteitag wohl Beschlüsse fassen die Landesparteiorganisationen sind aber souverän in der Art, wie sie den Beschluß auslegen. Der Parteitag darf da nichts mehr dreinreden. Und über welche Auslegungsmöglichkeiten wir verfügen, hat die Handhabung der Lübecker Resolution bewiesen!

Endlich: was bleibt an Fragen praktischer Politik noch dem Parteitag übrig, wenn die Partei sich vor dem Diktat des bayerischen Landesvorstandes beugt?

Das Schulwesen gehört zur Landespolitik. Wenn irgendwo eine Landtagsfraktion, um bäuerliche Stimmen zu gewinnen, einer Verfürzung der Schulpflicht zustimmt, hat der Parteitag nach der Auffassung des bayerischen Landesvorstandes kein Recht, einzugreifen, denn hier liegt ein Fall von Landespolitik vor und das Parteiprogramm sagt über die Dauer der Schulpflicht nichts.

Und wenn in einem anderen Landtag die Fraktion findet, Staatsschulden seien der Weg zur Hebung des Volks-

wohlstandes, so kann der Parteitag auch nichts dagegen machen; ebensowenig, wenn in einem dritten die Genossen die Staatsanwaltschaft oder die Polizei für notwendige Einrichtungen halten, denen sie die Mittel bewilligen müssen. Ja, schließlich könnte es auch Genossen in einem Landtage geben, die sich für indirekte Steuern begeistern, weil ihre Kleinbürgerlichen Wähler für direkte Steuern kein Verständnis haben. Jemand einen „zwingenden Ausnahmefall“, der diese Programmverletzung gestattet, werden sie schon finden.

Alles das fällt in das Gebiet der Landespolitik, auf alles das verliert der Parteitag jeden Einfluß, wenn der Erlaß des bayerischen Landesvorstandes zu recht besteht.

Dazu kommt die Tendenz der deutschen Regierungen, den Schwerpunkt des politischen Lebens immer mehr in die Landtage zu verlegen, den Reichstag immer mehr zu degradieren. Wird der Parteitag ausgeschlossen von jeder Beeinflussung der Landespolitik, so bedeutet das, daß er in gleichem Maße wie der Reichstag degradiert wird, daß er zu einem Schattenschein verurteilt und die wahre Kraft der Partei in den Landesparteivertretungen konzentriert — oder vielmehr zersplittert wird. Die deutsche Sozialdemokratie wird auf das Altenteil gesetzt und der Gesamtpartei ein paar Broden ihrer bisherigen Gebiete gelassen. In ihre Stelle treten ihre 26 jugendlichen Kinder. Wir hätten künftighin statt mit einer mit 26 sozialdemokratischen Parteien in Deutschland zu rechnen — vorausgesetzt, daß die Partei sich die Anschauung des bayerischen Landesvorstandes aneignete, was uns freilich ganz unmöglich scheint. Steht doch diese Anschauung im Widerspruch zu der bisherigen Auffassung der Budgetbewilliger selbst, im Widerspruch zum Organisationsstatut der Gesamtpartei, im Widerspruch zu den Interessen des deutschen Proletariats, dessen Klassenkampf aufs äußerste geschädigt würde, wollte man versuchen, die Erklärung des bayerischen Landesvorstandes in die Praxis umzusetzen.

Sie ist aber auch zwecklos als Versuch, die Abstimmungen der Fraktionen verfassungsgemäß zu decken. Verfassungsgemäß hat jeder einzelne Abgeordnete nach seiner Ueberzeugung abzustimmen. Sollten Beschlüsse des Gesamtparteitages damit unvereinbar sein, so gälte das nicht minder von Beschlüssen der Landesparteitage, ja der Fraktionen selbst. Verfassungsgemäß ist jede Bindung der Abgeordneten selbst durch einen Fraktionszwang verboten. Aber keinem Abgeordneten ist es verwehrt, die Beschlüsse des Parteitages als Parteigenosse anzuerkennen und danach zu handeln.

Wie man also die Erklärung des bayerischen Landesvorstandes auch drehen und wenden mag, sie ist in jeder Beziehung ungerechtfertigt und schädlich. Unsere bayerischen leitenden Genossen schreiten da weiter auf einer Wahn, auf der sie sich immer tiefer in eine unhaltbare Situation verrennen, immer schroffer in Gegensatz zur Gesamtpartei geraten. Es ist Zeit, daß sie sich auf ihre Parteipflichten besinnen.

Zur politischen Lage in Baden

wird uns geschrieben:

In einer schlimmen Krise befindet sich zurzeit die nationalliberale Partei in Baden. Das Mitglied des Oberkulturrats Rebmann hat seinen Posten als Vorsitzender des nationalliberalen Vereins in Karlsruhe wegen angeblicher Arbeitsüberhäufung niedergelegt; gleichzeitig wurde berichtet, daß Herr Rebmann, welcher in einem der drei Freiburger Landtagswahlkreise mit sozialdemokratischer Hilfe gewählt ist, dort nicht wieder kandidieren wolle. Das heißt, der Staatsbeamte will sich nicht vorwerfen lassen, daß er seinen Landtagsposten nur der Hilfe der Sozialdemokraten zu verdanken hat. Darin zeigt sich deutlich der Wandel der Regierungspolitik. Der frühere Minister Schenk, welcher aus daß gegen das Zentrum das Großblodabkommen unter der Hand gut hieß und nicht verhinderte, daß die amtliche „Karlsruher Zeitung“ einen fremdenlichen Artikel darüber brachte, wurde bald darauf von seinem Posten enthoben. Seit der Zeit stand es fest, daß die Regierung ein nochmaliges Großblodabkommen zu hindern suchen würde. Zu allem Ueberflus hat das der Nachfolger Schenkels, der jetzige Minister v. Bodmann, in seiner bekannten scharfen Rede gegen die Sozialdemokratie ausdrücklich hervorgehoben, indem er ausführte, daß ihm ein Vöhrerräten der Nationalliberalen an die Konservativen als das entschiedene Ratgeber erscheinen.

Diese ministerielle Auffassung hat in der nationalliberalen Partei zahlreiche Anhänger, namentlich gehören fast alle jene Abgeordneten dazu, die ihre Stitze nicht der sozialdemokratischen Hilfe zu verdanken haben, sondern alle Unternehmer, denen ein Zusammengehen mit den sozialdemokratischen Arbeitern, die ihnen durch ihre Lohnkämpfe so viele Ungelegenheiten bereiten, ein Grauel ist. Diese großblodfeindliche Richtung hat jetzt völlig Oberwasser in der nationalliberalen Partei gewonnen. So hat z. B. auch der Vorsitzende der badischen Gesamtpartei und der nationalliberalen Landtagsfraktion, Rechtsanwalt Dr. Ring seine Stitze plötzlich niedergelegt. Ein Verzicht, der die nationalliberalen Kreise dermaßen verbittert hat, daß das führende Organ der Nationalliberalen, die „Badische Landeszeitung“, von Rögler innerhalb der Partei sprach, die dem

Führer das Leben sauer gemacht und ihm die Mitarbeit nach fünfundzwanzigjähriger aktiver Parteitätigkeit verleidet hätten. Das Blatt suchte nachher diese gegen die eigenen Parteigenossen erhobenen schweren Vorwürfe zwar abzuschwächen, erklärte aber ausdrücklich, daß die Stellung der Partei zum Großblock „keine einheitliche“ sei.

Es wird also bei der Auffstellung des Kandidaten zu der übers Jahr stattfindenden Landtagswahl die Stellung zum Großblock eine sehr wesentliche Rolle spielen, wenn nicht, was keineswegs ausgeschlossen ist, bis dahin die Scharfmacher in der national-liberalen Partei völlig gesiegt und den Kampf für die Simultan-Volksschule und gegen die Zulassung von Männerlöstern aufgegeben haben. Ein Landesparteitag soll zum nächsten Sonntag einberufen werden, um einen Führer zu wählen. Bei dieser Gelegenheit dürfte der Schleier über die neuesten Vorgänge noch weiter gelüftet werden.

Der Vollständigkeit halber sei noch erwähnt, daß auch der Vorsitzende des jungliberalen Landesverbandes, Amtsgerichtsrat Dr. Koch, gleichfalls sein Amt niedergelegt hat. Der Landesverband hat wiederholt beschloffen, sich dem allgemeinen deutschen Verbands anzuschließen. Im Statut befindet sich nur aber die unsinnige Bestimmung, daß zur Gültigkeit eines solchen Beschlusses eine Dreiviertelmehrheit erforderlich ist. Da diese Mehrheit aber nicht ganz erreicht wurde, so hängt der Beschluß in der Luft, zum Gaubium aller praktischen Politiker und der Führer der Minderheit, die auf diese Weise die Mehrheit hindern, ihren Beschluß in die Tat umzusetzen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 29. September 1908.

Zur Reichsfinanzlage.

Obgleich erst die Steuer-Einnahmen der ersten fünf Monate des vom 1. April 1908 bis zum 31. März 1909 reichenden Rechnungsjahres 1908/09 bekannt sind, zeigt sich doch bereits, daß dieses Finanzjahr voraussichtlich mit einem noch weit größeren Fehlbetrag schließen wird, als die Jahre 1907/08 und 1906/1907. Im Augustmonat des laufenden Jahres zeigt sich allein schon gegen das Vorjahr eine Mindereinnahme von über 12 Millionen Mark. Speziell die Einnahme aus den Zöllen hat bisher in keinem Monat des laufenden Etatsjahres die vorjährige Höhe erreicht. Der Ausfall gegen das Vorjahr beträgt in den fünf bisher verstrichenen Monaten nicht weniger als 45,44 Millionen Mark. Die vorjährige Zolleinnahme hatte zwar ein Mehr über den Etatsanschlag von 44,88 Millionen Mark gebracht, so daß man, wenn die nächsten Monate, was allerdings kaum anzunehmen ist, der vorjährigen Einnahme gleich kämen, damit rechnen könnte, daß das Etatsoll von 1907 mit 600,96 Millionen Mark erreicht werden wird. Nun hat aber der Etat für 1908 in seinem Anschlag die Zolleinnahme um 66,81 Millionen Mark gegenüber dem Vorjahre erhöht, so daß im laufenden Etatsjahre 666,97 Millionen Mark aufkommen sollen. Die ersten fünf Monate haben erst 238,68 Millionen Mark eingebracht. Verechnet man diese Zolleinnahme auf das ganze Jahr, so ergibt sich nur eine Summe von 572,68 Millionen Mark, so daß sich ein Ausfall gegenüber dem Etatsanschlag von 93,78 Millionen Mark herausstellen würde. Allerdings pflegen die Zolleinnahmen im zweiten Halbjahre des Etatsjahres höher zu sein als im ersten, aber man darf sich schon darauf gefaßt machen, daß die Einnahmen aus den Zöllen im laufenden Etatsjahre um fünfzig bis sechzig Millionen Mark hinter dem Vorausschlage zurückbleiben werden. Unter dem Ausfall wird insbesondere der Hinterbliebenenversicherungsfonds zu leiden haben, der im vorigen Etatsjahre mit 42,88 Millionen Mark gespeist werden konnte. Es ist leicht möglich, daß er in diesem Jahre nahezu leer ausgeht. Reht sich doch berechnen, daß der Zollaussfall allein beim Weizen, Roggen und Reis in den ersten fünf Monaten des laufenden Etatsjahres mehr als 28 Millionen Mark beträgt. Uebrigens stellen sich die Ausfuhrvergütungen, Erhebungskosten und Verwaltungskosten bei den Zolleinnahmen weit höher als der Etatsanschlag voraussetzt. Es sind für das ganze Jahr 1908 34,90 Millionen Mark eingestellt, während in den fünf Monaten bereits 26,88 Millionen Mark verausgabt sind, so daß man vielleicht auf eine Gesamtausgabe kommen wird, welche den Etatsatz um 30 Millionen Mark übersteigt. Diese starken Aufwendungen drücken naturgemäß die Zolleinnahme noch wesentlich herab.

Aber nicht nur in den Zolleinnahmen zeigt sich ein für die Finanzverwaltung höchst fataler Ausfall an erwarteten Einnahmen. Mit Ausnahme der Zigarettensteuer dürften voraussichtlich die sogenannten neuen Steuern, das sind die vor Jahren geschaffenen, den Vorausschlag bei weitem nicht erreichen. Gegen das Vorjahr weist z. B. der Frachtturkundenstempel 400 000 M. an Mindereinnahmen auf, die Fahrkartensteuer brachte bis Ende August erst 7,88 Millionen Mark, soll aber im ganzen Jahr 23 1/2 Millionen Mark bringen, die Lantiensteuer brachte 0,92 Millionen Mark statt 2,29 Millionen im Vorjahre; am bedeutendsten wird der Ausfall bei der Erbschaftsteuer sein, deren Einnahmefuß für 1908 um 6 Millionen Mark höher veranschlagt ist, als für das Jahr 1907. Im Jahre 1907 sollten 30 Millionen Mark eingegehen, es sind aber nur 20,26 Millionen Mark eingekommen, so daß ein Ausfall von 9,74 Millionen stattfindet. Die Erhöhung des Etatsolls für 1908 wurde damit begründet, daß allmählich sich die Wirksamkeit der Steuer immer mehr zeigen müsse. Man merkt aber von einer Zunahme sehr wenig, und es sind in dem laufenden Jahre bisher erst 630 000 M. mehr eingeommen als im gleichen Zeitraum des vorigen Etatsjahres. Da die fünf Monate erst 9,43 Millionen Mark ergeben haben, wird man selbst bei einer progressiven Steigerung für das laufende Etatsjahr auf nicht mehr als 25 Millionen Mark zu rechnen haben, sodas sich gegenüber dem Etatsoll ein Ausfall von etwa 17 Millionen Mark ergeben wird.

Im ganzen werden nach diesen Schätzungen die neuen Steuern im laufenden Etatsjahre etwa 23 Millionen Mark weniger ergeben, als der Etat für 1908 annimmt.

Das Kriegsministerium als politisches Agitationskomitee.

Wir haben vor kurzem berichtet, daß einige Bezirkskommandos auf die ihnen unterstellten Offiziere des Weurlaubtenstandes einen Druck zum Beitritt zu den Kriegervereinen ausübten. Konnte man zunächst der Vermutung zuneigen, daß es sich bei diesem Vorgehen um Eigenmächtigkeiten der Bezirkskommandeure handele, so steht jetzt fest, daß diese politische Agitation direkt vom Kriegsministerium ausgeht. Das „Berliner Tageblatt“ ist in der Lage, folgende Wehmerlasse an die Bezirkskommandos zu veröffentlichen:

Auszug

aus der Verfügung des Kriegsministeriums vom 18. Januar 1892 — Nr. 67/12, 91. C. 8. II. Ang. — Geheim. Betrifft: Verpflichtung der Offiziere des Weurlaubtenstandes usw. zur Beteiligung an der Förderung des Kriegervereinswesens.

Den Anschlag der Kriegervereine an den Deutschen Kriegerbund anlangend, so hat derselbe, wie auch der Beitritt von Offi-

zieren zu den Vereinen, in fast allen Korpsbezirken erheblich zugenommen und wird der günstige Einfluß, welchen einerseits diese Unterstellung der Vereine unter eine geeignete Kontrollstelle, andererseits die Teilnahme von Offizieren ganz besonders an den Vereinsfestungen ausübt, anerkennend hervorgehoben.

Das Kriegsministerium ersucht daher ganz ergeben, den Beitritt von Offizieren des Weurlaubtenstandes usw. sowie besonders deren tätige Beteiligung an dem Vereinsleben nach wie vor fördern zu wollen, es läßt sich erwarten, daß die Offiziere, je bekannter und vertrauter sie mit den übrigen Vereinsmitgliedern werden, um so leichter in die Vereinsvorstände kommen werden, was wesentlich dazu beitragen würde, das Kriegervereinswesen in richtige Bahnen zu lenken beziehungsweise in solchen zu erhalten.

Auszug

aus der Verfügung Königl. Kriegsmin. vom 23. 11. 1900. — Nr. 486/11. 03. Z. 1. II. Ang. — Geheim.

Der Vorsitzende des Preuß. Landes-Kriegerverbandes hat gebeten, daß die vom Professor Dr. Westphal verfaßte Schrift: „Das deutsche Kriegervereinswesen usw.“ den Königl. General-Kommandos und Bezirkskommandos namentlich zur Verteilung an die Offiziere des Weurlaubtenstandes überhandt werden möchte.

Diese Schrift gibt Aufklärung über Zweck und Ziel des Kriegervereinswesens und dessen Bedeutung für den Staat und dürfte geeignet sein, die seitens des genannten Vorsitzenden gewünschte regere Betätigung der Offiziere des Weurlaubtenstandes in den Kriegervereinen zu fördern. Diese Schrift ist seinerzeit an die Herren Offiziere des Weurlaubtenstandes verteilt worden. Es wird darauf hingewiesen, daß diese Verfügungen als geheim zu betrachten sind.

Beide Erlasse beweisen, daß das preussische Kriegsministerium sich selbst als eine Art politisches Agitationskomitee betrachtet, läge doch sonst nicht der geringste Anlaß vor, auf die Geheimhaltung der Erlasse zu dringen. Für uns ergibt sich aus dieser Beteiligung des Kriegsministeriums am politischen Agitationsstreben um so mehr die Pflicht, ihm ohne Rücksicht auf alle vaterländischen Tiraden die Mittel zu versagen und zugleich darauf zu halten, daß alle Arbeiter, die Anhänger unserer Partei sind, aus den kriegsministeriell begünstigten politischen Vereinen, die sich Kriegervereine nennen, austreten.

Wie Du mir, so ich Dir!

Die badische Regierung hat gegen den „Simplicissimus“ Strafantrag gestellt wegen Beleidigung des Großherzogs. Es handelt sich um die satirisch gefärbte Konstatierung, daß der badische Fiskus Eigentümer eines Vorderells in Heidelberg war, eine Angelegenheit, die wir bereits kürzlich ausführlich geschildert haben. Was der Großherzog damit zu tun hat, ist unerfindlich; aber es muß dem Kakte der badischen Regierung überlassen bleiben, wenn sie den Großherzog in ihre wenig hübsche Heidelberg Affäre hineinziehen will.

Das Eisenbahnverbot führte übrigens zu einem Briefwechsel zwischen der badischen Generaldirektion und dem „Simplicissimus“, den die „Misch. Post“ im Wortlaut mitteilt:

I. Karlsruhe, 28. Februar 1907.

Großherz. Generaldirektion der Badischen Staatseisenbahnen. An den Simplicissimus-Verlag in München. Auf das Schreiben vom 23. d. Mis. (in diesem Schreiben hatte der „Simplicissimus“ eine Erklärung des Verbotes verlangt). Der „Simplicissimus“ bringt häufig Darstellungen in Wort und Bild, die geeignet sind, die bestehende Ordnung und gute Sitte zu gefährden. Er eignet sich deshalb nicht zum Verkauf in den Räumen unserer Staatsbahnverwaltung. gez. Roth. gez. Busch.

II. München, 2. März 1907.

An die Generaldirektion der Badischen Staatseisenbahnen. Auf das Schreiben vom 28. Februar 1907. Der Vohlott ist ein Mittel, das geeignet ist, die bestehende Ordnung und gute Sitte zu gefährden. Er eignet sich deshalb nicht für Staatsbehörden. gez. Simplicissimus-Verlag G. m. b. H.

Erhöhung der preussischen Einkommen- und Ergänzungssteuer.

Verschiedene Blätter wukten dieser Tage zu melden, daß die neuen Einkommen, die der preussische Staat brauche, vornehmlich der Wehrbedarf für die Beamtenbesoldungen, ausschließlich durch eine Dinausschraubung der Einkommensteuerverträge beschafft werden sollen. Darauf meldet die „Neue pol. Tageszt.“:

„Es ist irrig anzunehmen, daß der Wehrbedarf für die Beamtenbesoldungen allein durch eine Erhöhung der Einkommensteuerverträge beschafft werden soll; auch die Ergänzungssteuer wird eine entsprechende Erhöhung erfahren, da der Grundsatz durchgeführt werden soll, daß nur denjenigen Kreisen der Bevölkerung vermehrte Lasten zugemutet werden, die sie zu tragen imstande sind. Ob diese Wehrbelastung dauernd sein muß, ist auch noch sehr zweifelhaft. Denn daraus, daß sich vordringend in der Lage der Wirtschaftsverhältnisse bei der Eisenbahnverwaltung ein Anmerktertrag gegen den Etatsanschlag ergibt, folgt noch keineswegs, daß nicht ein Teil des künftigen Wehrbedarfs für Besoldungen durch Inanspruchnahme der Ueber-schüsse der Betriebsverwaltungen gedeckt werden kann, zumal wenn die verkindete größere Sparfamkeit zur Tat wird. Es bleibt auch zu beachten, daß gerade in der letzten Zeit bei der Eisenbahnverwaltung Neuanschaffungen die Ueber-schüsse in einem Maße gedrückt haben, wie es für die Zukunft nicht zu erwarten ist.“

Bürgerchaftswahl in Hamburg.

Im 62. Bezirk der allgemeinen Wahlen zur gesetzgebenden Körperschaft Hamburgs fand am Dienstag die Stichwahl statt zwischen unserem Genossen Lüth und dem Kandidaten der vereinigten Liberalen, Koch. Bei der Hauptwahl beteiligten sich zierla 88 Prozent der Wähler. Bei allen Wahlen und Nachwahlen, die seit der Wahlentziehung stattgefunden haben, macht sich ein starker Zug nach links bemerkbar. Die Anhänger des neuen Massenwahlrechts sind zu einem großen Teile bei der vorjährigen halbseitigen Erneuerung der Bürgerchaft ausgeschaltet worden, während bei allen noch unter dem alten Zensuswahlrecht stattgehenden Nachwahlen — die eine Stadthälfte wählt bis 1910 noch nach diesem Wahlrecht — die Wahlrechtsräuber sämtlich auf der Strede geblieben sind. Obwohl im 62. Bezirk, bisher vertreten durch einen Wahlrechtsther, zum größten Teile Beamte wohnen, ist unsere Stimmzahl von 241 auf 391 gewachsen; der Liberale hat 509, der Reaktionär nur 270 Stimmen erhalten.

Hamburg, 20. September.

(Privatbesuche des „Vorwärts“.)

Bei schwächerer Beteiligung erhielt Lüth (Soz.) 374, Koch (lib.) 308 Stimmen. Koch ist also gewählt.

Diamanten in Deutsch-Südwestafrika.

Einer Berliner Meldung der „Kölnischen Zeitung“ zufolge schweben zur Zeit wegen des Vorkommens von Diamanten bei Lüderichs Verhandlungen, die auf ein gemeinschaftliches Zusammengehen aller Interessenten unter Gründung einer großen deutschen Gesellschaft abzielen. Das Reichs-Kolonialamt herrte durch Verfügung vom 22. September das für Diamantfunde wichtige Gebiet der Deutschen Kolonialgesellschaft für Südwestafrika für die allgemeine Schürfreibeit.

Wetterzeichen im Ruhrrevier.

Gegen die Vergleute des Ruhrreviers ist allem Anschein nach ein großes Aestelreiben geplant. In den schwarzen Listen, dem niedrigen Verdienst, schlechter Behandlung, hohen Steuern und einseitiger Festsetzung von Maximallöhnen, kommt jetzt noch eine neue, die Vergarbeiter provozierende Maßregel. Auf Jede „Pluto“ bei Gelsenkirchen sollen neue Förderwagen eingeführt werden, die fünfzehn Zentner fassen; die bisher gebräuchlichen Wagen fahnen nur 12 1/2 Zentner. Den Arbeitern sollen als Ausgleich ganze zehn Pfennig pro Wagen vergütet werden, was bei einem Lohn von 1,20 M. pro Wagen eine Lohnreduktion von 70 Pf. bei 75 Zentnern bedeutet. — Diese neueste Maßregel wird aber schon deshalb unerhörteste Erbitterung hervorzurufen, weil die Schinderei schon bei den bisherigen Wagen für Menschen und Tiere eine große war. Die „Vergarbeiter-Zeitung“, aus der diese Meldung stammt, warnt, den Wogen zu straff zu spannen, und gibt der Meinung Ausdruck, daß die Unternehmer zu einem Streik hintreiben wollen. Die Einführung größerer Wagen hat schon einmal zu einem Vergarbeiterstreik geführt.

Deutsch-englische Friedensdemonstration.

Genosse Sassenbach schreibt uns: In der „Leipziger Zeitung“ befindet sich in dem Bericht über die Berliner Friedensdemonstration folgende Stelle:

„Daß die sozialdemokratische Art, die Friedenspropaganda für ihre Umsturzwecke auszubenten, nicht dem Sinn der englischen Friedensbestrebungen entspricht, wurde geradezu am Sonntag von englischer Seite festgestellt. Die Deputation hatte nämlich eine Adresse aus England mitgebracht, in der die deutschen Arbeiter aufgefordert werden, sich mit den Arbeitern Englands und Frankreichs zu vereinigen, um statt des Krieges ein obligatorisches Schiedsverfahren zu erwirken. Diese in englischer Sprache verfaßte Adresse, die der Sekretär der Internationalen Schiedsgerichtsliga, Mitglied des englischen Unterhauses Mabbison am Sonntag feierlichst den „Genossen“ überreichte, mußte natürlich zum Verständnis der Versammlung übersezt werden. Und diese Uebersetzung wurde dem Revisionisten Wernstein, der bei seinem jahrelangen Aufenthalt in London am meisten dazu geeignet erschien, übertragen. Wernstein aber lehrte sich an den Wortlaut der Adresse nur wenig, sondern gab ihr in freier Uebersetzung eine rein sozialdemokratische Form. Was in dem Schriftstück an den gebräuchlichen Phrasen und Schlagwörtern, die den Klassenhaß aufstacheln sollen, fehlte, das fügte Wernstein hinzu. So sprach er in seiner Verdeutschung auch von dem „verderblichen Einflusse der Ausbeuter“, die bei den Kriegtreiberen eine Rolle spielten. Glücklicherweise aber gab es unter den Mitgliedern der englischen Deputation auch solche, die recht gut Deutsch verstanden und die natürlich nicht wenig über die allzu freie Uebersetzung des „Genossen“ Wernstein erstaunt und auch entristet waren. Der Uebersetzer der Adresse, Mabbison, trat sofort auf, um die Fälschung zu entlarven.“

Da eine ähnliche Notiz durch die ganze Reichsverbandspresse läuft, möchte ich feststellen, daß die Adresse nicht in englischer, sondern in deutscher Sprache überreicht wurde. Sie wurde in London übersezt und in deutscher Sprache gedruckt und in einhundert Exemplaren an mich gesandt. Es ist nicht wahr, daß sich die englischen Vertreter über eine unrichtige Uebersetzung beklagt haben. Das war schon aus dem Grunde nicht möglich, weil kein einziges Mitglied der englischen Delegation der deutschen Sprache mächtig war. Im Gegenteil hat Herr Mabbison, der Führer der englischen Delegation, noch in einer Zusammenkunft am Montag nach der Demonstration seinen herzlichsten Dank ausgesprochen und mich gebeten, diesen Dank den am Zusammenkommen der Demonstration beteiligten Personen zu übermitteln. Auch mit keiner Silbe ist angebeutet worden, daß man sich über eine unrichtige Uebersetzung zu beschweren habe. Joh. Sassenbach.

Schweiz.

Die Vereinigung für geschlichen Arbeiterschutz.

Luzern, 28. September. Die Internationale Vereinigung für geschlichen Arbeiterschutz ist heute im hiesigen Rathaus zu ihrer 5. Generalversammlung zusammengetreten. Sämtliche europäischen Staaten, außer Portugal und den Balkanländern, haben amtliche Delegierte, Sektionsvertreter und Gäste entsandt, außerdem die Vereinigten Staaten Amerikas, Japan und der Kapst. Aus Deutschland sind Delegierte des Reichs, der Regierungen von Preußen, Sachsen und Baden und 16 Vertreter der Gesellschaft für soziale Reform erschienen. Nach Begrüßungen durch den Präsidenten der Vereinigung Landammann Scherrer (St. Gallen) und den Schultheiß von Luzern wurden fünf Kommissionen gebildet zur Vorbererung folgender Gegenstände: Finanzen und Verwaltung, Bekämpfung gewerblicher Gifte, Kinder- und Heimarbeit, Maximalarbeitsstag und Wollzug des Arbeiterschutzes, Internationale Unfallversicherung. Diese Kommissionen erstatten morgen und am Mittwoch dem Plenum Bericht.

Luzern, 20. September. In ihrer zweiten Plenarsitzung behandelte die Internationale Vereinigung für geschlichen Arbeiterschutz das Verbot der gewerblichen Nachtarbeit der Jugendlichen und beschloß: Im allgemeinen soll dies Verbot für alle Arbeiter beiderlei Geschlechts bis zum vollendeten achtzehnten Lebensjahre eingeführt werden; absolut gilt es bis zum vollendeten vierzehnten Jahre. Ausnahmen sind nur für Fälle höherer Gewalt und in gewissen Saisonbetrieben zulässig, ferner für eine bestimmte Beschäftigung in Glashütten als Uebergangsmaßregel. Die Vereinigung beharrt auf ihrem Wunsch völliger Nacht Ruhe für Jugendliche, wird die Verhältnisse weiter prüfen und zu gegebener Zeit eine internationale Regel vorzuschlagen. Den Regierungen, die die Berner Staatsverträge ratifiziert haben, wird Dank ausgesprochen. Die englische Ausgabe des Bulletin wird durch einen beträchtlichen Zufuß gesichert. Die Beamten des internationalen Arbeitsamtes erhalten Pensionsversicherung. Der nächste Delegiertentag soll im Herbst 1910 in Lugano stattfinden.

Schweden.

Von Erfolge zu Erfolge.

Stockholm, 27. September. (Sig. Ver.) In Stockholm, das am Freitag in seinen fünf Wahlkreisen seine 21 Abgeordneten zur zweiten Kammer wählte, haben unsere Parteigenossen samt den liberalen Demokraten auf der ganzen

Rnie gesiegt. Gewählt sind 10 Sozialdemokraten und 11 als zuverlässig geltende Liberale. Die Zahl der sozialdemokratischen Vertreter der Hauptstadt hat sich damit verdoppelt. Im 1. Wahlkreise siegte die 5 Kandidaten der rein sozialdemokratischen Liste mit 3867 bis 3417 Stimmen gegenüber der antisozialistischen Liste, die nur 1990 bis 1749 Stimmen erhielt. Hier ist der Verbandsvorsitzende der Transportarbeiter Lindley wiedergewählt, und neugewählt sind die Genossen Journalist Sven Persson, Kassierer Södersberg, Zollbeamter Risén und Wirtlicher Hasselquist. Im 5. Kreise, wo ebenfalls eine rein sozialdemokratische Liste aufgestellt war, wurden die Genossen Branting, „Socialdemokraten“ Hauptredakteur, Lindquist, der Vorsitzende der Landesorganisation der Gewerkschaften, und Versicherungsbeamter Tengdahl wiedergewählt, und Redakteur Johansson neugewählt. Unsere Genossen siegten hier mit 4143 bis 4133 Stimmen über die Antisozialisten, die es nur auf 1566 bis 1532 Stimmen brachten. Im dritten Kreise wurde ein Sozialdemokrat, Ernst Blomberg, der Verbandsvorsitzende der Schmiede und Maschinenarbeiter, wiedergewählt und außerdem 8 Liberale gewählt, während die beiden übrigen Kreise ganz den Liberalen mit Unterstützung der Sozialdemokratie überlassen blieben. Unter den wiedergewählten Liberalen sind der frühere Staatsminister Staaf, ferner Fridtjow Berg, der unter ihm Kultusminister war, sowie der Bürgermeister Lindhagen, ein demokratisch gesinnter Mann, der mit besonderem Eifer für das Frauenwahlrecht eintritt. Die konservativen oder sich liberal nennenden Antisozialisten haben bei diesen Wahlen eine überraschend schwere Niederlage erlitten, obwohl sie eine in Schweden bisher unbekannte Wahlreform nach amerikanischem Muster entfaltete und sogar durch Trompeter zu Pferde ihre Wähler zusammenblasen ließen. Ein weiteres Mandat haben unsere Parteigenossen in dem südlich von Stockholm liegenden Kreise der Kleinstädte von Södermanland erobert, wo Redakteur Svensson mit 740 über 637 Liberale und 441 konservative Stimmen siegte. Ferner ist in der Stahlindustriestadt Eskilstuna der sozialdemokratische Messerschmied Kropp wiedergewählt.

Im ganzen waren bis Ende der verflochtenen Woche von den 230 Abgeordneten der zweiten Kammer 220 gewählt, und zwar 82 Sozialdemokraten, 68 Liberale und 90 Konservative. Bei den vorigen allgemeinen Wahlen 1905 wurden 13 Sozialdemokraten gewählt, und weitere 4 Mandate eroberten unsere Genossen bei den Ergänzungswahlen im Laufe der Legislaturperiode. Soeben kommt die Nachricht, daß im Wahlkreise Vesterås unser Parteigenosse Viktor Larsson mit 1813 gegen 75 Stimmen des konservativen Kandidaten wiedergewählt ist. Vor 3 Jahren kam Larsson mit der schwachen Mehrheit von 749 gegen 818 Stimmen in den Reichstag. Mit ihm ist der letzte von den 17 Sozialdemokraten, die bereits Mitglied des Reichstages waren, wiedergewählt und dazu haben wir 16 neue Mandate erobert, so daß die Fraktion auf 33 Köpfe angewachsen ist.

Türkei.

Ibrahim auf der Flucht.

Konstantinopel, 29. September. Wie türkische Blätter melden, hat der Kurdenführer Ibrahim sich nach dreistündigem Gefecht während der Nacht aus Siranische in der Richtung auf Sindjar geflüchtet. Die Verfolgung wurde eingeleitet.

Bulgarien.

Der Konflikt mit der Türkei.

London, 28. September. Wie das Reuters Bureau meldet, hat die englische Regierung Bulgarien mitgeteilt, daß sie der Meinung sei, die Fortdauer der Besetzung der Orientbahn lasse sich nicht recht fertigen.

Unnachgiebig.

Wien, 29. September. Der bulgarische Ministerpräsident erklärte in einem Interview mit dem Korrespondenten der „N. F. B.“, daß die bulgarische Regierung in Angelegenheit der Orientbahnen auf ihrem Standpunkte beharren müsse und daß eine Rückgabe nicht erfolgen könne. Die Regierung werde eine rechtliche Basis finden, damit den Eigentümern kein materieller Schaden erwachse. Was die Unabhängigkeitsfrage betreffe, so erklärte der Ministerpräsident, daß diese Frage die Regierung als solche nicht beschäftige.

Verschärfung der Situation.

Wien, 29. September. Die Verwaltung der Orientbahn in Wien erhielt von der Konstantinopeler Direktion folgende Depesche: „Unser Personal in Ostrumelien ist den ständigen Gewalttätigkeiten seitens bulgarischer Beamten ausgesetzt. Die Situation kann unmöglich so weitergehen. Wir bitten dringend, bei den Regierungen Schritte zu unternehmen, damit dieser Zustand beendet wird.“

Persien.

Vergebliche Beschießung.

Täbris, 28. September. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die dreitägige Beschießung der Stadt ist ergebnislos verlaufen und hat die Schwäche und Untauglichkeit der Strafexpedition erwiesen, die sich aus Mannschaften wilder, nicht geschulter Stämme zusammensetzte. Beide Parteien haben sich mit der Bitte um Vermittlung an den russischen Konsul gewandt. In der Stadt herrschte großer Brotmangel, da die Zufuhr aus der Umgegend auf Befehl Mir el Daulehs eingestellt worden ist.

China.

Zurückziehung der japanischen Truppen.

London, 29. September. „Daily Telegraph“ meldet aus Tokio vom 28. d. M.: Die japanische Regierung halte es nicht länger für notwendig, eine größere Garnison in Nordchina zu unterhalten und habe deshalb beschlossen, die Hauptmasse der dort befindlichen japanischen Truppen zurückzuziehen und nur kleine Kontingente in Peking, Tientsin und Schanghai zu lassen.

Marokko.

Der Zwischenfall von Casablanca.

Paris, 28. September. Der Minister des Auswärtigen Michon hat heute abend den deutschen Geschäftsträger Freiherrn von der Landen-Wakenitz empfangen, mit dem er über den Zwischenfall in Casablanca eine Besprechung hatte. Die Unterredung verlief in sehr verbindlichen Formen; von beiden Seiten wurde das größte Entgegenkommen gezeigt. Im Laufe der Unterredung bemerkte Michon, bevor nun über die Frage verhandelt werden könne, müsse man die Tatsachen ganz genau kennen. Ein ausführlicher Bericht sei vom General d'Amade eingefordert worden.

Aus der Partei.

Der Nürnberger Parteitag in den Organisationen.

In einer Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Königsberg, die am Sonntag abgehalten wurde, gab Genosse Hugo Haase den Bericht über den Parteitag. Besonders die Budgetbewilligungsfrage fand in der Berichterstattung des Genossen Haase eingehende Würdigung. In der Diskussion beleuchtete Genosse Gottschall die verwirrende Ansicht des Genossen Segitz, der in einer fürther Parteiverammlung seiner Meinung dahin Ausdruck gegeben, daß es keine Bestimmung im Parteistatut gebe, nach der die Landesorganisationen in allen Fragen dem Parteitag unterstehen. Die Ansicht des Genossen Segitz ist grundsätzlich und der Versuch, die Geschlossenheit der Partei anzutasten, muß entschieden zurückgewiesen werden. Zweifellos ist der Parteitag in allen Parteifragen die höchste Instanz, der sich alles zu unterwerfen habe. Nachdem die Thematika zur Frauen- und Jugendorganisation sowie die Stellung des Nürnberger Parteitages zur Kaiserfeierangelegenheit eingehend vom Referenten und in der Debatte behandelt worden waren, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: Die Versammlung erklärt sich mit den Beschlüssen des Nürnberger Parteitages einverstanden und billigt ausdrücklich die unseren alterproben Parteigrundsätze entsprechende Resolution zur Budgetfrage.

In Heidelberg erklärte sich eine gutbesuchte Parteiverammlung mit der Haltung ihres Delegierten, des Parteisekretärs E. Raier, der gegen die Budgetresolution stimmte, einverstanden.

In Freiburg i. B. wurde nach einem Referat des Genossen Engler eine Resolution gegen sechs Stimmen angenommen, die sich mit den Beschlüssen des Parteitages einverstanden erklärt — mit Ausnahme der Resolution zur Budgetfrage. Die Versammlung billigte die Erklärung der 66.

In einer stark besuchten Parteiverammlung für Hamburg III. Distrikt Wandsbek, wandten sich nach einem ausführlichen Bericht des Delegierten Paeplov, der mit den Süddeutschen gegen die Vorstandsresolution (Budgetfrage) gestimmt hat, alle Redner — Meyer, Henze, Damm und Grönwald — scharf gegen die Anschauungen der Parteitagsminderheit. Der Abgeordnete dieses Kreises, Genosse Meyer, beleuchtete kritisch die Erklärung des bayerischen Landesvorstandes, worauf in späterer Stunde eine sich besonders mit der Haltung des Parteitages in der Budgetfrage einverstanden erklärende Resolution gegen eine Stimme Annahme fand.

Eine Parteiverammlung für den Reichstagswahlkreis Dresden-Land nahm eine Resolution an, in der die Versammlung ihre Verteidigung mit den Beschlüssen des Nürnberger Parteitages ausdrückt, aber energisch Verwahrung dagegen einlegt, daß die süddeutsche Presse die fälschlicherweise Hinnahme der Erklärung der 66 Süddeutschen als eine Zustimmung dazu aufsaßt.

In einer Versammlung des sozialdemokratischen Vereins Friedberg (Großherzogtum Hessen) entspann sich eine eingehende Diskussion besonders darüber, ob die Frage der Budgetbewilligung als eine prinzipielle oder nur als eine Frage der Taktik anzusehen sei. Die Entscheidung wurde schließlich offen gelassen und unter Weglassung der Einleitungsätze folgende vom Genossen Busold vorgelegte Resolution akzeptiert: Die Versammlung erklärt: Das Parteinteresse erfordert ein einheitliches Vorgehen in allen gesetzgebenden Körperlichkeiten nach festzusetzenden Richtlinien. Maßgebend können mithin nur die Beschlüsse der Parteitage der Gesamtpartei sein. Die Versammlung bedauert deshalb, daß, nachdem der Parteitag in dieser Frage seine Stellungnahme festgelegt hatte, Genosse Segitz im Namen von 60 Delegierten eine Erklärung im entgegengesetzten Sinne abzugeben sich veranlaßt sah. Ganz besonders bedauert aber die Versammlung, daß auch Delegierte aus Hessen diese Erklärung mit unterzeichnet haben. Die Versammlung gibt sich trotzdem der Hoffnung hin, daß die süddeutschen Genossen im Interesse der Gesamtpartei nach dem erneuten Beschluß des Parteitages handeln werden und zwar so lange, als ein anderer Parteitagebeschluss nicht zustande kommt.

Die Kreisversammlung des nassauischen Reichstagswahlkreises Montabaur-St. Goarshausen erklärte sich nach einem Referat des Genossen Rudolph-Frankfurt a. M. mit den Beschlüssen des Parteitages einverstanden.

Pollzeiliches, Gerichtliches usw.

Streifens der Presse.

Die Presse vor der Revisioninstanz. Wegen angeblicher Beleidigung des Linnar-Kriegsgerichtshofes von der I. Gardebildung Berlin und des sächsischen Finanzministeriums wurde Genosse Keimling, Redakteur der „Leipziger Volkszeitung“, am 14. Mai vom Landgericht Leipzig zu sechs Wochen Gefängnis und 75 M. Geldstrafe verurteilt. Die gegen das Urteil beim Reichsgericht eingeleitete Revision wurde am Dienstag verworfen.

Wegen Beleidigung des Generaldirektors Luz der Maschinenfabrik Augsburg wurde der Genosse Simon von der „Schwäbischen Volkszeitung“ zu 20 M. Geldstrafe verurteilt. Anlässlich des letzten Brauereiarbeiterstreiks hatte die Maschinenfabrik Augsburg aus ihrem Betriebe etwa drei Dugend Arbeiter — Heizer, Maschinenisten und Elektromonture — unter Zustimmung höherer Lohnes zur Ausschilfe in die bestreikten Brauereien entsandt. Wer sich weigerte, Streikbrecherdienste zu verrichten, wurde entlassen. Die „Schwäbische Volkszeitung“ hatte diese Arbeitswilligenvermittlung scharf kritisiert.

Soziales.

Eine Diskonto- und Lombardbank vor dem Kaufmannsgericht.

Vor der I. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts wurde in diesen Tagen ein Prozeß entschieden, dem folgender interessanter Fall zugrunde lag: Die klagende Stenotypistin war gegen ein Monatsgehalt von 75 M. von der Diskonto- und Lombardbank, E. B. M. h. S. engagiert. Am 1. Mai d. J. erhielt die Klägerin das Gehalt recht unpünktlich, und zwar in Raten von 2, 3, 5 und 10 M. Am 31. Juli bekam die Stenotypistin wieder nur 60 M., anstatt den ganzen Gehaltsbetrag von 75 M. Als nun am 1. August die Klägerin infolge heftiger Kopfschmerzen nicht in das Geschäft kommen konnte, erhielt sie von der Bank einen Hochpostbrief, mit welchem die Kündigung per 31. August ausgesprochen wurde. Das restliche Gehalt von 15 M. erhielt sie aber nicht. Einen zweiten Brief von der Bank bekam die Klägerin kurz darauf, in welchem mitgeteilt wird, daß sie trotz zweimaligen Besuchs nicht zu Hause angetroffen worden sei, und daß sie infolgedessen entlassen sei. Auf diesen Brief nun schrieb die klagende Stenotypistin, daß sie infolge unpünktlicher Mietzahlung die Wohnung wechseln mußte. Sie betonte in diesem Briefe insbesondere auch, daß die unpünktliche Mietzahlung durch die unpünktliche Gehaltszahlung seitens der Bank gekommen sei. — Die Stenotypistin klagte nun auf Zahlung des restlichen Gehalts für den Monat Juli im Betrage von 15 M. sowie auf Zahlung des Gehalts für den Monat August im Betrage von 75 M. — Der Vertreter der Bank betonte, daß es eine Angehörigkeit der klagenden Stenotypistin sei, den Wohnungsverwechsel nicht dem Geschäft anzuzeigen. Dies hätte nach seinen Ausführungen sofort geschehen müssen, und da es unterlassen ist, liegt nach seiner Ansicht ein Grund zur sofortigen Entlassung vor. Der Vertreter führte weiter an, daß die Klägerin schon seit dem 9. August wieder arbeitsfähig ist, es wäre ihre Pflicht gewesen, an diesem

Tage wieder in das Geschäft zu kommen. — Das Kaufmannsgericht verurteilte die Genossenschaftsbank zur Zahlung der in dem Klageantrage geforderten 90 M. abzüglich Kranken- und Invalidengeld für den Monat Juli. Nach den Ausführungen des Gerichts konnte die klagende Firma der Klägerin nicht zumuten, wieder in das Geschäft zu kommen, denn sie war bereits entlassen. Unter diesen Umständen konnte die Klägerin genötigt sein, daß ihr von einem Vertreter der Genossenschaftsbank die Türe betreten worden wäre. Es wäre Pflicht der Bank gewesen, der Klägerin zu schreiben, daß sie nach Wiederherstellung des Dienstes wieder aufnehmen kann, nachdem die Klägerin durch das ärztliche Attest nachgewiesen hat, daß sie tatsächlich krank war. Die Klägerin hat ihrer Pflicht genügt, denn sie hat sich der Bank zur Verfügung gestellt. Daß die Klägerin ein paar Tage später erst ihren Wohnungsverwechsel angezeigt hat, war kein Grund zur sofortigen Entlassung.

Bedauerlich ist, daß die Stenotypistin nicht auf die Folgen der unpünktlichen Zahlung die Firma hingewiesen und dann den vollen Schaden eingeklagt hat, der durch unpünktliche Zahlung ihr entstanden ist.

In welchem Falle haften Fabrikarbeiter für abhanden- gekommenes Werkzeug?

Vor dem Berliner Gewerbegericht wurde vor kurzem ein Fall verhandelt, der Anhalt darüber gibt, ob und in welchen Fällen der Fabrikant von seinen Angestellten Schadenersatz für abhanden gekommenes Werkzeug fordern kann. — Die beiden klagenden Fabrikarbeiter waren von der Firma E. u. B. unter Inanspruchnahme der Arbeitsordnung engagiert, in welcher die Bestimmung getroffen ist, daß die Arbeiter für abhanden gekommenes Werkzeug haftbar sind. Zweck dieser Bestimmung ist die Kontrolle der Werkzeuge in ein Werkzeughandbuch eingetragen und hat alsdann der Arbeiter über den Empfang quittiert zu leisten. — Den beiden klagenden Arbeitern waren nun verschiedene Teile, als Riechhammer, Feilen, Jangen und Säge abhanden gekommen. Infolgedessen wurden sie hierfür auf Grund der Arbeitsordnung in Gesamtbetrage von 3,33 M. haftbar gemacht. — Beide Arbeiter klagten nun beim Gewerbegericht um Auszahlung des Betrages mit der Angabe, daß sie kein Verschulden treffe und daß sie deshalb auch nicht schadenersatzpflichtig gemacht werden können. — In der Verhandlung wurde festgestellt, daß zwar jeder Arbeiter zur Aufbewahrung des Werkzeuges einen verschließbaren Werkzeughaus zur Verfügung hat, daß aber verschiedentlich diese Häuser gleiche Schlüssel haben. Die klagende Firma wurde deshalb für verpflichtet gehalten, den von den Klägern geforderten Betrag herauszugeben. In der Begründung wurde hervorgehoben, daß die Bestimmung der Arbeitsordnung nicht als rechtsgültig angesehen werden kann. Es war von vornherein Pflicht der klagenden Firma, die Schlösser so zu halten, daß die Schlüssel nicht einander passen. Da sie dies nicht getan hat, konnte sie auch die beiden Fabrikarbeiter nicht regreßpflichtig machen.

Wider die guten Sitten.

Die Berliner Bach- und Schließgesellschaft, deren Dienstverträge schon öfter die Kritik herausgefordert haben, hat in ihren Vertragsbedingungen eine augenommenen, deren Ungültigkeit vom Berliner Gewerbegericht ausgesprochen wurde, weil diese Bedingung eine wucherische, den guten Sitten widersprechende ist.

Der Wächter A. klagte gegen die Gesellschaft auf Zahlung von 12,50 Mark Lohn für fünf Tage, die er im Betriebe der Gesellschaft tätig war, und auf Herauszahlung der 30 M. betragenden Kaution. A. war gegen ein Anfangsgehalt von monatlich 75 M. angestellt worden. Er hatte sich vertraglich damit einverstanden erklärt müssen, daß ihm der Lohn für drei Tage mit 7,50 M. in Abzug gebracht werde, und zwar mit Rücksicht auf die genossene Ausbildung. Diesen Betrag will Kläger nicht einbüßen. Er behauptet, daß von einer Ausbildung die Rede sein könne. Allerdings hätte er in den ersten Tagen einen anderen Wächter begleiten müssen. Das Stechen der Uhren, worauf es anlangt, habe er aber schon vorher verstanden. — Die zweite Streitfrage betraf die Diensthose. Die Uniform hatte A. bei Aufgabe der Stelle der Gesellschaft ausgeliefert. Der Inspektor wollte sie nicht annehmen, A. ließ aber alles dort. Für die Hose will die Gesellschaft vertraglich 10 M. in Abzug bringen; der Kläger soll das Bekleid übernehmen. A. wollte aber das Geld und nicht das Bekleid. — Die Kammer 8 des Berliner Gewerbegerichts verurteilte am Sonnabend die Bach- und Schließgesellschaft zur Zahlung von 32,50 M. Es wurde dem Kläger seine Forderung abzüglich eines Versicherungsbeitrages und der 10 M. für die Hose zugesprochen. Zur Begründung wurde ausgeführt: Laut Vertrag habe der Kläger das Bekleid zu 10 M. übernommen. Die Rücknahme des Bekleides könne der Gesellschaft nicht zugemutet werden, denn es sei nicht möglich, einmal getragene Bekleidung einem anderen Wächter zu geben, auch wenn sie nur wenige Tage getragen seien. Die 10 M. müsse sich Kläger anrechnen lassen. Wenn die Gesellschaft aber ferner von der Kaution laut Vertrag 7,50 M. für Ausbildung abziehen wolle, dann sei das ungerechtfertigt. Es widerspreche den guten Sitten, Leistung und Gegenleistung ständen in einem auffälligen Mißverhältnis. Gegenüber der Ausbildung, die Kläger in 3 bis 5 Tagen genossen habe, könne von einer gleichwertigen Gegenleistung in 7,50 M. nicht die Rede sein.

Konkurrenzklause.

Welche unsinnig hohen Geldstrafen manche Unternehmer in ihren Engagementsverträgen gemöhnt sind für die Uebertretung der Konkurrenzklause, erfahren und wie sie diese Geldstrafen dann auch auf dem Klagewege rechtskräftig zu machen suchen, zeigt folgender Fall. Ein Chemiker war in einer Fabrik auf Grund eines Vertrages angestellt worden, durch den er sich unter Verpändung seines Ehrenwortes und unter einer Vertragsstrafe von 100 000 M. für jeden Fall der Zuwiderhandlung verpflichtete, während der Zeit seiner Anstellung von allen dem Geschäft eigentümlichen Einrichtungen, Verfahren und Erfahrungen niemandem außerhalb des Geschäftes Mitteilung zu machen, auch von den auserwählten speziellen Wirkungskreisen liegenden Eigentümlichkeiten des Betriebes keine Kenntnisnahme zu suchen und einem anderen außer seinen Vorgesetzten andere als die durch seine Beschäftigung gebotene Mitteilungen zu machen, sowie ferner während 3 Jahren nach seinem Dienstaustritte wieder eine Stelle in einer Fabrik anzunehmen, in der dieselben chemischen Prozesse hergestellt werden, noch sich an einer solchen zu beteiligen. Der Chemiker war trotz dieses Verzichtswortes nach Auflösung seines Dienstvertrages vor Ablauf von 3 Jahren bei einer Konkurrenzfirma in Stellung getreten. Die alte Firma klagte nun auf volle Vertragsstrafe. Die Bezüge des Beklagten betragen bei ihr pro Jahr nur 2400 M. an Gehalt, sowie in einer sich in ähnlichen Grenzen bewegenden Lantime und einer einmaligen Gratifikation von 1000 M. In erster Instanz wurde die Firma wegen der unverhältnismäßigen Höhe der Vertragsstrafe abgewiesen. In zweiter Instanz klagte sie dann noch auf 20 000 M. Schließlich wurde von diesem Gericht die Strafe auf 10 000 M. auf Grund des § 343 des B. G. B. herabgesetzt und dieser Betrag dem Kläger zugesprochen. Das Reichsgericht hob aber durch Entscheidung vom 7. April 1905 dieses Erkenntnis auf und wies die Klage ganz ab, denn der ganze Vertrag sei nach § 138 Abs. 1 des B. G. B. als gegen die guten Sitten verstoßend, nichtig. Zunächst wegen der übermäßig hohen, zu den Entnahmen des Beklagten in gar keinem Verhältnis stehenden Strafe für jeden Fall der Uebertretung der höchst minutiösen Verpflichtungen. Die Leistung solcher Wucherer würde die Verurteilung des Beklagten während seiner ganzen Lebenszeit vermindern. Die Sittenwidrigkeit würde selbst dann gelten, wenn solche Bestimmungen durch das wirkliche Interesse der klagenden Fabrik geboten seien. Im zweiten Rechte sei zwar angenommen, daß eine Vertragsstrafe wegen ihrer Höhe nicht gegen die guten Sitten verstoßen könne, das sei aber nach dem B. G. B. nicht anzunehmen; das ergebe sich hier aus dem Rechte zur Verabreichung. Außerdem käme aber

nach die Verpflichtung auf Ehrenwort zum Schutz lediglich finanzieller Interessen des Klägers hinzu. Die Ehre als dealer Gut dürfte nicht ohne weiteres in verdinglichende Beziehung zugunsten anderer verwendet werden, das spreche auch das Gesetz gegen den Wucher und §§ 302, 303 und 304 St. G. B. aus. Es läßt sich hier weder ein ideales noch ein persönliches Moment in Frage, das die Bindung des Beklagten an seine Pflicht vermittelt des Rechtsgutes der Ehre rechtfertigen könne.

Privatangelegenheiten, die einen solchen Engagementsvertrag eingegangen sind, sollten, wenn der andere Vertragsschließende wegen Nichterfüllung des Vertrages klagen will, gegen ihn selbst wegen Verletzung des § 302 St. G. B. Anzeige bei der Staatsanwaltschaft einreichen, damit das Gericht solche Herren belehre, daß in einem solchen Vertrage nicht nur ein Verstoß gegen die guten Sitten, sondern auch ein solcher gegen das Strafgesetz liegt.

Ortskrankenkassenvertreterwahl in Dortmund.

Bei der am Sonntag stattgefundenen Wahl der Vertreter zur Generalversammlung der Dortmund-Ortskrankenkasse vereinigten die freien Gewerkschaften 1332 Stimmen auf sich, während es die Christlichen auf 1064 brachten. Die Christlichen haben somit — natürlich mit den schärfsten Mitteln — einen recht fragwürdigen Erfolg zu verzeichnen, indem es ihnen gelang, uns in einigen Bezirken zu verdrängen. Trotzdem besitzen die freien Gewerkschaften noch die überlegene Majorität, denn von den 440 Vertretern sind 276 freie Gewerkschaftler und 164 Gegner. Die Schuld an der Zunahme der christlichen Vertreter trägt die leichtsinnige Siegeszuversicht und die Sammeligkeit der freigewerkschaftlichen Organisationsleiter. Dabei ist allerdings zu beachten, daß unter einem sehr rüchthändigen Wahlmodus gewählt wird, indem die Arbeiter dort wählen müssen, wo der Betrieb des Unternehmers liegt. Sehr bezeichnend ist, daß die Christlichen während der Agitation sogar die nationalliberalen „Dortmunder Zeitung“, also eines der argsten Schamacherblätter, um Hilfe angingen, die natürlich gewährt wurde, weil es die Noten zu verdrängen galt. Doch das ist nicht gelungen und wird nie gelingen. Im nächsten Jahre werden die freien Gewerkschaftler, von denen sich viele gar keine Wahllegitimation verschafft hatten und infolgedessen nicht wählen durften, besser auf den Posten sein.

Aus Industrie und Handel.

Gorra — das Unglück!

Während alle Welt erschüttert von dem furchtbaren Hochbahnunglück spricht, die Opfer der entsetzlichen Katastrophe noch kaum ermittelt sind, hat der über Blut und Leichen schreitende Kapitalismus den Sommer der Vermögensverlusten in bares Geld umgefegt. In seinem „Bericht“ über die Berliner Börse vom Sonntag schreibt der „Hannoversche Courier“:

„Fester notierten Große Straßenbahn Bond 1 1/2 Proz., da von der Hochbahnkatastrophe ein Verlehrsverlust erwartet wird.“ Der Kapitalismus hat, wie Marx in „Kommunistischen Manifest“ sagt, kein anderes Band zwischen Mensch und Mensch übrig gelassen, als das nackte Interesse, als die „gefühllose harte Zahlung“. Er hat auch hier die heiligen Schauer der Demut in dem eisigen Wasser egoistischer Berechnung ertränkt.

Aplerbecker Hütte.

Ueber die Lage und Aussichten der Hochofen-Werke äußerte sich Direktor Jergand von der Aplerbecker Hütte auf der vor einigen Tagen abgehaltenen Generalversammlung der Gesellschaft dahin:

Die Lage sei so schlecht wie noch nie vorher, obwohl er 40 Jahre im Geschäft stehe. Eine Verlängerung des Roh Eisensyndikats sei trotz aller Bemühungen nicht möglich gewesen. Die Eisenindustrie werde durch die Auflösung des Syndikats beunruhigt, denn es trete nun wieder der freie Wettbewerb ein. Wenn auch dieselben Mengen wie früher verkauft würden, so sei doch zu berücksichtigen, daß von einer Herstellung von 12 Millionen Tonnen Roheisen nur 3 Millionen als verkauft anzusehen seien. Die übrigen 9 Millionen Tonnen dürften aber sicher auf die Preise einwirken.

Es ist also die Lage so schlecht, wie seit 40 Jahren nicht! Das sind trübe Aussichten für die Arbeiter. Entlassungen werden die nächste Folge sein.

Das Roh Eisensyndikat ist in die Brüche gegangen. Der Widerspruch innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung werden auch die Kartelle und Syndikate nicht Herr werden. In der kapitalistischen Gesellschaftsordnung ist eine vernunftgemäße Regelung der Produktion ein Ding der Unmöglichkeit. Das kann eben nur durch die sozialistische Produktionsweise geschehen, die nicht mehr Waren aus Profitgründen, sondern Güter für den Bedarf produziert.

Gewerkschaftliches.

Borussisches Koalitionsrecht.

Die Transportarbeiter von Schlesien und Posen hatten dieser Tage in Breslau eine Konferenz. Dort wurde besonders Klage geführt darüber, wie das Koalitionsrecht der Arbeiter von Unternehmern und Behörden mit Füßen getreten werde. So verlangen zum Beispiel die Spediteure in Reichensbach u. C., daß ihre Arbeiter dem Krügerverein beitreten und sie bezahlen für diese sogar auf ein Vierteljahr die Beiträge im voraus, bloß um dadurch den Eintritt in die freie Gewerkschaft unmöglich zu machen! In Neustadt, Obereschlesien, wiederum soll der königliche Gütervorsteher den Kutschern der Spediteure, wenn sie dem Verbands angehören, das Betreten des bahnamtlichen Güterbodens verbieten, und in Glogau soll gar nach berühmten Mustern auf einer Konferenz der Bahnverwaltung und der Spediteure vereinbart worden sein, daß die bahnamtlichen Spediteure Schlesien künftig keine Mitglieder des Deutschen Transportarbeiterverbandes für die Bahnspedition verwenden dürfen!

Der Ausbreitung der Organisation konnten diese Maßnahmen keinen Abbruch tun. Die Zahl der Mitglieder des Verbandes stieg im Gau von 4000 auf 4100.

Berlin und Umgegend.

Achtung! Brauereiarbeiter!

Der Verein der Brauereiarbeiter Berlins und der Umgegend hat in seiner letzten Sitzung das Verbot der Bierausfuhr an den Sonntag und Festtagen für die Zeit vom 1. Oktober 1908 bis 31. März 1909 mit Ausnahme des zweiten und dritten Weihnachtstages, welche letzterer in diesem Jahre auf einen Sonntag fällt, erneut beschlossen. Das obige Verbot ist auch auf Spandau ausgedehnt worden.

Wir ersuchen ganz besonders unsere Kollegen vom Fahrpersonal, von dieser Bekanntmachung Kenntnis zu nehmen. Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter. Ortsverwaltung Berlin.

Streik der Fensterputzer.

Wir haben bereits mitgeteilt, daß die Polizei besonders scharf gegen die Streikenden vorgeht; daß man aber auch harmlose Spaziergänger anhält und nach der Legitimation fragt, um festzustellen, ob sie möglicherweise Fensterputzer sind, das ist neu. Der Schuhmann Nr. 88, der am Kottbuserdamm wohnt und das Rathaus Jandorf oberdierte, leistete sich dies harmlose Vergehen.

Zu den Firmen, welche Streikarbeit verrichten, kommen noch Stach, Petristraße, und Köpfer, Rübenborfer Straße. Dieser Tage wurden in sämtlichen Betrieben Betriebsversammlungen abgehalten, und es sind in den Versammlungen derjenigen Betriebe, deren Unternehmer Streikarbeit verrichten, Protestresolutionen zur Annahme gelangt.

Die Situation ist günstig.

Zum Fensterputzerstreik. Herr Gastwirt Paul in der Brüdenstraße 13 erfuhr uns um die Mitteilung, daß er in dem Streik der Fensterputzer keinerlei Partei nimmt. Es sei lediglich in seiner Abwesenheit in seinem Lokal ein Streik entstanden. Da die Streikenden trotz der Aufforderung seiner Frau das Lokal nicht verlassen wollten, habe seine Frau im Interesse der übrigen Gäste polizeiliche Hilfe nachgesucht. Ob es sich in diesem Falle etwa um Streikende handelte, sei weder seiner Frau noch ihm bekannt.

Deutsches Reich.

Die Glasgewaltigen an der Arbeit.

Wie sich die Unternehmer gegenseitig selbst etwas vorkäufeln, zeigt folgendes Zirkular des Deutschen Glasfabrikantenverbandes, das der bekannte günstige Wind uns zugänglich macht. Das Zirkular lautet:

Arbeitgeberverband deutscher Glasfabriken.

Sie Dresden. — Eingetrag. Verein.

Geschäftsstelle Deuben, den 10. September 1908.

Bez. Dresden.

Telegr.-Adr.:

Reichow-Deuben,

Bez. Dresden.

In die v. pt. Herren Glasindustriellen!

Anlässlich des soeben siegreich niedergelämpften Streiks bei unserem Mitglied Glasfabrik, Aktiengesellschaft in Brodowitz bei Reichen, gestatten wir uns die wenigen unserer Verbände noch nicht angehörigen Glasfabrikanten Deutschlands zu einem Anschluß an uns als ordentliches Mitglied hiermit ergebenst einzuladen.

Den Wert des Zusammenschlusses der Arbeitgeber innerhalb eines großen Schutzbundes dürften die meisten Industriellen in dieser unruhigen Zeit, der die immer wiederkehrenden unberechtigten, frivolen Streiks, Boykotts und Sperren den Stempel aufdrücken, am eigenen Leibe kennen und schätzen gelernt haben; ein Zusammenschluß zum Zwecke der gemeinsamen Abwehr solcher Angriffe seitens der Arbeiter und zum Zwecke sonstiger gemeinsamer Interessensvertretung ist aber gerade für die gesamte Glasindustrie am allerwichtigsten, denn nirgends wieder hat man es mit einem in der Mehrzahl so unruhigen, unfehlhaften und ununterschiedlichen Arbeitermaterial zu tun, wie in unserer — der Glasindustrie! Der Wert des von uns im vorigen Jahre gegründeten Arbeitgeberverbandes Deutscher Glasfabriken wird bewiesen und aufs glänzendste illustriert durch oben erwähnten erfolgreich niedergelämpften Streik in Brodowitz, der fast zu einer Sprengung des berühmten Berliner Glasarbeiterverbandes und seiner Klasse führte; dem gähen Festhalten unseres Mitgliedes an dem einmal für gut erkannten Standpunkt, das einmütige, freudige Eintreten der anderen, „alle für einen“, unsere energischen, zielbewussten Dispositionen und endlich den beschlossenen und angekündigten Ausnahmemaßnahmen ist es zu danken, daß die Mehrzahl der streikenden Glasarbeiter ihrer Organisation und ihren Führern entsagten, sich bedingungslos zur Arbeit wieder meldeten, ohne das geringste erreicht zu haben und Abbitte leisteten. — Unsere Mitglieder hielten freudig strenge Disziplin und Ordnung und da die Streiker unter diesen Umständen nirgends andere Arbeit fanden, mußten sie schließlich nach 14wöchentlicher saurer Zeit, in der Schmalhans Küchenmeister war, kapitulieren. — Unsere Freude über diesen Erfolg, der eine Wackprobe bedeutet, ist um so größer, als wir auf Grund eines Generalversammlungsbeschlusses in der Lage sind, unseren Brodowitzer Freunden finanziellen Ersatz zu leisten für ein gut Teil des Schadens, den sie durch die Durchhaltung des Streiks im Interesse unseres Verbandes auf sich genommen hatten. — Ebenso wie diesen, haben wir bisher sämtliche fünf anderen großen Streiks bei unseren Mitgliedern erfolgreich abgewiesen und die Störenfriede zur Ruhe und Unterwerfung zwingen können. Weiter haben wir durch Einführung eines Verbandenentlassungscheins und durch die von unserer Geschäftsstelle geführten Personalakten erreicht, daß Kontaktsbrüche der Arbeiter, Ausreisen unter Hinterlassung von Schulden immer weniger geworden sind, ja in letzter Zeit fast ganz aufgehört haben.

Neuerdings sind wir mit der Errichtung einer eigenen Arbeitsnachweisstelle beschäftigt, durch die wir Herr über Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt zu werden hoffen und die den Schutzstein zu dem hehren, zeitgemäßen Gebäude „Arbeitgeber-Schutz“ abgeben soll.

Wir verfolgen ferner auch alle sozial- und wirtschaftspolitischen, die Glasindustrie angehenden Zeit- und Streitfragen, für welche unsere öfteren Zusammenkünfte und Aussprachen und Direktiven geben, denen wir an den maßgebenden Stellen Geltung verschaffen. Diese Zusammenkünfte und Aussprachen über gemeinsame Interessen, Wünsche und Leiden sind nicht in letzter Linie wertvoll und erwähnenswert, weil sie die einzelnen Fabrikanten unter sich im Vertrauen und Freundschaft näher bringen. — Schon mancher jahrelange Gegensatz ist dabei ausgeglichen worden, manche wertvolle Anregung über die Preisstellung, Behandlung dieses oder jenes überklauerten Kunden und der Austausch sonstiger Erfahrungen hatten hier ihren Boden!

Darum hinein in den Schutzbund!

Derselbe umfaßt heute schon etwa 800 aller deutschen Hohl-, Preß-, Beleuchtungs- und anderer Glasfabriken (aus Mitteldeutschland fehlt ihm kein halbes Duzend), außerdem stehen wir mit den anderen größten deutschen Interessensverbänden anderer Branchen sowie mit dem Verband österreichischer Glasfabrikanten in Wien im Kartell und in den freundlichsten Beziehungen, so daß unsere Mitglieder durch eine Schutzgemeinschaft von über 250 Glasfabriken gegenseitig bei allen Streiks, Boykotts und Sperren, aber auch gegen das Wegengagieren und Abwendigmachen ihres Arbeiterbestandes durch Lohnüberbietungen usw. gedeckt sind.

Stark und einig können wir allen ferneren Angriffen der Arbeitgebergewerkschaften mit Ruhe entgegensehen, nicht aber kann es der einzelne, der noch keinem Arbeitgeberverbande angehört; darum werdet Mitglieder bei uns, ehe es zu spät ist — wenn es erst in Ihrem Betriebe unter Ihren Leuten wütht und gärt, dann ist es zu spät! — Wir kennen einige Fabrikanten, die es bitter bereuen, unseren früheren Einladungen nicht rechtzeitig gefolgt zu sein und die dann, im Kampfe auf sich allein angewiesen, zu keinem Ende und Erfolg kommen konnten, wenn ihnen die liebe Konkurrenz nicht gar noch Steine in den Weg dazu legte.

Erlauben Sie darum unsere wohlgemeinte Anregung, sich unserem Verbands als Mitglied anzuschließen, gültigst einmal ernstlich und schreiben Sie und getrost, wenn Sie vorher noch irgendwelche Auskunft zu erhalten wünschen sollten; wir stehen damit, wie mit Statuten, Anmeldepapieren usw. bereitwilligst zur Verfügung und empfehlen uns in der Erwartung, Ihnen dienen zu können.

Hochachtungsvoll

Arbeitgeberverband deutscher Glasfabriken in Dresden.

J. A.: Reichow.

In der Phantasie sind die Herren Schutzbündler des Glasmachergewerbes, wie man sieht, ziemlich bewandert. Täuschen sie

sich doch selbst vor, daß der eine Streik in Brodowitz den „berühmten“ Berliner Glasarbeiterverband fast gesprengt haben soll. Welche Unsumme von Haß gegen die Arbeiterorganisation, gegen die organisierten Arbeiter überhaupt muß bei den Schutzbündlern sich angehäuft haben, daß sie in ihrem Zirkular so seine Töne anzuschlagen belieben. Abgesehen davon, daß jenen Herren Streiks selbstverständlich immer „frivol und unberechtigt“, daß ihnen die für Verbesserung ihrer Lage kämpfenden Arbeiter unwirtschaftlich, die Leiter der Arbeiterorganisationen „Verführer“ sind, daß jene faulen Gänge den Arbeitern Faulheit vorwerfen; abgesehen von diesen im Unternehmertum geübten Liebenswürdigkeiten zeigt das Zirkular, weshalb das Unternehmertum ausgedehnte Personalakten über die Arbeiter besitzt und daß es die Schaffung eines Arbeitsnachweises nicht des Nachweises wegen plant, sondern der Anhebung der Arbeiter wegen, die von den Glasindustriellen durchgeführt werden soll. Das Zirkular läßt einen Einblick zu in das Seelenleben der Unternehmer, die in dem Arbeiter nichts als ein gekauftes Stück Werkzeug sehen; es ist aber auch ein Mahnruf an die Arbeiter, fest zusammenzuhalten, den Unternehmern gleich sich fest zu organisieren. Nur auf diese Weise wird es ihnen möglich sein, die Ketten abzuschütteln, welche die Unternehmer für sie zu schmieden im Begriff sind.

Der Maurerstreik zu Neustadt, O.-Schl., ist nach fünfwöchiger Dauer nunmehr aufgehoben worden, da sämtliche Streikende anderweit untergebracht worden sind.

Aus der Frauenbewegung.

Arbeiterinnen und Dienstmädchen sind unwürdig.

In den Bestimmungen für die Ausbildung von Telephonistinnen der Oberpostdirektion Hamburg ist folgende charakteristische Stelle enthalten:

„Junge Mädchen, die gedient haben oder Fabrikarbeiterinnen waren, sind von der Anstellung ausgeschlossen.“ (!!)

Geradezu als ein Hohn auf die ehrliche Arbeit muß es von allen Arbeiterinnen und Hausangestellten empfunden werden, wenn man einzelne Kategorien einfach rüchthilos von der Bewerbung und Anstellung als Telephonistinnen ausschließt. Wir wissen wohl, daß die Hamburger Postbehörde in dieser Sache nicht allein dasteht, sondern daß System und Methode in diesem Vorgehen liegt. So wird Staudenbühl, so wird Borniertheit und Hochmut künstlich gezüchtet, so fördern die Behörden selbst die Klassengegensätze.

Es ist die Abschließung des Beamtentums vom Volke und gegen das Volk; es ist die tiefe Verachtung von Handarbeit und besonders der häuslichen Arbeit; es ist der Hochmut, was in diesem Ullas zum Ausdruck gelangt.

Soll hier gründlich Wandlung geschaffen werden, so müssen sich die Arbeiterinnen ebenso wie die Hausangestellten auf ihre Rechte besinnen, sich frei machen von dem unwürdigen Druck.

Hier gibt es nur ein Mittel: in die bestehenden Organisationen eintreten, mit raten und taten, sich zu Kämpferinnen und Persönlichkeiten heranzubilden. Nur so wird redliche Arbeit zu Ehren kommen.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Zweiter Kreis. Donnerstag, den 1. Oktober, abends 8 1/2 Uhr: Lesesaal bei Hemp, Urbanstr. 170, wozu die Genossinnen freundlichst einladet Die Vertrauensperson.

Fünfter Kreis. Donnerstag, den 1. Oktober, 9 Uhr, bei Kaufsch, Wilsstraße 12.

Sechster Kreis. 9. Abteilung. Donnerstag, den 1. Oktober, 8 1/2 Uhr, im Gutes Gesellschaftshaus, Triftstraße 89.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Ein Denksattel.

Frankfurt a. M., 29. September. (B. G.) Die Strafkammer verurteilte den Kaufmann Jakob Egner, der durch Fälschung von drei Krankenscheinen die Ortskrankenkasse um 54 Mark schädigte, mit Rücksicht darauf, daß die Kasse, die ein soziales Institut sei, unbedingt geschützt werden müsse, zu einem Jahre Gefängnis.

Der Streik von Heraklea.

Konstantinopel, 29. September. (B. G.) Der Streik in den Kohlengruben von Heraklea nimmt bedrohlichen Charakter an. Es sind Gerüchte verbreitet, daß es zu blutigen Zusammenstößen gekommen sei. Die Streikenden haben die Drahtleitungen zerstört. Weitere Truppensendungen nach dem Kohlenrevier werden vorbereitet.

Arbeitererika.

Oberhausen, 29. September. (B. G.) Auf Straße Sterkrade führte ein Gerüst, auf dem sich 8 Arbeiter befanden, zusammen. Die Arbeiter sind sämtlich hoffnungslos verletzt.

Die russische Cholera.

Prag, 29. September. (B. G.) Dem „Prager Tageblatt“ zufolge ist ein aus Rußland zugereister Mann in einem Prager Hotel unter choleraverdächtigen Erscheinungen erkrankt. Er wurde in ein Krankenhaus gebracht und streng isoliert.

Subonenpest in China.

Peking, 29. September. (Nachung des Reuterschen Bureau.) In Tongsho sind fünfhundert Todesfälle an Subonenpest vorgekommen.

Aus König Leopolds Reich.

Brüssel, 29. September. (B. G.) Der Bächter des Ostender Kurzaales, Georg Marquet, hat angesichts der Wette Lord Kohns und Sir Hiram Maxims, auf mathematischem Wege die Wette zu sprengen, nunmehr seinerseits eine Aufforderung an Lord Kohns ergehen lassen. Marquet erbietet sich, eine Million gegen eine Viertelmillion zu setzen, daß Kohns die Wette nicht sprengen kann. Das Spiel wird in Ostende vor sich gehen. Die Wette werde eine Summe von 300 000 Franc betragen, nach Verlieren des Lord Kohns sollen 5000 bis 10 000 Spiele gemacht werden. Die Dauer der Partie wird auf einen Monat festgesetzt werden. Die Zahl der Spieler gegen die Wette soll unbegrenzt sein.

Schiffszusammenstoß.

London, 29. September. (B. T. B.) Der Vergnügungsdampfer „Argonaut“, der von London aus eine Kreuzfahrt durch das Mittelmeer ausführen sollte, ist auf der Höhe von Dungeness im Nebel mit einem anderen Dampfer zusammengestoßen und gesunken. Die Passagiere, 118 an Zahl, und die Besatzung konnten sich rechtzeitig in den Booten retten, verloren aber ihr gesamtes Gepäc.

Die Ueberschwemmung in Indien.

Kalkutta, 29. September. (B. G.) Durch die furchtbare Ueberschwemmung bei Hyderabad sind etwa 1000 Menschenleben vernichtet worden. Der angerichtete Schaden beläuft sich auf mehrere Millionen Rupien.

Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsz.

Der Kürnbergertage in der Parteipresse.

VIII.

„Freie Presse“ (Ebersfeld):

Die Mehrheit besteht auf der Durchführung zweier Parteitage...

Die süddeutschen Abgeordneten sind der Meinung, daß man sie in der friedlichen Entwicklung nicht stören solle...

„Sollzeitung“ (Düsseldorf):

Die weitläufigste Bedeutung der Verhandlungen des Parteitage hatten unstreitig die Debatten über die Budgetbewilligungen...

Wir haben das Vertrauen in das Gros der süddeutschen Genossen, daß sie die Beweggründe des Parteitage für seinen Beschluß zu würdigen wissen werden.

„Bergische Arbeiterstimme“ (Solingen):

Wenn diese Mehrheit, an ihrer Spitze der Parteivorstand, den Konflikt hineintriebt, dann sagte auch diesen Genossen ihre ehrliche Ueberzeugung, daß es nicht anders ging...

Daß die Fanatiker nicht auf der Seite der Süddeutschen seien, ist gewiß. Dem Budget eines kapitalistischen Klassenstaates kann kein Sozialdemokrat mit Begeisterung zustimmen...

So hat die Kürnbergertage Entscheidung eine schwere Krise über die Partei heraufgeführt, eine Krise, die die Zukunft der Partei auf Jahre hinaus verunmöglicht...

Kleines feuilleton.

Der Schöpfer des Brandenburgers Tores. Am 1. Oktober 1808 starb auf seiner Wüstung Grünäcker bei Breslau der königlich preussische Direktor des Oberbauamts, Karl Gotthard Langhans...

„Rheinische Zeitung“ (Köln):

Was nun geschehen wird? — Vermutlich zunächst gar nichts. Denn mehr als moralische Mittel, um die Respektierung von Parteitagebeschläüssen zu erzwingen, haben wir nicht zu Gebote...

„Sollblatt“ (Kassel):

Es wäre wirklich mit der Annahme der unveränderten Resolutionen nichts gewonnen worden, wir hätten eine Galgenfrist gewonnen, bis zum nächstjährigen Konflikt...

„Offenbacher Abendblatt“:

Was werden denn nun die vom Parteitag also gebüttelten Süddeutschen Parteigenossen tun? Sie haben dem Parteitag die Antwort prompt gegeben. Sie lösten sich nicht sofort und gänzlich von der Gesamtpartei...

kann es mit der prinzipiellen Geschlossenheit stehen. Denn die kongebirte „oberste Entscheidung des Parteitage in allen prinzipiellen Fragen“ kann nur noch eine Sache sein, wenn man sich vorstellt, daß wie bisher in fast allen Parteistreitfragen, der eine Teil die gerade vorliegende Streitfrage mit tausend Gründen für eine faktische Erklärung, deren große prinzipielle Bedeutung der andere Teil mit noch mehr guten Gründen vertritt.

Gemüß davon. Wir wollen nicht glauben, daß der unheilvolle Beschluß des Kürnbergertage in der Budgetfrage solche Folgen wirklich haben wird, daß genau 40 Jahre nach der tatsächlichen Gründung der deutschen Arbeiterpartei und gerade an dem Orte, der diese Gründung vor sich gehen sah, die Zertrümmerung dieser riesenhaft gewachsenen, den Stolz und die Hoffnung der Arbeiterklasse aller Länder ausmachenden Arbeiterpartei ihren Anfang nehmen soll...

Der Parteitag der dänischen Sozialdemokratie.

Vom Vormittag des 17. bis zum Mittag des 20. September fand im Volkshaus zu Odense der 12. Kongress der Sozialdemokratischen Verbände Dänemarks statt. Die 40 Vertreter des Hauptverbandes mitgezählt waren 397 Delegierte anwesend, rund 50 mehr als beim vorigen Parteitag 1906.

Der Kongress tagte in ereignisreicher Zeit. Nachdem das Ministerium unter der Schmach und Schande Albertis zum Rücktritt gezwungen wurde, meinte man, daß die Sozialdemokratie Anspruch auf Vertretung in der zu bildenden neuen Regierung erheben werde.

Aus dem Tätigkeitsbericht, den der stellvertretende Vorsitzende Sigvald Olsen gab, ist zu entnehmen, daß der Sozialdemokratische Verband jetzt in 302 Ortsvereinen 37 708 Mitglieder zählt. Bei den letzten Folketingswahlen stellte die Partei in 62 Kreisen eigene Kandidaten auf, und 76 563 Stimmen wurden für sie abgegeben.

Im dänischen Reichstag haben unsere Genossen die „liberale“ Regierung, die nach und nach alle ihre demokratischen Grundzüge preisgegeben hat, scharf kritisiert. Sie waren genötigt, fast allen großen Reformvorschlägen, wie der Gerichtsreform, der Reform des Gemeindefinanzwesens, der Zollreform, entgegenzutreten, weil diese Vorschläge in wichtigen Punkten den demokratischen Grundgedanken durchaus nicht entsprechen.

auf dem Kirchhof sind die Totengräber am Werke: Arbeitslose haben es übernommen, zu helfen. Am Ende des Kirchhofes ist ein kleiner Schuppen. Die Tür ist unverschlossen. Man tritt ein und ein gräßliches Bild entrollt sich: vom Boden bis zur Decke im wirren Durcheinander aufgeschichtet liegen hier die Särge mit den Leichen umher, die noch nicht bestattet werden konnten, hundert, hundertzwanzig oder mehr.

Notizen.

Theaterchronik. Im Friedrich-Wilhelmstädtischen Schauspielhaus werden in der diesjährigen Winteraison allwöchentlich Kindervorstellungen zu bedeutender ermäßigter Preisen in Szene gegeben.

Wedekind in Paris. Franz Wedekinds Kindertragödie „Frühlingserwachen“, die außer in Deutschland auch in Rußland große Erfolge erzielt, wird demnächst auch auf einer Pariser Bühne aufgeführt.

Ein deutsches Theater in Petersburg. Dienstagabend fand in Petersburg in den Räumen des Katharinen-Theaters die Eröffnung des neugegründeten deutschen Theaters statt.

Der verkrachte Theaterbetrieb. Der Berliner Theaterverlag U. Entsch, der u. a. den Theaterbetrieb der Dramen von Sudermann, Hauptmann, Halbe, Dreher, Schnitzler usw. hatte, war in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Ein Gläubigeranspruch brachte indes ein Abkommen mit dem Theaterverlag Edward Bloch zu Stande.

Ein neues Element? Der amerikanische Astronom Lowell will von dem in einer isolierten Hüfte gelegenen Flagstaff-observatorium aus festgestellt haben, daß in unserem Planetensystem noch ein bisher nicht bekanntes Element vorhanden ist. Der unbekannte Stoff soll auf dem Jupiter, dem Saturn, dem Uranus und dem Neptun nachgewiesen sein.

Radikalen anschließen, sondern mußte ihren eigenen Grundgedanken gemäß Arbeit zu fordern. Inzwischen haben sich über 100 Versammlungen mit dieser Frage befaßt und mehr denn 20 000 Versammlungsbesucher haben den Standpunkt der Partei gutgeheißen. Beim Finanzgeheiß hat die Fraktion konsequent den Standpunkt vertreten, daß es ein Klaffengeheiß ist, dem sie ihre Zustimmung nicht geben konnte. Einige Verbesserungen hat die Fraktion jedoch hier erzielt, so Lohnsteigerungen für Staatsarbeiter, Verbesserung der Altersversorgung, Ausdehnung der Unfallversicherung auf die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter, Staatsunterstützung für die Arbeitslosen der Gewerkschaften, Staatsdarlehen für die Kommunen zum Umbau ungesunder Stadtteile, was namentlich auch zur Einschränkung der Arbeitslosigkeit dienen soll.

Am den Bericht schloß sich eine rege Debatte. Es wurde ein Antrag eingebracht, die Haltung der Fraktion zur Zollreform zu mißbilligen. Die Fraktion hat bekanntlich für diese Reform gestimmt, obwohl sie bei weitem nicht der Forderung auf Abschaffung der indirekten Steuern entsprach. Borgbjerg verteidigte die Haltung der Fraktion mit dem Hinweis, daß das neue Polgesetz eine Herabsetzung der indirekten Steuern um 5 Millionen Kronen bietet. Der Mißbilligungsantrag wurde dann auch mit sehr starker Mehrheit verworfen. Ferner wurde das sozialdemokratische Gutachten zur Landesverteidigungsfrage kritisiert, weil darin u. a. die Ausbildung der Jugend im Gebrauch der Waffen verlangt wird. Wiggo Christensen wünschte, daß die Worte durch andere, wie „Volkswehr“ oder dergleichen ersetzt würden. „Wir wünschen keine Waffen, um sie zum Angriff zu gebrauchen, aber wir wollen natürlich unsere berechtigten Interessen verteidigen,“ sagte er. Demgegenüber trat R. M. Klausen für die Erziehung der Jugend durch Gymnastik und Waffenübung ein, die nicht nur den Wohlhabenden zuteil wird. Das Militär könne ja auch gegen die Söhne des Volkes gebraucht werden, und in solchem Falle er. Demgegenüber trat R. M. Klausen für die physische

Der Tätigkeitsbericht des Parteivorstandes wurde schließlich einstimmig gutgeheißen.

Es wurde sodann über die Stellung der Partei zum Genossenschaftswesen beraten. Die Partei und die Gewerkschaften Dänemarks haben in der „Gemeinsamen Wärderej“ und der „Brauereij“ „Stjernen“ zwei große Produktionsgenossenschaften, die sich gut rentieren. Die Mehrheit der Kommission, die die Sache vorberaten hatte, empfahl, die Arbeiterkraft mehr als bisher in Konsumgenossenschaften zu organisieren, und ihr Vorsitzender Borgbjerg erklärte in den Konsumvereinen ein wirksames Mittel, die Anschauungen über die sozialen Zustände mehr und mehr zu revolutionieren. Dagegen hielten Sigvald Olsen und andere es jedoch nicht für angebracht, auf diesem Gebiete jetzt schon so stark vorwärts zu schreiten. Seien doch sogar in dem Volkslande der Arbeiterkraft von Odense, wo der Kongress tagte, die Kapitalisten so mächtig, daß sie bestimmen, welche Waren dort verkauft werden sollen. Der Parteitag begnügte sich denn auch damit, in dieser Frage die im vorigen Jahre vom skandinavischen Arbeiterkongress in Kristiania angenommene Resolution gutzuheißen, in der die genossenschaftliche Bewegung als ein mächtiges Mittel im Befreiungskampfe der Arbeiterklasse bezeichnet, und die Unterföhrung und Förderung dieser Organisationen empfohlen wird. Die erwähnte Kommission wurde beauftragt, eventuell gemeinsam mit Vertretern des Gesamtverbandes der Gewerkschaften die Frage weiterzuprüfen und dem nächsten Parteitag Vorschläge zu machen.

Am Schluffe der Freitagssitzung protestierte der Parteitag aufs schärfste gegen die unmenfchliche Massenjustiz in Malmö, die zwei schwedische Jungsozialisten zum Tode, einen zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilte. Der Redner, E. G. Andersen, hob jedoch auch hervor, daß die dänische Sozialdemokratie das Bombenattentat ebenso wenig billigt wie die schwedischen Parteigenossen. — Vom deutschen Parteitag war ein Begrüßungstelegramm eingegangen, das mit kurzem Beschluffe aufgenommen wurde.

Am Sonnabend kam zunächst die Taktik und Politik der Partei zur Verhandlung. Die Angelegenheit wurde nach kurzer Aussprache einer Kommission zur Vorbereitung überwiesen. — Als Richtschnur für die Tätigkeit der Fraktion in der bevorstehenden Reichstagsession stellte der Parteitag eine Reihe praktischer Forderungen auf, wie die einer gerechten Wahlereinteilung, Ausdehnung des Wahlrechts, Kindererföhrung durch Errichtung guter Heime und Erziehungsanstalten, Verbesserung der Volksschulen und ihrer Verwaltung, Schulspeisung, gerechte Ordnung des Steuerwesens, Einführung des Achtstundentages, Verbesserung des Fabrikgesetzes und des Kinderschutzes, Reform der Krankenpflege-Gesetzgebung. — Es sollte dann über eine Revision des Parteiprogramms beraten werden. Dieser Punkt wurde aber wegen Mangels an Zeit dem nächsten Parteitag überwiesen. Ein Antrag, die Forderung nach Ausbildung der Jugend im Gebrauch der Waffen aus dem Programm zu streichen, wurde verworfen.

Der nächste Verhandlungspunkt war die Frage der Parteio rganisation. Hierbei handelte es sich vor allem um die Organisation der Frauen, die nun um so wichtiger ist, als die Frauen das aktive und passive Gemeinewahlrecht erhalten haben. Der Parteitag nahm eine Resolution an, in der ausgesprochen wird, daß die Genossinnen nicht besondere politische Vereine bilden, sondern gemeinsam mit den Männern im Sozialdemokratischen Verband und seinen Ortsabteilungen organisiert sein sollen. Aus diesem Grunde soll den Frauen die Zugehörigkeit zur Parteio rganisation so leicht wie möglich gemacht werden. Darum wurden auch die Beiträge, die die Verbandsabteilungen an den Agitationsfonds des Distrikts zu zahlen haben, für die Städte und unter städtischen Verhältnissen arbeitenden Mitglieder auf 12 Öere für die Frauen und 25 Öere für die Männer, und für das Land dementsprechend auf 7 und auf 15 Öere festgesetzt. Für die Administration des Verbandes sind für jedes männliche Mitglied jährlich 20 Öere, für jedes weibliche Mitglied 8 Öere zu zahlen.

Die in der gegenwärtigen Zeit wichtigste Frage, die den Parteitag beschäftigte, war die der Taktik bei den im Frühjahr 1900 stattfindenden Reichstagswahlen. Die Kommission, die sich mit dieser Frage befaßt hatte, war nicht einig geworden, sondern hatte sich in eine Mehrheit und eine Minderheit geteilt. Die Meinungsverschiedenheit bestand hauptsächlich darin, ob und wie weit man bei der Aufstellung neuer Kandidaturen auf die radikale Linkspartei Rücksicht nehmen sollte. Diese Partei, die aus der Linken Reformpartei ausgeschiedenen „Rebellen“, hat ja bislang an der Seite der Sozialdemokratie gegen die Verfälschung der demokratischen Reformen durch die Regierung und ihre Partei gekämpft, ebenso wie gegen die Albertsche Korruption. In der Parteiverordnungsfrage ist sie gegen die von der Reformpartei vorgeschlagene Erhöhung der Ausgaben, wengleich sie sich nicht zu dem sozialdemokratischen Abrüstungsprogramm anschließen konnte. Von der Stellung der Sozialdemokratie zur radikalen Linken hängt es ab, wie weit die „liberalen“ und konservativen Militaristen bei der Neuwahl des Reichstags geschwächt werden. Da man Stichwahlen in Dänemark nicht eingeföhrt hat, mußte sich die Sozialdemokratie von vornherein darüber klar werden, ob in diesem und jenem Kreise auf Aufstellung eigener Kandidaten verzichtet werden sollte, um zugunsten der Radikalen die Wahl eines Reformparteilers zu verhindern. Die Kommissionsmehrheit brachte nun eine Resolution in Vorschlag, wonach zu den 62 Kreisen, wo schon bei der vorigen Wahl Sozialdemokraten kandidierten, noch 14 andere Kreise hinzugefügt werden sollten. Dazu brachte Genosse Sabroe einen Unterantrag ein, die für die Radikalen aussichtsreichen beiden Wahlkreise Holbæk und Næstved auszuscheiden und dieser Partei zu überlassen. Dagegen hielt die Kommissionsminderheit diese Art Allianzpolitik mit den Radikalen für unzulässig und schlug die Aufstellung neuer sozialdemokratischer Kandidaturen in 20 Wahlkreisen vor. Die Debatte darüber war sehr lebhaft. Sie endete

damit, daß der Vorschlag der Kommissionsmehrheit und auch der Antrag Sabroes angenommen wurden. Danach ist also beschloffen, bei den bevorstehenden Wahlen in zwölf neuen Wahlkreisen, also im ganzen in 74 der 114 Reichstagswahlkreise, sozialdemokratische Kandidaturen aufzustellen. Ferner befaßt die Resolution, daß über eventuelle Aufstellung von Kandidaten der Partei in den übrigen Kreisen die betreffenden Ortsabteilungen, Agitationskommissionen und der Parteivorstand gemeinsam zu entscheiden haben. Den Genossen in den Kreisen ohne sozialdemokratische Kandidaturen wird empfohlen, für die mehr demokratischen, gegen die mehr konservativen Kandidaturen zu stimmen. Nach der abgelehnten Minderheitsresolution sollte den Genossen dieser Kreise selbst überlassen bleiben, zu entscheiden, ob sie an der Wahl teilnehmen wollten, oder nicht.

In der letzten Sitzung, am Sonntagvormittag, befaßte sich der Parteitag zunächst mit Fragen der Aufklärungsarbeit und der Agitation. Unter anderem wurde beschloffen, daß alle Vierteljahre eine kleine Schrift oder Broschüre herausgegeben werden soll, enthaltend einen oder mehrere Abhandlungen oder Artikel zur Beleuchtung der sozialen Verhältnisse und zur Förderung und Ausbreitung der sozialistischen Grundgedanken. Die gewerkschaftlichen und politischen Organisationen werden aufgefordert, für Verbreitung dieser Schriften zu sorgen. Ein Ausschuff von 5 Mitgliedern wurde eingesetzt, um diese Angelegenheit wahrzunehmen. Ferner wurde dem Parteivorstand Auftrag erteilt, die Bedingungen für die Gründung einer sozialistischen Monatschrift zu untersuchen. Einem gemeinsam von der Partei und den Gewerkschaften eingesetzten Ausschuff wurde anheimgegeben, für die Errichtung eines Archivs der dänischen Arbeiterbewegung und für die Gründung einer Buchhandlung Sorge zu tragen.

Mit der Frage der Gründung einer Arbeiterhochschule hatte sich bereits ein gemeinsamer Ausschuff der Partei und Gewerkschaften befaßt. Wie der Referent Martin Olsen mitteilte, waren die Untersuchungen, die sich namentlich auch auf derartige Einrichtungen im Ausland, in Schweden, Deutschland, England, Belgien, Oesterreich usw. erstrecken, noch nicht abgeschlossen. Einstimmig wurde eine Resolution angenommen, die unter anderem besagt:

„Der Kongress ist der Meinung, daß eine Arbeiterschule, wo dieses Aufklärungsziel unter festen Formen ausgeföhrt werden kann, von größtem Wert sein wird für eine einheitliche und zielbewußte Arbeit zur Befreiung der Arbeiterklasse, und beschließt deshalb, daß man versuchen soll, diesen Gedanken demnächst zu verwirklichen. Dem Parteivorstand wird aufgetragen, die vom Ausschuff begonnene Arbeit mit aller Kraft fortzusetzen und den Gedanken so bald wie möglich und in so großem Umfang, wie es die vorhandenen Lehrkräfte und die wirtschaftlichen Bedingungen möglich machen, zu verwirklichen.“

Zur Agitation wurde ein Beschluß gefaßt, wonach den Kreisen, in denen die Gegner der Sozialdemokratie noch unbestritten herrschen, ganz besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden soll. Ferner wird den Ortsabteilungen der Partei empfohlen, zur Förderung der sozialistischen Agitation unter den Frauen öffentliche Versammlungen zu veranstalten, in denen Fragen behandelt werden, die die Frauen besonders interessieren. In der bevorstehenden Wahlbewegung sollen die Parteiblätter Freie Exemplare oder Sonderabdrücke einzelner Artikel den Genossen zwecks Verbreitung zur Verfügung stellen.

Zur Jugendbewegung nahm der Parteitag eine Resolution an, die es der Parteileitung wie den Ortsvereinen der Partei zur Pflicht macht, die im Anschluß an die Partei wirkenden sozialdemokratischen Jugendorganisationen mit Rat und Tat zu unterstützen.

Zur Erörterung der Land- und Landarbeiterfrage wurde vom Parteitag eine Kommission von 7 Mitgliedern eingesetzt, die dem nächsten Parteitag Vorschläge machen soll. Vier der in diese Kommission gewählten Parteigenossen sind Häusler, einer ist Landarbeiter, und zwei, Dr. G. Lang und Borgbjerg, sind akademisch gebildete Leute.

Der Anstand, daß in einzelnen Fällen Parteigenossen in öffentlichen Reden die Meinung zeigten, an Festessen für fürsichtige Personen teilzunehmen, veranlaßte den Parteitag, folgende Resolution anzunehmen:

„Der Kongress beschließt, daß die Vertreter der Partei keine Gelder aus öffentlichen Mitteln zur Bekämpfung von Festen für fürsichtige Personen oder Festen zur Verherrlichung des Militarismus bewilligen, noch an solchen Festen teilnehmen dürfen.“

Ferner faßte der Parteitag ein einstimmig folgenden Beschluß:

„Im Anschluß an das, was Parteimitglied Sigvald Olsen in seiner Eröffnungstede zum Kongress über die Stellung der Sozialdemokratie zur Bildung einer parlamentarischen Regierung sagte, erklärt der Kongress, daß die Sozialdemokratie jeden Gedanken, daß die Partei, bebar sie die absolute Mehrheit im Reichstag hat, an der Bildung eines Ministeriums teilnehmen sollte, zurückweist.“

Der Parteitag beschloß sodann einstimmig ein Manifest an das arbeitende Volk Dänemarks, in dem zunächst die Folgen des „Systemwechsels“ von 1901 und die durch Aufhebung der Schwindelsteuern Alberts geschaffene Lage geschildert wird. Es heißt in dem Manifest: „Bei der mehr und mehr ausgeprägten militärfeindlichen und gemäßigten Vergleichspolitik sind die großen Programmforderungen der gesamten Demokratie verraten oder verdrängt, ist die regierende Linkspartei demoralisiert durch Jagd nach Ämtern, Postföhrelei, Orden und Titelschwänzen usw. Nun wollte diese Partei nach Abgabe des Gutachtens der Landesverteidigungskommission ihren großen Programmbruch in der Militärfrage durchsehen, als die Krise eintrat. Die Linkspartei ist gewarnt worden, als es noch Zeit war. Aber die große Mehrheit des Reichstags wies die Forderung unserer Parteigenossen auf Unterdrückung der Albertschen Ämter- und Geschäftsföhhrung zurück, sogar unter Unterdrückung der Redefreiheit, und die Mehrheit ist so weit, die ganze Regierung sind demnach voll verantwortlich für die nun eingetretene Katastrophe.“ — Es wird dann darauf hingewiesen, daß die Schwindelsteuern und die ganze Korruption des Justizministers Albert eine Folge und ein Ausfluß der kapitalistischen Wirtschaftsverordnung mit ihrer rücksichtslosen Jagd nach Reichtum ist und wiederum treffend die Notwendigkeit der sozialistischen Umwälzung zeigt. Mit Bezug auf das Streben der reaktionären Parteien, die jetzige Lage als eine Folge der „Demokratie“ und des Parlamentarismus hinzustellen, heißt es in dem Manifest:

„Wir widersehen und jedem Versuch, an dem parlamentarischen Prinzip, daß die Regierung mit der Reichstagsmehrheit im Einklang stehen soll, zu rütteln. Aber wir verlangen auch eine Regierung von Männern, die der vollständigen Aufklärung des entedten Schwindels nicht entgegenarbeiten, diese Aufklärung nicht zu hemmen suchen. Wir fordern, daß eine gründliche Untersuchung durchgeführt, daß alle Administrationsmißbräuche entschleiert und die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden. Das ist nun die erste Aufgabe der dänischen Politik.“

Nach Schilderung der wichtigsten demokratischen, sozialen und sozialistischen Forderungen der Partei schließt das Manifest mit den Worten:

„Wir fordern das arbeitende Volk auf, sich den Sozialismus zu eigen zu machen, sich der Sozialdemokratie anzuschließen, seine gewerkschaftlichen, politischen und kooperativen Organisationen zu stärken, die Jugend zu sammeln, zu erwecken, zu begeistern und aufzurufen zu Arbeit und Kampf für die große Idee des Sozialismus, und so sich selbst als Träger einer neuen, höheren Gesellschaftsordnung, der sozialistischen, zu rüsten und zu erziehen.“

Wir schließen unseren Kongress mit einem: Nieder mit dem Kapitalismus und dem ihm unloslich verbundenen Militarismus! Es lebe die internationale Sozialdemokratie!“

Der Schöneberger Frauenmord vor dem Schwurgericht.

Die Verhandlung gegen den des Mordes an der Prostituierten Stanina angeklagten Häusler Hermann Wagner wurde gestern vor dem Schwurgericht fortgesetzt. Als erste Zeugin wird die Häuslerin Frau Markt aufgerufen, die einige Zeit bei der schon vernommenen Zeugin Frau Krumme gewohnt hat. Sie bekundet, daß der Zeuge Daumann zu der Frau A. eines Abends gesagt hat: „Du hast den Wagner durch Deine Aussagen auf das Schafot gebracht.“ Die Zeugin hat den Eindruck gehabt, als wolle Daumann der Frau A. vorwerfen, sie sage, um die Belohnung zu verdienen, für Wagner ungünstig aus. Der Zeuge Daumann wird nochmals vorgelesen und gibt die Möglichkeit zu, daß er nach einem Streit mit der Krumme dieser in der Trunkenheit den Vorwurf gemacht habe. Die am Sonnabend vernommene Zeugin Raabe soll nochmals verhört werden, sie ist aber nicht erschienen. Das Gericht beschließt, die A. vorführen zu lassen.

Der Kaufmann Saulsohn, bei welchem der Angeklagte am 16. Dezember Weihnachtsschmuck gekauft haben will, bekundet, daß es bei ihm nur üblich sei, daß der Weihnachtsschmuck, der sich in kleinen weißen Schachteln befindet, mit Bindfaden zusammengeknüpft wird. Ob der Angeklagte bei ihm einen großen braunen Karton erhalten habe, könne er nicht sagen. Der Zeuge hält es aber für so gut wie ausgeschlossen, da nur dann ein größerer Karton

zum Verpacken verwendet wird, wenn er zufällig selbst einen solchen zugesandt erhalten hat.

Auch der Inhaber der Firma Kühnert hält es für ausgeschlossen, daß der Angeklagte bei ihm einen beträchtlichen Karton erhalten hat. Die nächste Zeugin, eine Frau Wellnig, hat, wie die Frau Richter, auf demselben Treppenhof mit der Stanina gewohnt und hat auch wiederholt mit dieser gesprochen. Die Zeugin bekundet, daß ihr die Stanina gelegentlich erzählt habe, daß ihr Wagner wegen der Anzeige fürchterlich zusehe. Die S. habe auch in ihrer Wohnung mehrere Pappkartons gehabt. Die Zeugin erklärt jedoch, daß jene Kartons, die sie bei der S. gesehen hatte, viel niedriger und kleiner gewesen wären, als die ihr vorgelegten, in denen sich die Reichterteile befunden hätten. Den schwarzen Futterrock habe die S. stets nur in der Wohnung getragen, da er schon sehr schlecht gewesen sei. Kurz vor Weihnachten habe der Angeklagte zu ihr einmal gesagt: „Der Baum ist nun schon gepußt, nun könnte meine Madame kommen, dann könnten wir Weihnachten feiern.“ — Nach dem Verschwinden der Stanina habe ihr Wagner erzählt, daß er sie am 16. Dezember gegen 12 Uhr nachts noch auf der Straße getroffen habe. Anlässlich einer Unterhaltung mit der S. habe ihr diese erzählt, daß Wagner zu anderen Personen gesagt haben sollte: „Wenn die Stanina nicht die Anzeige zurücknimmt, dann habe ich ihr die Kohlrübe ab!“ Diese Äußerung sei ihr (der Stanina) wiederzählt worden. Die S. habe sich auch vor dem Angeklagten sehr gefürchtet und sei sehr ängstlich gewesen.

Durch nochmalige Fragen an die Frau Richter und die Frau Wellnig wurde vom Vorsitzenden festgestellt, daß die Stanina am Abend eine rotfarbene Kattunbluse angehabt hatte, während die Leiche mit einer schwarz-weißgestreiften Wollbluse bekleidet gewesen war. Hieraus folgert die Verteidigung, daß sich die S. wie gewöhnlich des Abends umgezogen habe und dann ihrem Gewerbe nachgegangen sei.

Die Zeugin Helene Raabe, die schon am Sonnabend vernommen worden ist, wird nochmals aufgerufen. Ihr wird ein Brief vorgelesen, den sie im März d. J. an das Schöneberger Polizeipräsidium gerichtet hat. In diesem teilt die R. mit, daß ihr Wagner einen Hut geschenkt habe, mit dem Bemerten, er stamme von seinem früheren „Verhältnis“, welches seit zwei Tagen vor Weihnachten verschwunden sei. Wagner habe hierbei geäußert: „Ich glaube, die kommt nie wieder, die ist vielleicht ermordet worden.“ Die Zeugin teilt weiter mit, daß Wagner geäußert habe: Wenn das A.—S nicht die Anzeige zurücknimmt, schlage ich sie tot. Wenn ich Kraft schreiben soll, so gebe ich über ihre Leiche, dann weiß ich wenigstens was für!“ — Auf wiederholt eindringliche Fragen bleibt die Zeugin jetzt dabei, daß sie sich auf diese Äußerungen nicht mehr bekennen könne und erklärt, Wagner müsse sich so ähnlich geäußert haben, sonst hätte sie so etwas nicht niedergeschrieben. Die Frage des Vorsitzenden, ob von irgendeiner Seite versucht worden sei, auf ihr Zeugnis einzuwirken, verneint die Zeugin. Rechtsanwalt Bahn teilt mit, daß sich diese Zeugin schon zweimal in einer Irrenanstalt befunden habe, also nicht sehr viel Glaubwürdigkeit verdiene. Die Zeugin muß zugeben, daß sie sich einmal 24 Jahre und ein zweites Mal sieben Wochen in Dalldorf befunden hatte. Auf eine weitere Vernehmung wird deshalb sofort verzichtet.

Der Zeuge Schankwitz Scheffer bekundet, daß der Angeklagte sich immer ruhig und durchaus anständig in seinem Lokal benommen habe. Wagner müsse auch sehr gut verdient haben, da er seine Ware stets ausverkauft hatte.

Ob Wagner in der Nacht zum 17. Dezember in dem Lokal gewesen sei, könne er mit Bestimmtheit nicht mehr sagen, es sei dies jedoch sehr wahrscheinlich, da W. fast jeden Abend bei ihm gewesen sei.

Frau Scheffler und andere Zeugen, die darüber aussagen sollen, daß der Angeklagte am 16. Dezember spät abends bis etwa 1 1/2 Uhr im Schefflerschen Lokal gewesen, können bestimmtes nicht aussagen. Eine Wachsdecke und ein Messer haben diese Zeugen nie bei dem Angeklagten bemerkt.

Es folgt die Vernehmung mehrerer Zeugen, die über die Lebensföhhrung des Angeklagten aussagen sollen. Ein Zeuge Carl Ping weiß nichts davon, daß der Angeklagte von der Raabe oder anderen Mädchen Geld bekommen habe. Im Gegenteil habe er der Raabe öfter Geld gegeben. Als er sich mit der Stanina wieder vertragen, sei er eines Tages mit der letzteren bei dem Zeugen gewesen und da habe die Stanina gesagt, sie habe die Strafanzeige zurücknehmen wollen, der Beamte habe sie aber angeschaut. Daß Wagner unschuldig sei, hat die Stanina nicht gesagt.

Der Angeklagte soll aber mit der Stanina wieder ein Herz und eine Seele gewesen sein.

Als der Angeklagte eines Tages dem Zeugen mitteilte, daß die Stanina verschwunden sei, hat dieser ihm gesagt, daß doch Anzeige bei der Polizei erklärt werden und Nachfrage in den verschiedenen Krankenhäusern gehalten werden müßte. Der Angeklagte hat darauf erwidert, daß er schon überall hin geschrieben habe. — Mehrere Zeugen, die den Angeklagten längere Zeit kennen, geben ihm das Zeugnis, daß er ihnen gegenüber sich

keits als anständiger, fleißiger Mensch gezeigt habe. Von Zuhälterdiensten, die er geleistet haben soll, haben diese Zeugen nichts bemerkt.

Der Kriminalschufmann Langenbeck hat am 23. März den Angeklagten unter Beihilfe der Zeugin Krumme aufgesucht und ihn festgenommen, als er Unter den Linden kurz vor der Passage mit Blumen handelte. Zuerst hat die Krumme nicht wissen wollen, wo Wagner zu finden sei, als sie aber hörte, daß es sich um einen angeblichen Nord handelte und die Stanina als Leiche gefunden sei, wurde sie sehr erregt und erbot und sagte: „So hat dieser Bengel, dieser Schw... also wirklich das Rädel um die Götter gebracht, das so viel an ihm getan hat! Ich hab es immer gesagt, er werde sie noch umbringen! Er war immer so gemein zu ihr, er hat ihr oft nicht einmal Zeit zum Essen gelassen, sondern ihr manchmal ein Stück Brot in die Hand gedrückt, welches sie dann im Pausfluß essen mußte.“ Die Krumme hat sich dann bereit erklärt, nunmehr der Polizei bei dem Suchen nach Wagner zu helfen. Als Wagner festgenommen war und in einer Wrofsche nach dem Polizeipräsidium Schöneberg transportiert wurde, dachte er zuerst, daß es sich nur um die Strafanzeige wegen Kuppelei und Zuhälterei handelte. Als ihm dann gesagt wurde, es handele sich doch um Schwerkred, nämlich um die Ermordung der Stanina und deren Verschwinden, sagte er sofort: „Für diesen Abend kann ich mein Alibi nachweisen.“ Auf die Frage, wo er denn in der Nacht des 16. Dezember war, erklärte er, er habe

bei Scheffler Stat gespielt.

Danach sei er in die Wohnung gegangen, und als er die Stanina nicht antraf, sei er nach der Kolonnenstraße gegangen und habe bis gegen 2 Uhr dorthin nach ihr gesucht.

„Solche Sachen können Sie mit mir nicht machen, damit irren Sie sich nicht!“

Der Zeuge Langenbeck hat dann seine Verwunderung darüber ausgedrückt, daß der Angeklagte keine Vernehmungsanzeige erstattet habe. Dies habe Wagner dahin erklärt: er habe angenommen, die Stanina sei als gewunden oder in ein Krankenhaus gebracht.

Nach einstündiger Pause wird die Quäblerin Frau Martha Krumme als Zeugin aufgerufen, die folgenden Befunde: Sie kenne den Angeklagten schon seit mehreren Jahren, ebenso auch deren Mutter.

„Wenn sie mir nichts beweisen können, dann können sie mich auch nicht verurteilen.“

Wald darauf sei ein Beamter zu ihr gekommen und habe ihr erzählt, daß die Stanina als Leiche wiedergefunden wäre. Sie habe sofort gesagt, die S. wäre dann nur von Wagner ermordet worden.

Die Angeklagte drohte, ihr den Kopf abzuhauen, wenn sie nicht die Anzeige zurücknehme. Am Tage, nach welchem die S. verschwand, sei Wagner zu ihr gekommen und habe ihr erzählt, daß die Stanina verschwand sei.

Die Angeklagte hat ebenfalls die Stanina gekannt und vielfach beobachtet, daß sich Wagner des Nachts in ihrer Nähe aufhielt.

Die unverheiratete Anna Schillers zählt ebenfalls zu den Bekannten der Stanina und des Angeklagten. Sie behauptet, daß der Angeklagte am Tage vor Weihnachten sehr betrübt gewesen wäre.

— Im Anschluß hieran werden verschiedene Zeugen vernommen, die mit der S. bekannt waren, deren Aussagen aber von keinerlei Bedeutung sind.

Der telephonisch herbeigerufene Stationsvorsteher Gubles gibt eine ausführliche Darstellung der örtlichen Verhältnisse und erzählt die verschiedensten Möglichkeiten, wie der Täter auf das Bahngelände und an die beiden Gullis gelangt sein konnte.

Die Zeugin Frau Scheibe befand sich folgendes: In der Nacht vom 18. zum 19. Dezember v. J., also in der Nacht nach dem Verschwinden der Stanina, sei sie von einem Vergnügen gekommen und habe noch das Lokal von Scheffler aufsuchen wollen.

Der Angeklagte habe sich ganz erschreckt umgedreht und dann gerufen: „Ne, is nich nötig!“

„Ne, soll ich helfen?“

Der Angeklagte habe sich ganz erschreckt umgedreht und dann gerufen: „Ne, is nich nötig!“ Dieser junge Mann soll der Angeklagte Wagner gewesen sein, wie die Zeugin mit aller Bestimmtheit behauptet.

Ueber die Glaubwürdigkeit dieser Hauptbelastungszeugin kommt es zu recht lebhaften Auseinandersetzungen im Gerichtssaal, die schließlich zu einem

heftigen Zusammenstoß zwischen dem Vorsitzenden und dem Rechtsanwalt Bahn

führen. Die Zeugin machte schon beim Beginn ihrer Vernehmung einen sehr unangenehmen Eindruck. Auf die Frage nach ihrem Beruf, erklärte die Zeugin, sie sei Privatiers. Als sich Rechtsanwalt Bahn sehr interessiert danach erkundigte, inwiefern sie sich berechtigt glaubte, sich Privatiers nennen zu können, verweigerte die Zeugin in gereizter Tone die Antwort.

Die Verhandlung wird hierauf um 18 Uhr abgebrochen und soll morgen (Mittwoch) fortgesetzt werden.

Gerichts-Zeitung.

Der Lehrer als 175er.

Vor der Hirschberger Strafkammer ist der Lehrer Richard Barisch aus Petersdorf wegen Vergehens gegen § 175, begangen in mindestens zehn Fällen an seinen Schülern, zu ein Jahr sechs Monaten Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt worden.

Vermischtes.

Die Cholera.

Auch heute verzeichnet die Choleraanstalt für Petersburg eine etwas niedrigere Ziffer als in den letzten Tagen. Es wurden in den letzten 24 Stunden, bis Dienstag mittag, 222 neue Erkrankungen und 98 Todesfälle an Cholera verzeichnet.

Durch die Nachlässigkeit der Verwaltung ist die Cholera in das Irenhaus Nikolais des Wundertäters verschleppt worden, wo Kassenkrankungen in der Abteilung der Todesfälle ausgebrochen sind.

In Lättig ist eine junge Französin, aus Thon gebürtig, die sich auf der Rückreise von Warschau befand, unter choleraverdächtigen Erscheinungen erkrankt.

Unsere Agrariern müssen alle Dinge zum Westen dienen. So verlangt zur Vermeidung der Einschleppung der Cholera durch russische Butter eine Eingabe, die die Zentralstelle der preussischen Landwirtschaftskammern an den Landwirtschaftsminister gerichtet hat.

Wir sind gewiß die letzten, die nicht alle Vorsichtsmaßregeln zur Vermeidung der Einschleppung von Seuchen guthießen, aber klar ist doch an dieser Eingabe zu erkennen, daß es sich dabei vor allen Dingen um die Förderung der Sonderwünsche unserer Pschibier

handelt. Von einem Verlangen, die Einführung der billigen und willigen russischen Landarbeiter zu verbieten, hat man bei unseren Agrariern noch nichts gehört.

Vom Eisenbahnzug aberrannt.

Nach einer Meldung aus Thorn wurde in vergangener Nacht ein Fuhrwerk aus Jarlen von einem Eisenbahnzug auf freier Strecke überfahren. Zwei Personen wurden hierbei getötet.

Das rote Gold.

Leipzig, 20. September. Bei dem hiesigen Kreditinstitut Zwiagel Kredithof hat der Direktor Jakob Weidmann 80 000 R. veruntreut, die er im kleinen Lotto verspielt hatte.

Duisburg, 20. September. Die Unterschlagungen bei dem Lohnbureau der Hütte „Phönix“ betragen nach den bisherigen Feststellungen 90 000 R. Ein Täter hat sich vor einigen Tagen erhängt, drei befinden sich noch in Haft.

Eine kleine Sintflut.

Bombay, 20. September. Nachrichten aus Westindien zufolge haben außerordentlich große Regenfälle in den letzten sechsunddreißig Stunden in Haiderabad und Deccan verheerende Ueberschwemmungen angerichtet.

Sozialdemokratischer Les- und Diskussionsklub „Geurtich Heine“. Heute abend 8 1/2 Uhr bei Volze, Rodenstraße 8. — Les- und Diskussionsklub „Sudost“. Heute abend 8 1/2 Uhr bei Schulz, Gölzler Str. 58.

Antikar Marktbericht der hiesigen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Marktlage: Fleisch: Futur reichlich, Geschäft reger, Preise für Ochsenfleisch anziehend, sonst unverändert.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Erbschafts- und Eidenkassette Nr. 3. zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, 1000 Habsburger Wochenschein abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt. Geöffnet 7 Uhr

S. C. 100. Ein Erbschaft stand den unehelichen Kindern in den Nachlass ihres Erzeugers in Preußen zu, wenn der Erzeuger ohne Testament und unbedarft stirbt.

S. C. 100. Ein Erbschaft stand den unehelichen Kindern in den Nachlass ihres Erzeugers in Preußen zu, wenn der Erzeuger ohne Testament und unbedarft stirbt.

S. C. 100. Ein Erbschaft stand den unehelichen Kindern in den Nachlass ihres Erzeugers in Preußen zu, wenn der Erzeuger ohne Testament und unbedarft stirbt.

S. C. 100. Ein Erbschaft stand den unehelichen Kindern in den Nachlass ihres Erzeugers in Preußen zu, wenn der Erzeuger ohne Testament und unbedarft stirbt.

S. C. 100. Ein Erbschaft stand den unehelichen Kindern in den Nachlass ihres Erzeugers in Preußen zu, wenn der Erzeuger ohne Testament und unbedarft stirbt.

S. C. 100. Ein Erbschaft stand den unehelichen Kindern in den Nachlass ihres Erzeugers in Preußen zu, wenn der Erzeuger ohne Testament und unbedarft stirbt.

S. C. 100. Ein Erbschaft stand den unehelichen Kindern in den Nachlass ihres Erzeugers in Preußen zu, wenn der Erzeuger ohne Testament und unbedarft stirbt.

Wasserstands-Nachrichten

Table with 4 columns: Stationen, Wasserstand, am 28. 9., seit 27. 9. om am 1). Includes stations like Regal, Jüterburg, Weichsel, Thorn, Dber, Kallher, Krossen, Frankfurt, Barthe, Schrimm, Landberg, Rege, Gordan, Eide, Leitmeritz, Dresden, Borsig, Magdeburg.

*) + bedeutet Hoch, — Fall, — *) Unterpegel.

Witterungsbericht vom 20. September 1908, morgens 8 Uhr.

Table with 4 columns: Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter. Includes stations like Emmenbe, Danburg, Berlin, Frankfurt, München, Wien.

Wetterprognose für Mittwoch, den 20. September 1908. Wetter trübe und neblig, sonst ziemlich heiter und trocken bei schwacher Luftbewegung, am Tage mild.

Zentralverband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin. Sektion der Putzer.

Achtung!

Putzer.

Achtung!

Sonntag, den 4. Oktober 1908, vorm. 10 Uhr, Kommandantenstr. 58/59 (gr. Saal):

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Berichterstattung der Delegierten vom 10. Verbandstage. 2. Vereinsangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Die Mitglieder werden ersucht, pünktlich und zahlreich zu erscheinen. Mitgliedsbuch legitimiert. Ohne dasselbe kein Zutritt.

Der Vorstand. F. A. E. Schulze.

Zentralverband der Lederarbeiter.

Filiale I Berlin.

Donnerstag, den 1. Oktober 1908, im Lokale des Herrn Schmidt, Prinzen-Allee 33:

Ausserordentliche Mitgliederversammlung.

Tages-Ordnung:

1. Wahl eines Schriftführers. 2. Stellungnahme zur Forderung unseres Tarifvertrages. 3. Verschmelzen wir uns zu einem Industrieverband? 4. Verschiedenes.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Hof I. Amt 3, 1230. Charitéstraße 3. Hof III. Amt 3, 1987.

Achtung!

Arbeitslose Mitglieder.

Am Donnerstag, den 1. Oktober, findet wegen des Quartalschlusses die Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung nicht statt.

Das Bureau zur Abfertigung der in Arbeit tretenden Kollegen bleibt ebenfalls den ganzen Tag geschlossen.

Die erste Zahlung erfolgt Freitag, den 2. Oktober, zu den festgesetzten Zeiten.

Die Ortsverwaltung.

Ohne jede Anzahlung

erstklassiges Fabrikat (3 Mal prämiert Staatsmedaille.) In allen Holz- u. Stilart, v. wunderb. Tonfülle (Flügelton), gegen kleine monatl. Teilzahlung, ohne jeden Preisaufschlag.

Für jedes Instrument gewähr-ich 20jähr. schriftl. Garantie.

Conrad Krause Neffg., Ansbacher Str. 1, Ecke Kurfürstenstraße. Auch Sonntags geöffnet. Tel. Charlottenb. 10410.

Filz- Seidenhutfabrik
ERNST LUCHT
Jah.
RUD. LEFÈVRE



Mützen
Stöcke
Herrenwäsche
Cravatten

KÖPENICK
Grünstrasse 16.

Reparaturen prompt u. sauber

Goldisanschmuck

Beste Ernte für echten Goldschmuck, weil 10jährige urkundliche Garantie für Haltbarkeit u. gutes Tragen, sonst verbürgter Umtausch. Elegante Original-Stufl. Billige Preise. — Erhältlich in Goldwarenhandlungen.

Wann haben Sie wieder Waschtage?

Probieren Sie dann ohne Kaufzwang meine Dampf-Schnell-Waschmaschine „Meteor“.

Prospekt No. 43 grat. u. franko. Tel. VI 7659.

Fritz Knoch, Berlin SW. 48, Puttkamerstraße 19.

JOSETTI JUNO

Cigaretten

Cigaretten „gerade so gut“
kosten das doppelte
und mehr.

10 St. für 20 Pfg.



Rohrhörbe aus ganzen Rohrbögen gearbeitet, billige für jeden Wirtschaftsbetrieb, 3mal länger haltbar als Weidenkörbe, dabei leicht und ansehnlich. Hauptbureau von der Rohrbögenfabrik Julius Treibar, Grimma 134.

Zur Einweihung meines neuen Lokals lade ich meine Freunde und Gönner zum **Donnerstag, den 1. Oktober 1908** ergebenst ein.

Schankwirt **Franz Schultz**, Eckerstr. 18.

CREDIT AN ALLE

Möbel Misch

Bar- oder Teilzahlung

Möbel-Spezial-Geschäft

Wilhelm Misch, Gr. Frankfurter Str. 45/46 L. u. U.

Damen-Konfektion

direkt aus der Fabrik. Kein Laden! Nach beendeter Engros-Saison auch Einzelverkauf

enorm billig

Uebergangs-Paletots
Capes
Abendmäntel
Kostüme
Kostüm-Röcke
Mädchen-Paletots
Pelz-Stolas



Robert Baumgarten

Hausvogel-Platz 11, I. Etage (an der Jerusalemstraße).

Bei Vorzeigung dieses Inserates an der Kasse werden 5 Proz. Rabatt vergütet.

Auch Sonntags geöffnet!

Kunstgeigenbauer E. Toussaint

BERLIN C.

Joachimstraße 11 C, liefert Reparaturen, auf Wunsch zugleich mit vorz. Löt- u. Soudarbeiten.

Spezialität: Erzeugung des altitalienischen Timbres für große Säfte an alten u. neuen Geigen. — Mäßiges Honorar.

Ohne Anzahlung! Portieren, Gardinen, Steppdecken, Teppiche, Uhren, Bettwäsche und kleine Raten! L. Matzner, Auguststr. 50. Nur Postkarte erbeten.

Möbelgeschäft Gottschalk & Co.

Alvensleben-Straße 6, Laden und erste Etage, dicht an der Potsdamer Straße, 3857L^a gegründet 1895

gibt an solide Leute ganze Wohnungs-Einrichtungen oder einzelne Möbelstücke gegen monatliche Teilzahlung unter sehr kulantem Bedingungen. Große Auswahl in einfach bürgerlichen und eleganteren Wohnungs-Ausstattungen bei langjähriger Garantie für gute Haltbarkeit. Billigste Preise. Uebertreibung ausgeschlossen, da an jedem Stück der Preis in Zahlen deutlich vermerkt ist. — Anzahlung bei besserer Einrichtung von Stube und Küche 40—60 Mark. Monatliche Zahlung 10 Mark. Größere Wohnungs-Einrichtungen nach Uebereinkunft. Sonntags geöffnet.

Kein Abzahlungs-Geschäft.

Stolas

Kolliers, Krawatten, Muffen, Herren- u. Kinder-Garnituren, Pelzjacken, Pelze, garnierte Pelzhüte, Barett, Pelzdecken, nur eigenes Fabrikat, in größt. Auswahl, aus bestem Material. Kein Zwischenhändler, daher Fabrikpreise.

Verk. bis 9 abends. Sonntags geöffnet.

F. Kalman, Kürschnerstr. Kommandantenstr. 15, Tel. I. 3917, gegenüber Beuthstr., vorn 1 Tr.

City-Hotel

52/53. Dresdener Straße 52/53. Für die bevorstehende Winteraison sind unsere Zimmere für Vereinsfestlichkeiten, Hochzeiten uho. unter kulantem Bedingungen zu vergeben.

Über 100 Morgen neu aufgeschlossenes Gelände, 5 Minuten vom Bahnhof

Kaulsdorf

20 Pfennig-Tour Güterbhf. 3jähr. Ansbetung, billige Wohnungen, bester lebiger Gartenboden, Gas- u. Wasserleit., gütst. Jagtungsbeding., langjähr. Hypothek. Jetzt noch

OR. von 10 M. an. Kaufkraft auf unser Terrain an d. Hönoverstraße 12 im Bahnhof-Neßl. Boboy, Def. Nieschalke & Nitsche Berlin, Neue Königstr. 16

Haben Sie Stoff? Ich fertige davon Anzug od. Paletot nach Maß, schick, dauerh. Zubuten, von 20 Mark an. Moritz Laband, Neue Promenade 11, (Südö. Börse).

Wir verkaufen

jetzt noch billigst

- OR 4 Mark an in Petershagen, Ostbahn,
- OR 10 Mark an Seefeld, am Bahnhof,
- OR 10 Mark an Kaulsdorf, am Bahnhof,
- OR 10 Mark an Bahnhof Sadowa, Niesdorf-Kaulsdorf-Züd,
- OR 30 Mark an Niesdorf, Stadtbahn, a. Bahnhof. Verkaufsstell. a. d. Bahnhöfen.

Nieschalke & Nitsche Berlin, Neue Königstr. 16.

Ausnahme-Angebot!

Zwischen Himmel und Erde.

Von Otto Ludwig. Illustriert von Anton von Sawarowski. Diese Erzählung ist eine der besten des Verfassers. Wir haben davon die Bestausgabe erworben und geben die Exemplare zu bedeutend herabgesetztem Preise an unsere Leser ab. Das Buch ist gut ausgestaltet und kostet in gediegenem Einband nur 3,- M. statt früher 12,- M. Expedition des Vorwärts. Berlin SW. 68, Lindenstr. 69, Laden.

Kassenhändler jeder Art Augustabad, Hohenstraße 90

H. & P. Uder

Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5. Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik. Rauch-, Kau-, Schnapstabake, Zigarren, Zigaretten. Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer. Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen. Sämtliche bekannten Marken Zigaretten zu Originalpreisen. Amt IV, 3014.

Phänomen

Cigaretten!

Devise: Qualität ist die beste Empfehlung.

Meineidsprozeß Vogel.

Wädlermeister Vogel, der bekannte Arbeitsvermittler (Sprechmeister) der Wädlerinnung zu Berlin (Germania-Zimung) hatte gestern als Angeklagter vor der 4. Strafkammer des Landgerichts Berlin I zu erscheinen. Die Anklage lautet auf fahrlässigen Meineid.

Die Veranlassung zu dem Eide, der nimmehr von der Anklage als fahrlässiger Meineid bezeichnet wird, steht im engsten Zusammenhange mit der Tätigkeit Vogels als Arbeitsvermittler.

Bekanntlich liegt die Arbeitsvermittlung im Wädlergewerbe zum größten Teil in den Händen der Innungen und wird ausgeübt durch sogenannte Sprechmeister, welche von der Innung angestellt sind. Eine Mitwirkung der Arbeitnehmer ist hierbei ausgeschlossen. Allen Bemühungen des Wädlerverbandes, die Meister zur Einrichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises zu bewegen, sind bis jetzt von den Innungen abgelehnt worden und Kämpfe, welche der Wädlerverband zur Erreichung dieses Zieles führte, haben den gewünschten Erfolg nicht gehabt. Die Forderung des paritätischen Arbeitsnachweises wird u. a. damit begründet, daß die jetzige und auch die frühere Handhabung der Arbeitsvermittlung durch die Sprechmeister der Innung keine Gewähr für eine unparteiische Vermittlung bietet, ja, es wird sogar behauptet, daß Schiebungen der schlimmsten Art vorgekommen sind, derart, daß Arbeitsjuchende, welche dem Sprechmeister Geldzuwendungen machen, sehr bald Arbeit zugewiesen bekommen, während andere, die nichts geben, übergangen werden, obwohl sie nach der Reihenfolge der Eintragung Arbeit erhalten müßten, wie es das Reglement vorschreibt. Neuerdings sollen die Gelben außerdem zu den besonders Bevorzugten gehören. Vorwürfe dieser Art sind schon seit Jahren in erster Reihe dem Sprechmeister Vogel gemacht worden.

Im Oktober und November 1906 beschäftigte sich das Organ der Berliner Mitgliedschaft des Wädlerverbandes mit den Zuständen im Arbeitsnachweis der Germania-Innung und besonders mit der Tätigkeit Vogels. In bezug auf Vogel wurde gesagt, daß er bei der Arbeitsvermittlung

skandalöse Schiebungen

mache, wodurch der Korruption und der Bestechung Tor und Tür geöffnet werde. — Wegen dieser Behauptungen hatte Vogel gegen Franz Schneider, den Redakteur des Berliner Verbandsorgans und Vorsitzenden der Berliner Mitgliederschaft, Strafantrag wegen Verleumdung gestellt. Die Staatsanwaltschaft erhob im öffentlichen Interesse Anklage gegen Schneider, und Vogel trat in jenem Prozeß als

Nebenkläger und Zeuge

auf. Nachdem die erste Verhandlung dieser Anklage vertagt war, fand ein zweiter Termin am 11. November 1907 vor der Strafkammer statt. In

beiden Terminen

hat Vogel nach Leistung des Zeugeneides auf das Bestimmteste versichert, er habe außer den festgesetzten Gebühren niemals Geldgeschenke von Arbeitsjuchenden angenommen und auch niemand bevorzugt.

Schon im ersten Termin hatte ein Zeuge bezeugt, daß Vogel von ihm Bestechungsgelder angenommen habe. Nachdem der Bericht über jene Gerichtsverhandlung in der Presse erschienen war, meldeten sich bei Schneider unangefordert eine Reihe weiterer Zeugen, die mit Aussagen versehen hatten, Vogel habe jede Annahme von Geldgeschenken bestritten, und die selbst an Vogel Geschenke gegeben hätten. Infolgedessen traten bei der

zweiten Verhandlung etwa zehn Zeugen

vor Gericht, die alle unter ihrem Eide bekundeten, daß sie vor Jahren dem Sprechmeister Vogel

Geldgeschenke, 3 bis 10 Mark, gegeben,

die Vogel auch genommen und dafür die Geldgeber bei der Arbeitsausgabe bevorzugt habe. Vogel stritt auch nach diesen Aussagen noch alles ab, was die Zeugen bekundet hatten. Das Gericht sprach jedoch in seinem Urteil aus, daß Vogels Zeugnis nicht einwandfrei sei, daß die anderen Zeugen dagegen glaubwürdig seien, welche bekundeten, daß Vogel bestechlich sei. — Der von Schneider geführte Wahrheitsbeweis war somit gelungen. Schneider wurde nur wegen formaler Verleumdung Vogels zu 25 Mark verurteilt.

Als dieses Urteil rechtskräftig geworden war und man noch nichts davon hörte, daß die Staatsanwaltschaft aus eigenem Antrieb ein Verfahren wegen Meineids gegen Vogel einleiten werde, ersetzte Schneider bei der Staatsanwaltschaft Anzeige gegen Vogel. Lange hat es gedauert, ehe die Staatsanwaltschaft zu der Ansicht kam, daß Vogel angeklagt werden müsse. Die

Anklage

lautet jedoch nicht auf wissenschaftlichen, sondern auf fahrlässigen Meineid.

Die gestrige Verhandlung vor der vierten Strafkammer fand unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Lehmann statt. Die Anklage vertrat Staatsanwalt Kasch. Der Angeklagte wurde durch Justizrat Sello und Rechtsanwalt Loebe verteidigt.

Die im Prozeß gegen Schneider, so erklärte Vogel auch jetzt, er habe

niemals Geldzuwendungen von Arbeitsjuchenden angenommen.

Alles, was in dieser Beziehung behauptet wird, sei der Ausfluß eines Komplotts, welches der sozialdemokratische Wädlerverband gegen ihn geschmiedet habe, um ihn von seinem Posten als Sprechmeister zu stürzen. Der Angeklagte behauptet, er habe die Arbeitsvermittlung streng nach den Vorschriften des Reglements betrieben.

Nachdem sich der Angeklagte in dieser Weise ausgelassen hatte, wurden eine

Reihe von Zeugen

ternommen, die schon im Prozeß Schneider den Sprechmeister Vogel belastet hatten. — Der erste Zeuge gab an, er habe im Jahre 1895 an Vogel

10 M. per eingeschriebenen Brief

geschickt, darauf habe er Vogel in seiner Wohnung aufgesucht und bei dieser Gelegenheit eine Stelle als Werkmeister erhalten. Später habe der Zeuge wieder 10 M. an Vogel persönlich gegeben und eine für ihn passende Stelle dafür erhalten. — Der

zweite Zeuge

gab an, er sei im Februar 1890 längere Zeit arbeitslos gewesen. Da sei in Gefellenkreisen allgemein gesagt worden, man beläme so leicht keine Arbeit, wenn man Vogel kein Geld gebe. Da der Zeuge kein Geld hatte, so habe er in Gemeinschaft mit einem anderen Arbeitslosen einem Schankwirt 20 M. entwendet. Davon habe

jeder der Beiden dem Vogel 10 M.

gegeben. Wegen des Diebstahls ist der Zeuge gleich darauf bestraft worden. — Die Angaben dieses Zeugen müssen einen Irrtum enthalten, denn es wurde festgestellt, daß Vogel am 1. Oktober 1890 sein Amt als Sprechmeister antrat, also nicht im Februar desselben Jahres schon Arbeit ausgegeben haben kann. — Ein

dritter Zeuge

hat im Jahre 1895, als er vom Militär entlassen war, gehört, man müsse Vogel Geld geben, wenn man bald Arbeit bekommen wolle. Der Zeuge hat sich deshalb von Hause Geld schiden lassen und

5 Mark

einem Schankwirt, bei dem Wädlergesellen verlehren, gegeben, dieser habe das Geld in Gegenwart des Zeugen dem Sprechmeister Vogel in dessen Wohnung gegeben. Bald darauf hat der Zeuge von Vogel Arbeit bekommen. — Ein

viertes Zeuge

gab an, er habe im Jahre 1893

an Vogel 20 Mark

gegeben, um bald Arbeit zu bekommen. Vogel habe ihm sogleich Arbeit geben wollen, der Zeuge habe das aber abgelehnt, weil es zu auffallend wäre, wenn er, der eben erst auf dem Arbeitsnachweis erschien, sogleich eine Stelle beläme. Er hat dann drei Wochen später durch Vogel Arbeit bekommen. — Der

fünfte Zeuge

hat im Jahre 1895 verlangt, Vogel Geld zuzuwenden, Vogel hat es aber zurückgewiesen. Ein oder zwei Jahre später hat der Zeuge diesen Versuch wiederholt und da nahm Vogel das Geld an. Der Zeuge weiß bestimmt, daß er

zweimal je 9 Mark

an Vogel gegeben hat. Außerdem hat er Vogel noch öfter Geld gegeben, doch weiß er nicht mehr genau, wie oft und wie viel es war. Derselbe Zeuge sagte auch, er habe mit Vogel den Zirkus besucht und das Eintrittsgeld für ihn bezahlt. Alles natürlich, um Arbeit zu bekommen, die er denn auch immer bald nach den Zuwendungen bekommen hat. — Der

sechste Zeuge

gab an, daß er im Jahre 1897

einmal 10 Mark, ein zweites Mal 15 Mark

gegeben und infolgedessen bald Arbeit bekommen habe, obwohl er nicht an der Reihe war.

Der

siebente Zeuge

bekundete, er habe im Jahre 1898 eine Stelle als Werkmeister durch Vogel erhalten und ihm dafür

10 Mark

gegeben, die Vogel sehr schnell in die Westentasche steckte, ohne ein Wort zu sagen. Der Zeuge hatte den Eindruck, als ob Vogel mit 10 M. noch nicht zufrieden war. — Der

achte Zeuge

gab an, er habe im März oder April 1900 in Vogels Wohnung einen Arbeitschein erhalten und

dafür 3 Mark

an Vogel gezahlt, der das Geld ohne weiteres genommen habe. — Der

neunte Zeuge

bekundete, er habe vor 4 oder 5 Jahren, als er von Vogel in dessen Wohnung einen Arbeitschein erhielt,

2 Mark auf den Tisch gelegt

und sich dann entfernt.

An jeden einzelnen dieser Zeugen richtete der Vorsitzende die eindringliche Frage, ob der Zeuge auch wirklich die Wahrheit sage, ob nicht etwa ein Irrtum vorliege oder ob er sich nicht gar die ganze Geschichte aus den Fingern gelogen habe. Der Vorsitzende hielt jedem Zeugen vor, er möge doch bedenken, welche schweren Folgen seine Aussagen haben könnten, daß dadurch ein bisher unbescholtener Mann ins Gefängnis, vielleicht sogar ins Zuchthaus kommen könne, und welche schwere Verantwortung ein Zeuge auf sich laden würde, wenn seine Aussage falsch wäre.

Trotz dieser eindringlichen Vermahnungen und Vorhaltungen blieben die Zeugen jedoch sämtlich bei ihren Angaben und versicherten wiederholt, daß sie nur die Wahrheit sagen und nichts anderes sagen könnten.

Der Angeklagte Vogel erklärte zu jeder einzelnen Zeugenaussage, daß sie unwahr sei und er von alledem, was die Zeugen angaben, nichts wisse.

Schon nach den Bekundungen der ersten Zeugen sprach der Vorsitzende die Ansicht aus, daß hier wohl von einem fahrlässigen Falschbilde keine Rede sein könne. Entweder liege wissenschaftlicher Meineid oder überhaupt kein Meineid vor.

Beide Verteidiger sagten, das sei auch ihre Ansicht. Entweder — oder.

Als mit den Aussagen der vorstehend angegebenen neun Zeugen die Vernehmung der Belastungszeugen beendet war, während noch fünfzehn bis achtzehn Entlastungszeugen zur Stelle waren, sagte der Vorsitzende, das Gericht wolle sich jetzt darüber schlüssig machen,

ob nicht gegen Vogel der Verdacht des wissenschaftlichen Meineids begründet

und die Strafkammer deshalb unzuständig sei.

Der Staatsanwalt bemerkte hierzu: Das Gericht werde mit ihm den Eindruck bekommen haben, daß die Aussagen der Zeugen, soweit sie den springenden Punkt betreffen, auf Wahrheit beruhen. Eine Differenz bestehe nur in der Aussage des einen Zeugen, die aber vielleicht auf einem Irrtum in der Zeit beruhe. Durch die Zeugenaussagen seiargetan, daß sich Vogel mit seinem Eide im Prozeß Schneider in Widerspruch mit den Tatsachen gesetzt habe. Es handle sich nun um die Frage, ob wissenschaftlicher Meineid oder fahrlässiger Falschbilde vorliege. Der Standpunkt der Staatsanwaltschaft sei der: Etwa zehn Zeugen haben den Angeklagten Vogel belastet. Vogel ist seit 1890 Sprechmeister, er hat in dieser Zeit etwa 120 000 Arbeitsstellen vermittelt. Der sozialdemokratische Wädlerverband hat eine Erhebung veranstaltet, um festzustellen, wie weit Bestechungen bei den Sprechmeistern vorgekommen sind. Hierbei seien nur wenig belastende Angaben gemacht worden. Im Prozeß Schneider haben sich noch weitere Zeugen gemeldet. Es ist anzunehmen, daß sich der Wädlerverband alle Mühe gegeben hat, um Zeugen gegen Vogel zu finden. Das Ergebnis war, daß unter mehr als 100 000 Arbeitsvermittlungen nicht mal ein Duzend Fälle von Bestechungen angeführt werden konnten, die übrigens schon recht lange zurückliegen. Der jüngste Fall ist aus dem Jahre 1904. Es ist hiernach nicht anzunehmen, daß Vogel wissen müßte, daß er Geld von Arbeitsjuchenden genommen hat. Da Vogel aber wußte, um was es sich im Prozeß Schneider handelte, so hätte er vor seiner Zeugenaussage feststellen müssen, ob nicht doch solche Fälle vorgekommen sind. Da er dies nicht tat, auch nicht die Möglichkeit ausgab, daß solche Fälle vorgekommen sein könnten, sondern alles abstritt, handelte er fahrlässig. Weil die Zahl der bekundeten Bestechungsfälle nur gering ist, dieselben weit zurückliegen und man deshalb annehmen kann, sie seien dem Angeklagten aus dem Gedächtnis entschwunden, so liegt nach Ansicht der Staatsanwaltschaft nicht wissenschaftlicher Meineid, sondern nur fahrlässiger Falschbilde vor.

Das Gericht stellte sich auf einen anderen Standpunkt. Nach kurzer Beratung verurteilte der Vorsitzende folgenden Gerichtsbeschuß:

Der Angeklagte Vogel ist hinreichend verdächtig, in der Verhandlung gegen Schneider einen wissenschaftlichen Meineid geleistet zu haben. Die Strafkammer erklärt sich deshalb für unzuständig und verweist die Sache an das Schwurgericht.

Gerichts-Zeitung.

Herr Landgerichtsrat, das war eine Hegelei!

Vor dem Schöffengericht in Landshut (Niederbayern) klagte der Landgerichtsrat Fauner gegen den Rechtsanwalt

Dr. Schreiner wegen Verleumdung, weil der Rechtsanwalt zu dem Landgerichtsrat infolge Richterwiderns des Grubes gesagt hätte: „Herr Landgerichtsrat, das war eine Hegelei!“ — Das Gericht wies die Klage des Landgerichtsrats ab und überbürdete dem Herrn Rat sämtliche Kosten. In der Begründung des Urteils heißt es, daß der Landgerichtsrat den anderen Herrn durch Ignorierung des Grubes zu erst beleidigt habe.

Vergelohn bei Vergung von Zubehör eines Kriegsschiffes.

Am 10. November 1908 hatten zwischen verschiedenen Kriegsschiffen der deutschen Marine Schießübungen stattgefunden. Dabei war eine Pontonschleibe benutzt worden. Das ist ein pontonartiger Schiffsbau, der zum Aufnehmen vieler Schießschelben dient. Infolge des an diesem Tage eintretenden Sturmes rissen die Schleppseile und die Pontonschleibe geriet ins Treiben. Ein Versuch der Kriegsschiffe, die Schleibe wieder zu bekommen, gelang nicht. Am folgenden Tage wurde von Karlsruhe aus telegraphiert, daß die Schleibe gesichtet sei. Als die Kriegsschiffe diese Stelle absuchten, erfuhren sie, daß ein Fischdampfer die Schleibe gefunden und ins Schlepptau genommen hatte. Das Kriegsschiff „Man“ holte den Dampfer ein und nahm ihm die Schleibe ab, noch ehe sie von seiten des Schiffsdampfers in den Hafen gebracht war. Wegen der Vergungskosten wurde der als Eigentümer des Fischdampfers in Betracht kommende Needer an die zuständige Militärbehörde verwiesen. S. verlangt 8000 M. Vergelohn. Die Verhandlungen hatten jedoch keinen Erfolg und wandte sich S. an das Strandamt. Dieses erließ einen Bescheid dahin, daß es nicht zuständig sei. Ebenso wurde eine Klage des S. beim Landgericht Aurich wegen Inangständigkeit des letzteren abgewiesen. Nach einer weiteren Beschwerde bei der vorgelegten Verwaltungsbehörde und Erhebung der Klage beim zuständigen Landgericht Verden wurde das Strandamt angewiesen, eine Entscheidung zu treffen. Daraufhin erließ das Strandamt einen Bescheid, nach welchem der Firma S. 5100 Mark Vergelohn zugesprochen wurden.

Mit dieser Entscheidung gab sich der Marinefiskus aber nicht zufrieden und erhob seinerseits Klage beim Landgericht Verden. Dieses blieb jedoch bei der Entscheidung des Strandamts und wies den Kläger ab. Auf die Berufung des Klägers erkannte das Oberlandesgericht Celle ebenfalls im Sinne des Strandamts und wies die Berufung des Klägers zurück. Nach Verleumdung der prozessualen Angriffe erklärt das Oberlandesgericht, daß auch die Strandungsordnung auf Kriegsschiffe und Zubehör Anwendung zu finden habe. Es sei nirgends zu ersehen, daß sie nur auf andere Seeschiffe beschränkt sei. Ebenso wenig könne dem Kläger darin beigegeben werden, daß die Pontonschleibe nicht befähigt geworden sei und deshalb auch eine Vergung nicht habe stattfinden können. Es müsse vielmehr als festgestellt angesehen werden, daß die Pontonschleibe außer Sicht gekommen war und somit auch außer Besitz des Klägers.

Die vom Kläger gegen das oberlandesgerichtliche Urteil eingelegte Revision hatte keinen Erfolg und wurde vom 1. Zivilsenat des Reichsgerichts zurückgewiesen.

Behörden im Kampf gegen Rechte.

Im Ruhrrevier ist der Kampf einiger Polizeibehörden gegen die Verletzung staatsbürgerlicher Rechte durch Arbeiter seit Jahren an der Tagesordnung. Ein Lied davon weiß die Zahlstelle des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands in Schraplau zu singen. Der Verband hat seinen Sitz in Bochum. Schriftführer der Zahlstelle in Schraplau heißt Siedten ist der Bergarbeiter Schönert. Dieser leitete eines Tages der Polizeiverwaltung in Schraplau, die Mitglieder der Zahlstelle beabsichtigten im Lokale des Gastwirts Friedrich Müller eine öffentliche Lustbarkeit, bestehend aus Konzert und Tanz, zu veranstalten. Die Polizei verweigerte die erbetene Erlaubnis. Schönert und Müller teilten darauf der Polizei mit, sie würden das Vergnügen trotz des Verbotes abhalten, zwar nicht als öffentliches, wohl aber als geschlossenes. Müller erhielt darauf zur Antwort, das würde eine genehmigungsspflichtige öffentliche Tanzlustbarkeit sein und das Lokal würde polizeilich geräumt werden, wenn das Vergnügen stattfände. Dieses wurde aber trotzdem abgehalten. Müller und Schönert erhielten je einen polizeilichen Strafbefehl in Höhe von 15 Mark. Aber das Amtsgericht hob denselben als unberechtigt auf.

Später wollten die Verbandemitglieder wieder ein ähnliches Fest abhalten. Wiederum Anzeige, Verbot und Renitenz des Verbandes. Am 15. September d. J. fand das nicht öffentliche Fest bei Müller statt. Die Polizei hatte sich vom Landrat sechs Gendarmen ausgesöhnt, welche das Fest verhindern sollten. Als die Beamten kamen, wollten einige Mitglieder nachgeben, Müller aber riet ab und sagte, in seinem Lokale sei er selbst Polizei. Es waren etwa 400 Personen anwesend, nämlich die Mitglieder der Zahlstelle nebst den eingeladenen Familienangehörigen. Eintritt erlangten nur Personen, welche Karten hatten. Am Eingange hing ein Plakat: „Geschlossene Gesellschaft“. Die Gendarmen befahlen der Musik, aufzuhören. Schönert ließ darauf ein Signal blasen und sagte, er habe eine nichtöffentliche Versammlung veranstaltet, es seien aber hier sechs Personen (die Gendarmen) anwesend, welche nicht eingeladen seien. Müller erklärte dann, hier sei er selbst Polizei, und forderte die Beamten auf, sein Lokal zu verlassen, wenn sie nicht wünschten, von ihm wegen Hausfriedensbruchs angezeigt zu werden. Die Beamten sahen ein, daß sie gegen die Mehrheit nicht würden ankommen können und verließen das Lokal Müller und Schönert wurden nun wegen öffentlicher Aufforderung zum Ungehorsam gegen eine rechtsgültige Verordnung (§ 110) angeklagt, Müller außerdem wegen unternommener Beamtenentziehung nach § 114. Die Strafkammer in Eisenach hat am 10. März beide Angeklagten freigesprochen. Es konnte nicht festgestellt werden, heißt es im Urteil, daß die Angeklagten öffentlich zum Ungehorsam gegen die Anordnungen der Polizei aufgefördert haben. Bei der weiteren dem Angeklagten Müller zur Last gelegten Handlung war ebenfalls der gesetzliche Tatbestand nicht festzustellen. Müller konnte die Versammlung für eine geschlossene und sich für berechtigt halten, sein Lokal vor dem Eindringen unberechtigter Personen, und mochten es auch Polizeibeamte sein, zu schützen. Bezüglich des § 110 heißt es noch im Urteil, die Polizei sei zuständig gewesen, die Versammlung zu verbieten, aber ob sie sachlich dazu berechtigt war, könne dahingestellt bleiben. Es lag eine Anordnung der Behörde vor, das Fest nicht abzuhalten. Öffentlich wäre die Aufforderung, der Anordnung der Polizei keine Folge zu leisten, nur gewesen, wenn sie von unbestimmt welchen Personen hätte wahrgenommen werden können. Das konnte aber nicht angenommen werden.

Gegen das Urteil hatte der Staatsanwalt Revision eingelegt, soweit Schönert aus § 110 und Müller aus § 114 freigesprochen worden ist. Der Reichsanwalt erklärte die Revision für begründet. Der Begriff der Öffentlichkeit sei verkannt. Der Verband sei über ganz Deutschland verbreitet. Jedes Mitglied würde Zutritt gehabt haben, wenn auch erklärt worden sei, daß nur die Mitglieder der Zahlstelle Siedten Zutritt haben sollten. Die Auf-

fassung sei nicht abzuweisen, daß die Strafkammer von der irrigen Ansicht ausgegangen ist, daß in jedem Falle, wo nur Mitglieder und eingeladene Gäste Zutritt haben, die Öffentlichkeit ausgeschlossen sei, während das Reichsgericht wiederholt ausgesprochen habe, daß sich unter Umständen aus der Teilnehmerzahl und der Art und Weise der Ausführung der Veranstaltung erkennen lasse, daß es sich um eine öffentliche Versammlung handle. Mit Recht sage das Urteil, daß die übrigen Erfordernisse des Tatbestandes des § 110 vorhanden sind. Es habe sich hier um die allgemeine polizeiliche Anordnung gehandelt, monoch öffentliche Lustbarkeiten nur mit Genehmigung der Behörde abgehalten werden können. Wenn Müller sich im Irrtum darüber befunden habe, daß die Handlung der Gendarmen eine Amtshandlung war, so könne ihm dieser Irrtum nicht zugute kommen. Im übrigen komme es für die Amtshandlung nur darauf an, ob sie innerhalb der örtlichen und gesetzlichen Zuständigkeit der Beamten erlassen sei.

Das Reichsgericht hat das Urteil in dem angeordneten Umfang auf und verwies die Sache insoweit an die Strafkammer zurück. Bezüglich der Beurteilung der Sachlage war das Reichsgericht anderer Meinung als der Reichsanwalt. Es heißt in der Begründung: Es braucht nicht erörtert zu werden, ob die Strafkammer das Merkmal der Öffentlichkeit nach § 110 verkannt hat. Denn auch aus einem anderen Grunde würde eine Verurteilung aus § 110 ausgeschlossen sein. Es ist die Frage, ob es sich gehandelt hat um die Aufforderung, Widerstand zu leisten gegen das Gesetz als solches im allgemeinen oder ob es sich nur gehandelt hat um eine Aufforderung zum Ungehorsam gegenüber einer konkreten Anordnung. Dies letztere nimmt das Reichsgericht an. Wenn die konkrete Anordnung auch getroffen war auf Grund einer polizeilichen Verordnung, maßgebend ist doch nur, was der Angeklagte wollte. Ihm lag es gar nicht im Sinne, zu sagen, die Polizeiverordnung sei ungesetzlich und ungerecht und es dürfe ihr nicht Folge geleistet werden, sondern er hat nur im konkreten Falle aufgeföhrt, der Anordnung der Beamten nicht Folge zu leisten, weil er annahm, daß es sich überhaupt nicht um eine öffentliche Lustbarkeit handele. Insofern kann § 110 nicht Anwendung finden. Es handelt sich hier nur um eine ganz spezielle Maßregel, die nur gegenüber Schönerer erlassen und für ihn bestimmt war. Es fehlt auch an der Aufforderung zum Ungehorsam. Denn da die Verfügung sich nur gegen Schönerer richtete, konnten sich auch die Teilnehmer dadurch, daß sie der Aufforderung, dazubleiben, Folge leisteten, nicht des Ungehorsams schuldig machen. Nun ist aber nicht geprüft worden, ob nicht Schönerer die Polizeiverordnung vom 4. September 1897 übertreten hat. Es ist ja möglich, daß eine solche Übertretung verjährt ist. Das wäre erst zu prüfen, und

da es nicht geschehen ist, müßte die Zurückverweisung der Sache erfolgen. Was Müller betrifft, so ist seine Freisprechung aus § 110 ebenfalls nicht anzufechten, nur die aus § 114. Eine Gesetzesverletzung liegt insoweit vor, weil es nicht darauf ankommt, daß die Amtshandlung des Beamten wirklich eine rechtmäßige war. Es kommt immer nur darauf an, ob sie noch den Charakter einer Amtshandlung an sich hatte. Ist dies der Fall, dann ist der dagegen geleistete Widerstand strafbar. Das Reichsgericht sieht den Fall so an, daß es dem Angeklagten darauf ankomme, gegen die Amtshandlung der Gendarmen, die das Tanzen nicht dulden wollten, Widerstand zu leisten, nicht etwa einen Hausfriedensbruch, der gegen ihn persönlich gerichtet gewesen wäre, zurückzusetzen.

Danach hätte sich das Landgericht abermals mit der Sache zu beschäftigen. Die Ansicht des Reichsgerichts, bei dem Schutze von Amtshandlungen komme es nicht darauf an, ob die Amtshandlung eine rechtmäßige ist, ist zwar nicht neu, darum aber nicht minder irrig und den Bestand der Rechtsordnung unterminierend, deren Schutze doch wohl die Strafgesetze dienen sollen. In kultivierten Ländern wäre, wie in England, eine ähnliche Auslegung undenkbar. Sie hebt die in Deutschland so geringe Verantwortlichkeit der Beamten direkt auf und bedroht die Rechtsgüter, ja Leib und Leben der Bürger auf das eminenteste. Könnte es nicht darauf an, ob eine strafrechtlich geschützte Amtshandlung rechtmäßig ist, so würde geradezu eine Prämie auf Verletzung rechtsidiotischer Amtshandlungen, also auf Vergehen von Verbrechen gesetzt. § 242 Str.-G.-B. bedroht einen „Beamten, der in Ausübung oder in Veranlassung der Ausübung seines Amtes einen Hausfriedensbruch begeht, mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu 100 M.“ Und derselbe Gesetzgeber, der die Bestimmung traf, sollte gewollt haben, daß, wer seinen Hausfrieden einem Beamten gegenüber schädigt, wegen Rötigung auf Grund des § 114 Str.-G.-B. bestraft werden kann? Das ist unmöglich. Würde das Reichsgericht bei seiner Ansicht beharren, wenn sechs Gendarmen auf Befehl eines Vorgesetzten in sein Beratungszimmer eindrängen und die Aufhebung der Beratung verlangen? Das Landgericht dürfte trotz der mitgeteilten, schlüssigen Reichsgerichtsentscheidung abermals zur Freisprechung gelangen.

Ein Magistratsbeamter wegen Sittlichkeitsvergehens angeklagt.

Wegen Sittlichkeitsvergehens, verübt gegen ein noch schulpflichtiges Mädchen, stand am Dienstag der Magistrats-Bureauassistent Karl Neumann aus Berlin vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts III. Neumann ist verheiratet und ist jetzt 40 Jahre alt. Er soll früher Kriminalschutzmänn gewesen und in diesem Amte gerade mit der Bearbeitung

der Anzeigen von Sittlichkeitsvergehen betraut worden sein. Er wurde beschuldigt, im Hause Müllerstraße 159a auf dem Treppenhof vor seiner Wohnung ein Mädchen unzüchtig berührt zu haben. Die Kleine hatte dieses Haus betreten müssen, weil sie für ein Geschäft Botengänge zu machen hatte. Als sie heimkehrend, ihren Angehörigen mitteilte, in welcher Weise Neumann sich an ihr vergangen habe, wurde sofort gegen Neumann Anzeige erstattet, die dazu führte, daß er in Untersuchungshaft genommen wurde. Die Verhandlung vor der Strafkammer fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt, erst bei der Verkündung des Urteils wurde die Öffentlichkeit wiederhergestellt. Das Urteil lautete, in Uebereinstimmung mit dem Antrage des Staatsanwalts, auf ein Jahr Gefängnis. Aus der Begründung ging hervor, daß Neumann, der gegenüber den Angehörigen seine schmachvolle Tat zugestanden hatte, vor Gericht den Versuch gemacht hat, die Glaubwürdigkeit des Kindes zu erschüttern. Dem gegenüber wurde von dem Schutze wie von der Geschäftsinhaberin, die beide vernommen wurden, dem Kinde ein durchaus gutes Zeugnis gegeben. Auch die Aussage des Mädchens selber wurde in der Urteilsbegründung als eine solche bezeichnet, die „Hand und Fuß habe“ und „durchaus glaubwürdig“ sei, während man der Darstellung des Angeklagten die Darstellung sofort ansah. Der Angeklagte, hatte dem Kinde, als es sich ihm zu entziehen suchte, 20 Pfennig gegeben, um es zu beschwichtigen. Vor Gericht wollte er dieses Geschenk angesehen wissen als Trinkgeld für eine Besorgung, die er dem Kinde aufgetragen habe. Das Kind hat aber keine derartige Besorgung übernommen. R. versicherte auch, er habe mit dem Kinde Mitleid gehabt und es beschenkt, weil er es für bedürftig gehalten habe. Das Gericht hat ihm das nicht geglaubt. Auch der Einwand ist zurückgewiesen worden, daß bei ihm unter dem Einfluß einer früher überstandenen Krankheit sowie einer erblichen Belastung die freie Willensbestimmung ausgeschlossen gewesen sei. Als erschwerender Umstand wurde ihm angedreht, daß gerade er sehr gut gewußt habe, wie verwerflich er handelte. Während falls ins Gewicht, daß es nicht zum Keuschen gekommen und daß „ein sehr erheblicher sittlicher Schaden nicht entstanden“ sei. Diese Meinung des Gerichts dürfte von Eltern und Erziehern mit verwundertem Kopfschütteln aufgenommen werden. Der Antrag des Verteidigers, Neumann bis auf weiteres aus der Haft zu entlassen, wurde wegen der Höhe der über ihn verhängten Strafe abgelehnt. Doch wurde dem Verurteilten, bevor er abgeführt wurde, eine kurze Unterredung mit seiner Gattin gestattet.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Mittwoch, 30. September.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus. Salome.
Anfang 8 Uhr.
Königl. Schauspielhaus. Goldfische.
Deutsches. König Lear.
Kammerspiele. Sozialistische.
Kraus. Anfang 8 Uhr.
Neues Schauspielhaus. Faust.
I Teil.
Anfang 8 Uhr.

Leffing. Nora.
Berliner. Die Journalisten.
Neues. Wahrheit.
Kleines. 2x2=5.
Komische Oper. Hesand.
Reibenz. Das Glück der andern.
Heddel. Der Liebhaber.
Westen. Ein Salzertraum.
Schiller O. (Waldner-Theater.)
Julius Cäsar.
Schiller Charlottenburg. Ein Teufelskerl.
Friedrich-Wilhelmshädt. Schauspielhaus. Egmont.
Thalia. Das Ritterschicksal.
Kammerspiele. Die blaue Maus.
Neues Operetten. Die Dollarprinzessin.
Trianon. Die Liebe macht.
Korring. Jaga.
Bernhard Hoie. Der Theaterkerl.
Vater. Theater.
Hypolis. Trilby und Svengali. Spezialitäten.
Metropol. Donnerwetter - tadellos.
Gebrüder Herrfeld. Das kommt davon.
Vorher: Es lebe das Nachtleben.
Wassage. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Kaffee. Familie August Knoche. Spezialitäten.
Folies-Caprice. Die Brantschau.
Die lästige Witwe.
Carl Haberland. Spezialitäten.
Gustav Behrens. Feine Sache!
Hindgeschiedet! Spezialitäten.
Reichshallen. Bestimmer Sänger.
Walhalla. Spezialitäten.
Hranis. Taubenstraße 48/49.
Nachmittags 4 Uhr: Eine Kiffahrt bis zum zweiten Katarakt.
Abends 8 Uhr: Der Montblanc.
Sternwarte. Invalidentheater. 67/62.

Neues Theater.
Wahrheit.
Lustspiel in 4 Akten von Ulyde Gitz.
Anfang 8 Uhr.
Morgen und folgende Tage:
Wahrheit.

Kleines Theater.
Abends 8 Uhr:
2 mal 2 = 5.
Donnerstag: 2 mal 2 = 5.
Freitag: 2 mal 2 = 5.
Sonntag: 2 mal 2 = 5.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Mittwoch, 30. Septbr., Anf. 8 Uhr:
Großmama.
Donnerstag: Großmama.
Freitag: Großmama.
Sonntag: 4 Uhr Kindervorstellung.
Sänfel und Gretel.

Theater des Westens.
Abendtäglich 8 Uhr:
Ein Walzertraum.
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr, zu halben Preisen: Die lustige Witwe.

Berliner Theater.
Abends 8 Uhr Abonnement-Vorst.:
Journalisten.
Morgen: Mercadet.
Heddel-Theater.
Königsgr. Str. 57/58. Anf. 8 Uhr.
Heute und folgende Tage:
Der Liebhaber.

Lortzing-Theater
Belle-Alliancestraße 7/8.
Heute 8 Uhr: 159/15
Lehtes Hedwig Lange.
Zaza.

Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:
Theater.
Donnerstag: Helga.
Freitag Premiere: Menschen von Tharau.
Sonabend nachm. 4 Uhr Kindervorstellung: Räbezah. Abends: Varna-Viese.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Ausgewiesene. Ab.: Menschen v. Tharau.
Montag: Menschen von Tharau.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Die blaue Maus.

Metropol-Theater
Täglich 8 Uhr:
Donnerwetter - tadellos!
Revue in 10 Bildern v. Jul. Freund.
Musik von Paul Lincke. Regie Direktor Schultz.
Sonntag, 4. Oktober, nachm. 8 Uhr:
Donnerwetter - tadellos!

Apollon Theater
Ab 8 Uhr:
Das bedeutende Attraktions-Programm. 8 1/2.
Trilby und Svengali?
Kunst und Mystikum.
9 1/2: **Vera Violetta.**
10 1/2:
Paul Spadoni
der König der Kraftjongleure.

Passage-Panoptikum.
Ohne Extra-Entree.
Der Riese aller Riesen
Pisjakoff
Eintritt 50 Pf.
Kinder, Soldaten 25 Pf.

Schiller-Theater.
O. (Waldner-Theater.)
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Julius Cäsar.
Trauerspiel in 5 Aufzügen von William Shakespeare.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Julius Cäsar.
Schiller-Theater Charlottenburg.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Ein Teufelskerl.
Historische Komödie in 3 Akten von Bernard Shaw.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Ein Teufelskerl.

Berliner Eis-Palast
Lutherstraße 22/24. — Ständige Eisbahn.
(Täglich bis 1. Mai 1900) von morgens 10 Uhr bis nachts 12 Uhr geöffnet. — Täglich von 10 Uhr ab: Großes Konzert. Abends 8 Uhr und 10 Uhr: Reigen, Exambillen, Kunstläufe von ersten Kunstläufern und Künstlerinnen.

Brauerei Friedrichshain
Größter Konzertsaal Berlins. Oek: Ernst Liebig.
Heute Mittwoch:
Gastspiel - Konzert
Maximilian Fischer.
40 Künstler. Entree 30 Pf.

Zirkus Schumann.
Heute Mittwoch, den 30. September, abends prächtige 7 1/2 Uhr: Grande Soiree d'equestre. Ektoprogr. und
36 Original-Marokkaner.
16 vollständig neue Spezialitäten und zum 5. Male:
? Butterflies ?

Gebrüder Herrfeld-Theater. Vorverk. 11-2 Uhr.
57 Kommandantenstr. 57
Heute zum letztenmal:
Das kommt davon!
mit dem Vorspiel:
Es lebe das Nachtleben!
von A. und D. Herrfeld.
Morgen Donnerstag
Erst-Aufführung der genialsten Herrfelds!
Die beiden Blindbände.
Ferner: Internat. Künstler-Revue, u. a.: Madame O'Ormy mit ihrem Ballettchen - Serzett vom kgl. Landes-Theater in Prag. Lona Nansen, Vortrags-Weibsterin. Saratoff, Russen-Extr. Liberia, Straßenjäger-Quartett.

Zirkus Busch.
Mittwoch, den 30. September, abends prächtige 7 1/2 Uhr: Gala-Abend. Um 9 Uhr ca.: **Mr. Houdini** mit seinem (gef. geich.) Kammerlid. **Gebr. Saxon!**
Mlle. Mariska Reesey! Die Aerial Smiths. Herr Karl Reisch, Schutzeiter. Mathilde Renz, Equiciterin. Herr Ernst Schumanns Reudress. Um 9 1/2, ca.: **Barbarossa!!**
Gr. Original-Ausstattungs-Pant. des Zirkus Busch in 6 Bildern. In der Sonntag-Nachmittags-Vorstellung hat jeder Erwachsene ein Kind unter 10 Jahren auf allen Sitzplätzen frei.

Gustav Behrens-Theater. Goltzstr. 9.
Feine Sache! Ausgezeichnet!
Große Ausstattungsoperette.
Ren: **La belle Rose**, Prima-Ballerina. Ren: **Georg Thierry** gen. Silvester-Schaffter H. 10 Spezialitäten 10.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 5 1/2 Uhr.

Hagenbeck-Schau.
Die größte Sensation und größte Anziehungskraft von Berlin bildet noch immer die Wiederauftreten des Direktors **Willi Hagenbeck**, welcher von einem Elstbe sehr schwer verletzt wurde
? Java ? und die übrigen Schläger des Programms. Tägl. abends 8 Uhr: **Gr. Vorstellung.** Jeden Sonntag, Mittwoch u. Sonnabend: 2 gr. Vorstellungen, nachm. 4 Uhr u. abends 8 Uhr. Jeden Sonntag von 11 Uhr vorm. bis 12 1/2 Uhr: **Beschichtung u. Fütterung d. Raubtiere.** Jeden Wechtag ab 10 Uhr vorm. bis 12 1/2 Uhr mittags: **Hochinteressante Raubtier-Dressur - Proben.** Besichtigung und Fütterung der Raubtiere gegen ein Entree von 50 Pf. für Erwachsene und 25 Pf. für Kinder.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 43/49.
Nachmittags 4 Uhr:
Eine Nilfahrt bis zum zweiten Katarakt.
Abends 8 Uhr:
Der Montblanc.

Residenz-Theater.
— Direktion: Richard Alexander. —
Abends 8 Uhr:
Das Glück der andern.
George Carlier: Richard Alexander. Hieranf: **„Der seltsame Oktave.“** Oktave: Richard Alexander.
Sonntag, 4. Oktober, nachmittags 3 Uhr: **Haben Sie nichts zu ver-sollen?**

BERNHARD ROSE THEATER
Gr. Frankfurter Str. 132.
Der Theaterkerl
Anfang 8 Uhr.
— Wochenpreis. —
Morgen wegen Vorbereitung zu reichem historischem Schauspiel: **Das Räthchen von Heildronn** geschildert.
Freitag: **Das Räthchen v. Heildronn.**

WINTERGARTEN
765
Eröffnungs-Programm.
Von
Publikum u. Presse
glänzend beurteilt.

Palast-Theater
Burgstr. 24, 2. Rm. v. Hof Böfse.
Heute 8 Uhr. Galerie 30 Pf.
Letzter Tag
des
September-Spielplans
12 Attraktionen 12
Der Seefabett.
Eingpiel in 2 Akten.
Familientier, zum halben Kassenpreis gültig, überall gratis!

Neues Operetten-Theater.
Schiffbauerdamm 25, a. d. Lustenstr.
Abends 8 Uhr:
Die Dollarprinzessin.

Walhalla-Variete-Theater
Weinbergsweg 19/20, Rosenth. Tor.
Anfang 8 Uhr.
Das neue große September-Programm. — 12 glänzende Spezialitäten.

Rixdorfer Theater
Bergrstraße 147.
Mittwoch, den 30. September 1900:
Der Hypochonder.
Lustspiel in 4 Akten von G. v. Moser.
Anfang 8 Uhr.

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr:
Na endlich!
Pariser Extravaganz mit
Paulette van Roy
und das kolossale
Eröffnungsprogramm
14 erstklassige Spezialitäten.

W. Noacks Theater
Direktion: Rob. Ott. Brunnenstr. 16.
Die alte Geschichte.
Der Roman einer Choristin. Lebens-bild in 6 Akten von Hßer.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Sonabend, den 3. Oktober, einmalige Aufführung: **Die Witwe von Paris.**

Parodie-Theater
Dresdener Straße 97.
Heute:
Cavalleria-Rustikana und die urkomische Burleske **„Berlin steht Kopf“.**
Anfang Sonnt. 8, wochent. 8 1/2 Uhr.

Casino-Theater
Rothfingerring Str. 37. Täglich 8 Uhr
Familie
August Knoche.
Berliner Gelaschpöffe in 3 Akten.
August Knoche: Dr. Hans Berg.
Vorher d. glänzende Eröffnungsprog.
Sonntag 4 Uhr: Rosenengasse 8a.

Folies-Caprice
Durchschlagender Erfolg!
Die lästige Witwe.
Die Brantschau. — Bunter Teil.
Vorverkauf von 11-2 Uhr
a. d. Theaterkasse. Anf. 8 Uhr.

Kochkunst-Ausstellung

Neue Welt, Hasenbeide 108/114.

Täglich: **Militärkonzert.**
Geöffnet von 9 Uhr morgens bis 10 Uhr abends.
Täglich neue Kochobjekte.

Eintrittspreis 1 Mark.

Reichshallen-Theater

Täglich:
Stettiner
Sänger

Moysel, Britton, Seidel, Horst, Schröder, Ebersberger, Bühlgen, Otto Schröder u. A. Schröder.
Auf. wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.
Reichshallen-Garten und Restaurant: Militär-Konzert.

Rastaurant Waldkater

Charlottenburg, am Bahnh. Jungfernheide.
Anh.: Hermann Sod.
Jeden Donnerstag und Sonnabend Unterhaltungsmusik. Gemüthliches Beisammensein.
Sonntags: Gr. Ball. — Kaffeelüfte.

Ziehung nächste Woche!

Lankwitz-Berliner
Lotterie.
Ziehung 6. Oktbr. 1908.
485 Gewinne i. W. v. zus. Mark

10 000
1 Hauptgewinn i. W. v. Mark

5 000
mit 484 Gew. i. W. v. zus.

5 000
Kleinsten Gewinn i. W. v. 5 Mk.
Lose à 50 Pf., 11 Lose nur 5 Mk. (Porto u. Gewinnliste 20 Pf. extra) sind in allen Lotteriegeschäften u. den durch Plakate kenntlichen Verkaufsstellen zu haben sowie beim General-Debit

Paul Steinberg & Co.
G. m. b. H., Bankgeschäft
Berlin C. 54, Rosenthalerstr. 11-12.

Partei-Expeditionen:

Zentrum I: Felix Hinte, Mauerstr. 89.
Zentrum II: Albert Hahnisch, Auguststr. 50, Eingang Joachimstraße.
2. Wahlkreis, Westen: Gustav Schmidt, Kirchbachstr. 14, Hochparterre.
Süden und Südwesten: Hermann Berner, Guelkenstr. 72, Laden.
3. Wahlkreis: St. Frid, Brückenstr. 31, Hof rechts hart.
4. Wahlkreis: Osten: Robert Bengels, Mühlendörferstr. 3, am Rühlmerplatz. — Wilhelm Mann, Gerechburgerplatz 4 (Laden).
4. Wahlkreis, Südosten: Paul Böhm, Kaufherplatz 14/15 (Laden).
5. Wahlkreis: Leo Busch, Inmanuelfeldstr. 12 (Hof).
6. Wahlkreis (Noahit und Hansviertel): Karl Anders, Salzweberstr. 8, im Laden.
Wedding: Karl Zeige, Nazarethstr. 49.
Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: Hermann Rasche, Kaserstr. 39, Eingang Anhalterstr. 10.
Gesundbrunnen: F. Trapp, Stettinerstr. 10.
Schönhäuser Vorstadt: Karl Mars, Hofeierstr. 123.
Alt-Gliencke: Wilhelm Darré, Rudowstr. 83 II.
Charlottenburg: Gustav Scharnberg, Seelenhellerstr. 1, Ecke Weststr. 1, Laden.
Wilmerdorf-Halensee: Tülle, Sigmaringenstr. 6.
Lichtenberg, Friedrichsfelde, Wilhelmsberg: Otto Seidel, Kronprinzenstr. 4, I.
Rummelsburg, Boxhagen: H. Rosenkranz, III-Boxhagen 56.
Grünau: Franz Klein, Bahnhöfstr. 6 III.
Bohnsdorf und Falkenberg: G. Pfeifer, Bohnsdorf, Gensenshofstr. 1.
Rixdorf: W. Heinrich, Bedarfstr. 2, im Laden.
Schmargendorf: Gustav Saminsky, Gurostr. 2.
Schöneberg: Wilhelm Bäumer, Rarlin Lutherstr. 51, im Laden.
Tempelhof: R. Müller, Berlinstr. 41/42.
Ober-Schönevelde: Julius Grunow, Edlonstr. 10, I.
Nieder-Schönevelde: Bonaforsia, Haffelwerderstr. 2.
Johannisthal: Wiede, Kaiser-Wilhelm-Platz 4.
Adlershof: Erich Steiner, Hadenbergstr. 5, II.
Königs-Wusterhausen: Friedrich Baumann, Amtsgarten 3.
Köpenick: Friedrich Waid, Kiekerstr. 6, Laden.
Friedrichshagen: Reinhold Schmidt, Kiekerstr. 58.
Friedenau-Steglitz-Südende: G. Berner, Schloßstr. 119, Hof I, in Steglitz. Beteiligungen nehmen entgegen in Steglitz: G. Rohr, Doppelstr. 32, und Fr. Schellhase, Wörmstr. 15a.
Mariendorf: Hermann Reichardt, Kurfürstenstr. 34.
Baumschulenweg: G. Herzig, Marienholerstr. 13, I.
Tropow: Rob. Gramenz, Reichholzstr. 412, Laden.
Neu-Weißensee: Kurt Fuhrmann, Sedanstr. 105, parterre.
Reinickendorf - Ost, Wilhelmsruh und Schönholz: G. Gurrich, Grünerweg 46 I.
Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waidmannslust, Hermsdorf und Reinickendorf - West: Paul Riemast, Borsigwalde, Rauhstr. 10.
Pankow-Niederschönhausen: Bräunerstr. 73.
Bernau-Röntgenal: Heinrich Traje, Hohenstr. 74, hart.
Eichwalde, Zenthen, Hiersdorf und Hankels Ablage: Erich Zimmermann, Eichwalde, Kaiser-Friedrich-Str. 8.
Teltow: Wilhelm Reher, Hohenstr. 7.
Nowawes: Wilhelm Jappe, Brückstr. 46.
Spandau: Köppen, Jagowstr. 9.
Mahlsdorf und Kaulsdorf: Hugo Scheibe, Mahlsdorf, Halderstr. 14.

Sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke werden geliefert.
Annahme von Inseraten für den „Vorwärts“.
Bitte ausschneiden. 245/1*

Unserem Genossen 19015
Fritz Schwemke
zum 50. Geburtstag die herzlichsten Glückwünsche!
Die Genossen d. Südens.

Sozialdemokratisch. Wahlverein Rixdorf.

Todes-Anzeige.
Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Bauer
Gustav Zoch
(14. Bgl.)
verstorben ist. 236/16
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 30. d., nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des Thomas-Richthofes, Hermannstr. 4, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Am Montag früh verstarb nach langem, jäherem Leiden mein innigstgeliebter Mann, der Schriftsteller
Alexander Kulikowski
im Alter von 38 Jahren.
Dies zeigt tiefbedrückt, am Rufe Teilnahme bitend, an
Olga Kulikowski geb. Luoka.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 1. Oktober, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Heiligens-Richthofes, Reinickendorf-West, Berliner Straße, aus statt.

Todes-Anzeige.
Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht vom dem Ableben meines lieben Sohnes, Bruders, Schwagers und Onkels, Herrn
Nikolaus Schmidt
Eisenstecher.
Berlin, Gartenstr. 60.
Die trauernden Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet am Donnerstag nachmittags 3 Uhr von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise untrüger Teilnahme bei dem Tod und der Beerdigung unserer beiden Söhne
Otto und Georg
sprechen wir hiermit unseren herzlichsten Dank aus. Rüge jeder vor sich schwerem Schicksalsschlag bewahrt bleiben.
August Pattloch und Frau.
Für die herzliche Teilnahme bei der Beerdigung meiner beiden Söhne und guten Ratler 44982
Marie Grimm, geb. Becker
sagen wir allen Beteiligten unserer herzlichsten Dank.
Hermann Grimm.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, Moritzplatz, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12. 2-4.

Weitmanns
Trauermagazin
Hauptgeschäft: Berlin W., Mohrenstr. 37a, kein Eckhaus, und Berlin NO., Gr. Frankfurter Str. 115, kein Eckhaus, erreicht
feine Zeitungsabgabe und keine billigen Preise durch Klammersparnis u. geringe Spesen
Geschmackvolle Auswahl in fertiger Trauer-Garderobe für Damen und Mädchen.

Reste!
Damentuche, schwarz und farbig. Costumes-Stoffe (neueste Muster, zu jeder Saison), Astrachan, Krimmer, Vellplüsch, Seidenplüsch, Velours du Nord, Sammet, Soldo, Velvet etc. 4147L*

Confektion
Paletots, Jacketts, Costumes und Costumesröcke in großer Auswahl.
C. Pelz, Kottbuser 5. Straße

Bestes Teilzahl-Geschäft für
Brennabor-Räder!
Sein Laden! Günstigste Bedingungen. Berlin SO.,
Louis Barth, Brückenstr. 10a, pl.

Die billigste Bezugsquelle auf
Kredit für Jedermann

ist
M. LANDAU
193 I, Oranienstr. 193 I
HEINRICHSPLATZ.

Möbel, Betten, Polsterwaren, Herren-Damen-Kinder-Garderoben. Anzahlung auf eine Stube 5 Mk. an. Gelegenheitskäufe stets am Lager.

Die **Kölnische Unfall-Versicherungs-Aktien-Gesellschaft** (Garantiemittel Ende 1907 einschließlich des Grundkapitals von 5 000 000 M. über 17 430 000 M. gezahlte Entschädigungen bis Ende 1907 einschließlich Schadenumfassen und abzüglich der Anteile der Rückversicherer über 26 630 000 M.) gewährt zu fassen und liberalen Bedingungen

gegen eine einmalige äußerst billige Prämie
Eisenbahn-Unfall- u. Dampfschiffs-Unglücks-Versicherungen auf Lebenszeit

Auf jedermann, ohne Rücksicht auf Alter, Geschlecht und Gesundheit, gültig für die ganze Welt und für alle Arten von Bahnen, auch für Straßenbahnen, bezw. für alle Flüsse und Binnengewässer Europas und für alle dem öffentlichen Personenverkehr dienenden Dampfschiffe und Motorboote.

Die Prämie beträgt für eine Versicherung:

auf den Todesfall von	einer Lebensdauerlichen jähr. Prämie im Falle gänzl. Invalidität von	auf Todes-entf. Abgabe von	bei einmaliger Zahlung	bei Zahlung in 4 Viertel-jahresraten je
3 000 M.	300 M.	1.- M.	15.- M.	3,90 M.
6 000 .	600 .	2.- .	30.- .	7,80 .
12 000 .	1 200 .	4.- .	60.- .	15,60 .
30 000 .	3 000 .	10.- .	150.- .	39.- .
50 000 .	5 000 .	16 2/3 .	250.- .	65.- .
100 000 .	10 000 .	33 1/3 .	500.- .	130.- .
200 000 .	20 000 .	66 2/3 .	1000.- .	260.- .

Zum Abschluß von Versicherungen empfehlen sich die leicht zu erfragenden Vertreter der Gesellschaft und die Direktion in Köln.
Vertreter für die Vermittlung obiger Versicherungsart werden gegen hohe Provision gesucht.
Meldungen sind an die Direktion in Köln zu richten.

Sanssouci, Kottbuser
Str. 6.
Direktion Wilhelm Heimer.
Sonntag, Montag und Donnerstag:
Hoffmanns Nord. Sänger und Tanz.
Anderwöchentliches Programm
Beg. Sonntag, 5. wochent. 8 U.
Jeden Dienstag:
Gastsp. d. Berl. Schauspiel-Ensembles.
Theater - Abend.

Gustav Lindenhayn,
Gastwirtschaft. Telefon: Amt Grünau Nr. 17
Grünau, Friedrich-Str. 2.
5 Minuten vom Bahnhof. Großer Garten. Vereinszimmer.
Fremdenlogis. 20612*
Vorzügliche Speisen und Getränke in größter Auswahl zu soliden Preisen.

Stoppdecken
größte Auswahl, sehr preiswert, direkt in d. Fabrik
Bernhard Strohmandel,
Berlin S. 14, 72 Wallstraße 72
u. W. 15, Joachimthalstr. 25/26.
Alle Stoppdecken werden aufgegeben.

Ich liefere
auf Kredit
an Jedermann

Möbel

Polsterwaren
Kompl. Wohnungs- u. Küchen-Einrichtungen
Herren- und Damen-Garderobe
Leib- und Bettwäsche
Betten, Steppdecken
Teppiche, Gardinen
Portieren, Bilder, Uhren
Gas- u. Petroleumkronen
eventuell alten Kunden

ohne Anzahlung
bei
kleinsten Abzahlung
Möbel- u. Waren-Kredit-Baus

S. Dorn
Alte Schönhauser
Straße 8
Am Tor.

Persil

das beste existierende Waschmittel, dessen enorme Wasch- und Bleichkraft das höchste Entzücken der Hausfrauen hervorruft. Weil seine wunderbare Wirkung scheinbar unerklärlich, wärden manche Hausfrauen, daß Persil der

Wäsche

schämlich sei, aber viele Tausende von Hausfrauen haben sich durch fortgesetzten Gebrauch von der absoluten Unschädlichkeit dieses einzig dastehenden Waschmittels überzeugt und sind sogar zu der Einsicht gekommen, daß Persil die Wäsche schon. Überzeugen Sie sich gleichfalls!

Aleinige Fabrikanten:
Henkel & Co., Düsseldorf
auch der weltbekannten Henkels Bleich-Soda.

Fabrik-Niederlage für Berlin und Vororte:
Joh. Schmalor, Berlin N., Tieckstraße 11.

Sie sollen nicht zurück bleiben

Besuch in den Vormittagsstunden erbeten, da nachmittags der Andrang zu stark ist.

Man achte im genau auf meine

Eleg. Trauer-Magazin
Auswahl & Preise konkurrenzlos.

eigenen Interesse
Firma und Hausnummer.

sondern möglichst sofort nach soeben beendeter Engrossaison

Westmann's Konfektionshaus
Hauptgeschäft: Berlin W., Mohrenstr. 37a (kein Eckhaus, 2. Haus v. d. Jerusalemstr.)
und Berlin NO., Gr. Frankfurterstr. 115 (kein Eckhaus, 2. Haus von d. Andreasstraße)
aufsuchen, um sich meine eleganten, neuesten

Herbst- und Winter-Originalmodelle
anzusehen und das Ihnen zussagende auszuwählen!!
Originalmodelle! Reismuster! Kopien!

== in jeder nur irgend denkbaren Größe ==
billiger wie in jedem Laden oder Detailgeschäft!!!

Plüsch-, Astrachan-, Pelz-Konfektion
in der Preisliste von M. 15.-, 20.-, 30.-, M. 50.- bis M. 600.-
Mäntel, Paletots, Jacketts, Kapes, Abend- u. Theatermäntel, Frauenmäntel anfangend von M. 10.-, 12.-, 14.-, 18.- bis M. 230.-

Kostüme □ Kleider □ Röcke □ Blusen
zu M. 5.-, 8.-, 10.-, 13.-, 15.- bis M. 180.-

Uebergangsmäntel schon zu M. 8.- p. Stück zum Aussuchen.

Das Gleisdreieck.

Die Anlage der Hochbahn ist aus Anlaß des schweren Unglücks in den letzten Tagen Gegenstand lebhafter Diskussion in Sachverständigen- und Laienkreisen gewesen. Wir haben gestern berichtet, daß es bereits vor Inbetriebnahme nicht an Warnern gefehlt hat, die auf die schweren Gefahren dieser Anlage hingewiesen haben. In nachfolgendem wollen wir eine Stimme aus technischen Kreisen zum Worte kommen lassen, in der Hoffnung, zugleich ein Bild von dem so viel besprochenen Gleisdreieck zu geben. Unser technischer Mitarbeiter schreibt uns: „Bei der Erbauung der Bahn handelte es sich darum, die Linie nach dem Potsdamer Platz an die durchlaufende Linie von Osten nach Westen anzuschließen. Es entsteht dadurch direkt ein Dreieck. Da die Bahn zweigleisig durchgeführt ist, ergeben sich an den drei Abzweigstellen des Anschlußdreiecks Kreuzungen der beiden inneren in entgegengesetzten Richtungen befahrenen Gleisstränge. Durch die Anlage des Gleisdreiecks ist es nun vermieden worden, daß diese Kreuzungen in gleicher Höhe stattfinden. Die Einrichtung ist an den oben erwähnten drei Punkten vielmehr so getroffen, daß das eine Gleis über das andere hinweggeführt ist. Es entstand dadurch eine baulich äußerst verwickelte Anlage, die durch den Wechsel in der gegenseitigen Höhenlage der einzelnen Gleisstränge bedingt ist. Man hatte aber dadurch den Vorteil der schienenfreien Kreuzungen gewonnen, so daß ein Zusammenstoß zweier in entgegengesetzter Richtung fahrender Züge ausgeschlossen. Ohne die Anlage des Gleisdreiecks würden drei äußerst gefährliche Kreuzungspunkte mit Weichen geschaffen sein, die leicht zu den gefährlichsten Zusammenstößen hätten Anlaß geben können.“

Hingegen gibt es auf dem Dreieck drei andere Punkte, wo, wie auch die Erfahrung leider gelehrt hat, ein Zusammenstoß möglich ist. Es sind dies die Punkte, wo die in gleicher Richtung befahrenen Gleisstränge, die von verschiedenen Punkten herkommen, zusammenstoßen. Diese Punkte, an denen Weichen vorhanden sein müssen, sind durch Signale, die von einem zentralen Stellwerk bedient werden, gesichert. Diese Signale sind in sinnreicher Weise miteinander automatisch verbunden und haben auch im vorliegenden Fall funktioniert. Aber trotzdem bleiben diese Weichen äußerst wichtige Punkte der Anlage. Aus der Welt lassen sich aber diese gefährlichen Stellen wohl kaum schaffen, solange nicht darauf verzichtet wird, sowohl vom Westen als auch vom Osten in die Richtung Leipziger Platz direkt ohne Umfahrungen zu gelangen. Die Frage, die wohl jetzt am ehesten zu ventilieren sein wird, ist die, auf den direkten Verkehr zu verzichten und auf dem Gleisdreieck einen Umfahrbahnstrecke zu errichten, eine Lösung, der auch die Hochbahngesellschaft bereits nähergetreten ist. Der Betrieb würde dann in zwei voneinander unabhängige Linien vom Westen zum Spittelmarkt und vom Osten bis zu diesem Umfahrbahnstrecke geteilt werden. Natürlich würde dann das Gleisdreieck, dessen Konstruktion immense Summen gelöst hat, keinen Wert mehr haben; doch dürfen solche Rücksichten keine Rolle spielen. Aber auch mit dem Fortfall dieser Weichen würde man dem Bedienungspersonal, wie es in verschiedenen Anordnungen der Presse verlangt wird, nicht unabhängig werden. Es kann zu ebensolchen folgenschweren Katastrophen wie jetzt führen, wenn ein Führer ein Signal vor einer Station nicht beachtet, während noch ein anderer Zug die Station nicht verlassen hat, eine Situation, die bei einem Zweiminutenverkehr leicht eintreten kann. Wir haben zwar bereits in unserer Nummer vom 29. d. M. (fürs Unterhaltungsblatt) einige Vorrichtungen beschrieben, die die Sicherheitsvorrichtungen unabhängig vom Personal bedienen und eventuell Bremsen usw. betätigen sollen. Wenn diese Apparate auch im regelrechten Betrieb funktionieren sollten, so können doch Fälle eintreten, wo sie versagen und man erst recht auf die Aufmerksamkeit des Personals angewiesen ist. Zu den besten Sicherheitsvorrichtungen wird auch immer ein gutes, nicht überbürdetes Personal gehören. Da man aber immer mit menschlichen Unvollkommenheiten rechnen muß, müßte von der Aufsichtsbehörde unbedingt darauf gedrungen werden, daß sich im Führerstand immer zwei vollkommen ausgebildete Wagenführer befinden. Die jetzige Vorschrift, daß der im Wagen befindliche Schaffner diese Funktionen ausüben darf, ist zwar — billiger, aber, wie die traurige Erfahrung gelehrt hat, unzuverlässig.“

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalkasse. Auf wiederholte Anfragen teilen wir mit, daß die Räume des Anstalts der Berufs- und Lehrerbauerei, Delonon Emil Müller, Seestraße, Ecke Amrumer Straße, der Arbeiterkassette nicht zu Versammlungen zur Verfügung stehen und ersuchen wir die Parteigenossen, speziell die Arbeitervereine, dies genau beachten zu wollen. Die Lokalkommission.

Steglich. Donnerstag, den 1. Oktober, findet in dem Restaurant „Albrechtshof“ ein wissenschaftlicher Vortragsabend vom „Deutschen Bund zur Aufklärung von Deutschlands Frauen und Männern“, zu welchem auch das bekannte Fräulein Kube gehört, statt. Wir erwarten trotz der riesigen Reklame, daß die Arbeiterkassette jenes gespenstliche Lokal streng meiden, da uns sonst sein Vortreten verweigert wird.

Berliner Nachrichten.

Aus der Kaserne in die Organisation!

Die militärische Dressuranstalt speit wieder einen Teil ihrer Opfer aus. Die Manöver sind beendet und die Reservisten treten mit gehobenen Gefühlen den Weg nach den heimatischen Gefilden an.

Mit brennender Ungeduld haben die jungen Volkshöhne die Lage gezählt und die Stunde erwartet, in der sich ihnen die Tore zur bürgerlichen Freiheit öffnen werden. Wer einmal die Zwangsjacke getragen hat, dem wird der Moment unüberwindlich bleiben, in dem er sich ihrer entledigen konnte. Denn das heißt ebenso viel, als wieder Mensch, Mann, Bürger werden. Der Umstand, der eisernen Disziplin, der blinden, willenlosen Untertwerfung, der entwürdigenden, brutalen Behandlung entronnen zu sein, bildet für jeden selbstbewußten, stolzen und feiner empfindenden Menschen ein beglückendes Gefühl. Tausende junger Arbeitsbrüder treten nun wieder in die Reihen des kämpfenden Proletariats, als freudige Mitstreiter im Kampfe um wirtschaftliche Verbesserungen und politische Rechte.

Die Kriegervereine, wo der öde, blöde Patriotismus bis zum Uebermaß geübt wird und die Hirne der Mitglieder mit hohlen, schwülstigen Phrasen unnebelt werden, sind krampfhaft bemüht, in den Reihen der Arbeiter Proleten zu machen, allerdings mit geringem Erfolg. Immerhin ist es nötig, energisch mit der Agitation einzusetzen, um die vom Militär kommenden Arbeitskameraden in die Arena des wirtschaftlichen und politischen Kampfes zu führen, soweit sie nicht schon vor ihrer Militärzeit der freien Arbeiterbewegung angehört. Diese wird das Massen- und Solidaritätsbewußtsein mit ihren Klassenorganisationen zusammenführen. Das Hauptaugenmerk muß jenen zugewandt werden, die aus rückständigen, länd-

lichen Gegenden kommen und nach ihrer Entlassung nicht wieder nach dort zurückkehren. Hier bietet sich dem agitatorisch und organisatorisch tätigen Genossen ergiebige Neuland. Hier kann unbedroffene Arbeit reiche Früchte zeitigen. Gerade diese unwissenden Söhne des Landes geraten am ehesten in die Fänge der Hurrathelben und gehen damit für die Arbeiterbewegung nicht nur verloren, sondern sie bilden auch bei Lohnkämpfen und Wahlen eine stete Gefahr. Sie zu tüchtigen, klassenbewußten Mitstreitern zu erziehen, ist eine sehr wichtige Aufgabe.

Die städtische Verkehrsdeputation

hat jetzt viel Arbeit. Vorige Woche tagte die Deputation und gestern trat sie wieder zu einer erneuten wichtigen Sitzung zusammen, in der gleichzeitig bekannt gegeben wurde, daß sich zur Bewältigung der vorliegenden Fragen in Zukunft Ertragsungen nötig machen werden.

In den gestrigen Verhandlungen wurde auch das Unglück auf der Hochbahn kurz besprochen. Stadtbaurat Krause wies darauf hin, daß er sich als Prophet bewährt habe, denn schon vor 6 Jahren habe er darauf hingewiesen, daß die Gefahr solcher Unfälle mit der Steigerung des Verkehrs sehr nahe liege. Leider habe man seine Warnungen damals nicht beachtet. Als aber die Hoch- und Untergrundbahn beabsichtigte, auch unterirdisch, und zwar am Potsdamer Platz, ein solches Gleisdreieck zu errichten, sei es dem Widerspruch der städtischen Behörden beim Polizeipräsidenten gelungen, daß dem Projekt die Genehmigung verweigert wurde. Stadtrat Alberti wies darauf hin, daß das Unglück entstanden sei, weil man von der Gewissenhaftigkeit des Personals zu viel erwartete, noch viel schlimmer würde es aber werden in den von der Großen Berliner Straßenbahn projektierten Tunnelstrecken am Brandenburger Tor und am Opernplatz, wo trotz der Abzweigungen, Kreuzungen und Verschlingungen nicht einmal eine bahnmäßige Versicherung vorgesehen sei, und die Direktion der Großen Berliner auf ihr gut geschultes Personal hingewiesen habe, das, wie Figura zeigt, trotz vorhandener Sicherungen auf der Hochbahn verunglückt sei.

Von Seiten der Hoch- und Untergrundbahngesellschaft lag ein Antrag vor, um Zustimmung zu dem mit Wilmersdorf vereinbarten Nürnberger Platz ausgehenden Seitenlinie. Diese Bahn soll bis zum Kollenderplatz weitergeführt werden, von dort die Kollenderstraße entlang gehen, dann den Häuserblock zwischen Steglitzer- und Kurfürstentrasse durchbrechen und zwar als Untergrundbahn, von dort aber als Hochbahn die Potsdamer- und Anhalterbahn überschreiten, um dann an die nach der Warschauer Straße führende Bahnlinie Anschluß zu finden. An der Stelle, wo sich diese Bahn mit der Linie Reichskanzlerplatz-Spittelmarkt kreuzt, soll ein Umfahrbahnstrecke errichtet werden. Obwohl eine Reihe nicht unerheblicher rechtlicher Bedenken vorhanden waren, gab die Deputation ihre Zustimmung, weil dadurch das Gleisdreieck beseitigt werden wird. Nach der bekannten Audienz, welche der Oberbürgermeister beim Kaiser hatte, setzte die Deputation eine Subkommission zur Durchspruchung der Sachlage ein. Diese Kommission beantragte: 1. Den Magistrat zu ersuchen, die Zustimmung der Gemeindebehörden zur Ausführung der Tunnelanlagen am Brandenburger Tor und Opernplatz seitens der Stadtgemeinde herbeizuführen. 2. Die Krause'schen Durchbruchpläne auszuführen und Aufnahme von Verhandlungen mit der Großen Berliner Straßenbahn wegen der Durchführung dieser Pläne. Nach mehrstündigen Verhandlungen, bei denen Genosse Singer mit Nachdruck forderte, daß nach Lage der Verhältnisse eine Entscheidung in diesen Dingen unbedingt gefällt werden müsse, trat die Deputation dem Antrag ihrer Subkommission einstimmig bei. Ein Abkommen behufs Gleisverlegung am Spreetunnel in Treptow fand gleichfalls Genehmigung.

Der Arbeitsverdienst im Irrenhause.

Es dürfte über die nächstbeteiligten Kreise hinaus wenig bekannt sein, daß gewisse Arbeiten, welche in den städtischen Irrenanstalten die arbeitsfähigen Patienten verrichten, mit barem Gelde gelohnt werden. Durchweg sind es sozusagen Vertrauensposten, für die man nicht jeden Geisteskranken verwenden kann. Die Ärzte und die im Anstaltsbereich wohnenden Beamten, sogar noch die Oberpfleger, haben sich von alterher das Gewohnheitsrecht angemacht, Geistesranke für ihre Privatwede zu beschäftigen, in ihren Haushaltungen als männliche Diensthofen oder auch zu wissenschaftlichen Zwecken, als Schreiber und Stenographen. Willigere Arbeitskräfte gibt es nicht, denn hier werden Arbeitsverrichtungen, die oft sehr exakt und keineswegs immer leicht sind, mit dem zwanzigsten bis dreißigsten Teil ihres wirklichen Wertes bezahlt. Eine Vergütung von zwei bis drei Mark pro Monat aus der Privatkassette des Arztes oder Beamten ist schon ein hoher Gehalt. Wird die Vergütung aus irgend einem Anstaltsfonds gezahlt, so beträgt sie noch weniger, nämlich 50 Pfennig bis eine Mark. Trotzdem sind die betreffenden Vertrauensstellungen außerordentlich begehrt, da selbst diese geringen Monatsgehälter für den Geisteskranken den Wert eines kleinen Vermögens haben. Er spart sie sich monatelang zusammen, um bei der Entlassung möglichst mit einem Zwanzigmarsch ins doppelte schwere Erwerbseleben zu treten. Bei dieser läßlichen Rücksicht wird ihm nun nicht selten ein bitterer Strich durch die Rechnung gemacht. Bestimmungsgemäß sollen Injassen der städtischen Irrenanstalten überhaupt kein Geld oder solches doch nur in ganz mäßiger Höhe bei sich führen. Hierin wird aber sehr nach Gunst verfahren. Dem einen läßt man sein Geld, dem andern nimmt man es fort. Bei der Einkieferung wird selbstverständlich jeder Pfennig konfisziert. So ist es vorgekommen, daß Kranke mit mehreren tausend Mark im Besitze eingeliefert wurden, die man ihnen natürlich nicht lassen konnte. Aber tatsächlich wird auch schon der geringste Betrag kühnlich vereinnahmt und auf die Verpflegungskosten verrechnet. Häufigere Gäste der Irrenanstalten besorgen deshalb den Teil, vor der freiwillig nachgesuchten Aufnahme ihr Geld in einer bestimmten Dicht bei der Anstalt belegenden Kneipe zu hinterlegen, wo es vor den Argusaugen der Anstaltsbeamten sicher ist. Wer später beurlaubt wird, was ja in vielen Hunderten von Fällen geschieht, kehrt fast regelmäßig mit Geldmitteln zurück. Man findet aber keine Kleiderkontrolle statt, was auch bei Urlauben sehr in der Ordnung ist, und so kommt es, daß recht viele Anstaltsinsassen über nicht unbedeutende Summen verfügen. Sollte man also die Bestimmung, daß kein Patient im Besitze von Geld sein darf, rigoros durchführen, so würde das zu dem modernen, humanen Geiste der Irrenhausbehandlung im Widerspruch stehen. Es fiel damit auch die Methode ins Wasser, den oben bezeichneten Geisteskranken aus Privatmitteln oder aus Anstaltsmitteln direkt Geld in die Finger zu geben. Und weiter wäre es dann überhaupt nicht mehr möglich, daß die Ärzte und Beamten sich Anstaltsinsassen als Diensthofen holten, weil diese sich für solche unbezahlte Hausmeistersarbeit einfach bedanken würden. Gleich-

wohl versteht es die Anstalt, das als minimalen Arbeitslohn gegebene Geld unter gewissen günstigen Umständen wieder an sich zu bringen und möglichst noch anderes Geld dazu. Die Kasse der Ärzte und Beamten genießen als solche bedeutende Freiheiten, dürfen zum Teil sogar die Anstalt am Tage jederzeit verlassen. Sie unterliegen also leicht der Verführung, in Ausnutzung ihrer Freiheit ein über den Durst zu trinken. Und das ist der richtige Moment, um ihnen als Disziplinarstrafe das gesamte mühselig ersparte Geld abzunehmen. Dem Schreiber dieser Zeilen sind viele Duzende solcher Fälle bekannt geworden. Bei der späteren Entlassung wurde allerdings auf flehentliche Bitten das Geld aus Gnade und Barmherzigkeit zurückgezahlt. Aber nun wachte ja die Anstalt, daß der Mann bemittelt war, und so fühlte sie nicht mehr die Verpflichtung, noch ihrerseits eine Ertragsunterstützung zum Wiedereintritt ins Leben zu geben, so daß auf alle Fälle ein Geschäft gemacht war. Was man nicht zurückgab ging auf das Konto der durch die Anstaltsbehandlung erwachsenen Kosten.

An diesen eigentümlichen Verhältnissen ist zweierlei nicht zu billigen. Wenn Anstaltsärzte und Anstaltsbeamte für irgendwelche häusliche oder sonstige Zwecke, die mit der Anstaltsverwaltung nichts zu tun haben und nicht in ihrem Interesse liegen, die Arbeitskraft von Anstaltsinsassen benutzen wollen, so sollen sie entsprechend dafür bezahlen. Es geht nicht an, daß diese bevorzugten Personen Geld sparen und denen, die ihre Knochen dazu hergeben, ein Vutterbrot anbieten. Ferner ist es unbillig, den geisteskranken Arbeiter für irgendwelche peinliche Vorfälle, die doch in jedem Falle seiner Krankheit angerechnet werden müssen, am schmalen Geldbeutel zu strafen. Was er hundertmal ehrlieh verdient hat, darf ihm unter keinen Umständen wieder fortgenommen werden. Ob man ihm das Geld in Monatsraten zahlt oder es ihm, was vielleicht vorzuziehen wäre, bis zum Tage der Entlassung aufspart, ist dann eine Frage für sich.

Hungerlöhne. Im Berliner „Lokal-Anzeiger“ vom letzten Sonntag finden wir folgende Annonce:

„Junge Mädchen zum Etikettieren und annähen gesucht, gegen monatlich 30 Mark. Arbeitszeit 8 bis 1/2 Uhr. Max Mühl, Leipzigerstraße 81.“

Das macht also 12 1/2 Stunde Arbeitszeit, so daß die Arbeitsstunde mit dem fälligen Lohn von 10 Pf. bezahlt werden soll. Solche Hungerlöhne, die bei mehr als zwölfstündiger Arbeitszeit selbst für jugendliche Arbeitskräfte durchaus unangemessen sind, werden leider noch massenhaft angeboten und gezahlt.

Arzt und Arbeiter.

Man sagt, die Göttheit der Bildung sei unter anderem daran zu erkennen, wie einer denen entgegentritt, die „weniger als er sind“. Ärzte erwarten selbstverständlich, daß man sie den Männern mit echter Bildung zuzähle. Um so mehr muß es überraschen, daß die Klagen, Ärzte seien Arbeitern in ungezogener Weise begegnet, immer wiederkehren.

Die schlimmsten Dinge werden uns gewöhnlich aus Unfallstationen berichtet. Ganz eigenartig sind die Erfahrungen, die ein Elektromonteur B. auf der Unfallstation für Rixdorf (Steinmehlsstraße) hat machen müssen. B. hatte in Rixdorf auf einem Neubau eine Arbeit auszuführen gehabt, und es war ihm dabei etwas abdrödelnder Kalk ins Auge geraten. Die von ihm selber und von „seinen Kollegen“ unternommenen Versuche, den Kalk aus dem Auge zu entfernen, gelangen nicht. B. konnte sich noch nach Hause begeben und zu Mittag essen. Als aber der Zustand des Auges sich nicht besserte, entschloß er sich nach Litzke, die genannte Unfallstation aufzusuchen, noch ehe er die Arbeit wieder aufnahm. Der Arzt, der dort anwesend war, drückte einige Male an dem Auge hin und her und brachte schließlich das Kalkörnchen heraus. Die Prozedur war geklärt, aber sie war für B. nicht gerade angenehm gewesen. Dafür kann natürlich der Arzt nichts, doch ebensovienig darf man's dem Patienten übernehmen, daß es ihm wehe tat. B. hatte, da die helfende Hand ihm heftige Schmerzen bereitete, unwillkürlich nach dem Arm des Arztes gegriffen. Der Arzt sagte zunächst nichts hierüber, als er aber nachher die Hände wusch, begann er plötzlich zu schimpfen: „Wollen Sie das Waschgeld bezahlen für meinen Mittel? Wie kommen Sie dazu, mit Ihren dreidigen Pfoten meinen Arm anzufassen! Man entschuldigt sich doch.“ Der Mittel des Arztes war weich, doch auch die Hände des Arbeiters waren sauber. B. hatte sie, als er zu Litzke ging, selbstverständlich gewaschen, und die Arbeit hatte er ja noch nicht wieder aufgenommen. Aber selbst wenn er direkt vom Bau mit ungewaschenen Händen zum Arzt gelaufen wäre, hätte dieser noch keinen Anlaß gehabt, es in so ungezogener Form zu monieren, daß die Arbeiterhand dem Arztmittel zu nahe gekommen war. Bei dem Geschimpfe des Arztes war B. im ersten Augenblick sprachlos vor Ueberraschung, dann aber antwortete er: „Herr Doktor, ich habe keine Pfoten, ich wollte mir das ganz energisch verbitten“. Der Herr Doktor schimpfte auf neue: „Wie kommen Sie dazu, mich mit Ihren dreidigen Pfoten anzufassen!“ B. sagte ihm zum zweitenmal: „Ich habe keine Pfoten!“ Als er hinzufügte: „Ich werde mich über Sie beschweren“, spottete der Arzt: „Tun Sie das nur.“

Befürchtet hat B. sich nicht, weil er — so sagte er uns — der Ansicht war, daß er als Arbeiter gegenüber dem Arzt doch nicht Recht bekommen würde. Er meint, eine Veröffentlichung durch den „Vorwärts“ werde sicherer bewirken, daß dieser Arzt im Verkehr mit Arbeitern sich künftig so benehmen werde, wie es gebildeter Männer Brauch ist. B. hat uns gegenüber noch die Frage aufgeworfen, was wohl geschehen wäre, wenn der Arzt das Wech gehabt hätte, an den „Nächtigen“ zu geraten, der vielleicht aufbrausend ihm — verzeihen Sie, Herr Doktor, daß wir's offen herauszusagen — ein Paar hinter die Ohren geschlagen hätte. Er sieht auf dem Standpunkt, auch ein Unfallstationsarzt müsse es als die Pflicht eines gebildeten Mannes ansehen, alles zu vermeiden, was einen Arbeiter mit milderer Bildung reizen könnte, auf einen großen Kloy einen großen Keil zu setzen.

Tödlicher Unfall eines Sickers. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich gestern Abend gegen 10 Uhr in der Schönhauser Allee in der Nähe der Stargarder Straße. Der 63 Jahre alte Julius Leonhard, Bewohner des städtischen Sickenhauses, wollte kurz vor 10 Uhr, auf dem Wege nach der Anstalt begreifen, die Schönhauser Allee überschreiten und trat, um einen vorbeifahrenden Arbeitswagen herumgehend, unmittelbar vor einen herannahenden Straßenbahnwagen der Linie 50 auf die Gleise. Obwohl der Wagenführer sofort die Gefahrenbremse zur Anwendung brachte, konnte er bei der kurzen Entfernung von kaum einem Meter nicht verhindern, daß B. von der Vorderplattform erfasst und zu Boden gerissen wurde. Leonhard, der schwere innere Verletzungen und einen Bruch des rechten Schläfenbeins erlitten hatte, wurde mittels Drochle nach dem Lazarus-Krankenhaus übergeführt, wo er unmittelbar nach seiner Eintieferung verstarb.

Blutiger Überfall auf bekannte Samariter. Große Empörung ries in der bergangenen Nacht ein Vorfall in der Grenzstraße hervor. Der in der Grenzstraße 1 wohnhafte Eisenbahnarbeiter Vogt hatte sich in der Wohnung erhebliche Verletzungen zugezogen und war zu einem Arzt in der Nachbarschaft gegangen, um sich Notverbande anlegen zu lassen. Als er vor seinem Wohnhause wieder eintraf, war bereits Nacht und die Haustür verschlossen. V. setzte sich an der Bordwand nieder und sein Zustand verschlimmerte sich allmählich, bis er die Besinnung verlor. Gegen 9 Uhr nachts kamen zwei Arbeiter, der 21-jährige Rudolf Meier, Guffenstraße 42 und der 23-jährige Franz Naidenlei, die in einer Sichel Nachtfracht gehabt hatten, auf dem Heimweg an V. vorüber. Sie nahmen sich des Hilflosen sofort an und wollten ihn nach der Wohnung hinaufschleppen. Da die Haustür verschlossen war, so klopfen sie energisch daran. Schließlich erschienen der Hauswirt und mehrere Kellerbewohner. Ob diese nun die drei Personen für Einbrecher hielten oder ob sie wußten, um was es sich handelte, mag dahingestellt bleiben. Sie fielen über die beiden Samariter und den verletzten V. her und richteten sie schrecklich zu. Dem V. wurde der rechte Unterarm zerhackt und ihm am Gesichte schwere Verletzungen beigebracht. Auch sein Kollege wurde übel zugerichtet. V. mußte in das Lazarus-Krankenhaus eingeliefert werden.

Gesandter, Polizeikontrollant und Hausverwalter. Die Villa Tiergartenstraße 8 war am Montag der Schauplatz einer ungewöhnlichen Polizeiaktion, über die der „Berliner Volks-Zeitung“ folgendes mitgeteilt wird: Seit fünf Jahren wohnt dort der brasilianische Gesandte und bevollmächtigte Minister Dr. José Pereira da Costa Matta, der jetzt in gleicher Eigenschaft nach Lissabon geht. Er hatte schon vor acht Tagen mit seiner Familie im Hotel Adlon Unterkunft gesucht, um den Anzugsarbeiten aus dem Wege zu gehen. Vorher hatte er die Schlüssel dem Hausverwalter übergeben, der bemerkte, daß ein zum Hausinventar gehörendes Regal in der Speisekammer kurzerhand zerhackt worden. Er beließ es jedoch bei einem formellen Einspruch hingenommen. Als aber auch eine ebenfalls zum Inventar gehörige Flurgarderobe mit verpackt werden sollte, legte der Verwalter hiergegen Verwahrung ein und schaffte die Garderobe in seine Wohnung. Der brasilianische Gesandte erbat sich polizeiliches Eingreifen und ersuchte auch, daß Polizeikontrollant Linke vom 33. Revier mit einigen Beamten erschien und in Abwesenheit des Hausverwalters von dessen Frau die Herausgabe der Garderobe verlangte. Der Hinweis der Frau, daß die Garderobe zum Hause gehöre und daß sie laut Anstellungsvertrag mit ihrem Mann für das Inventar einzustehen müßte, fand bei dem Polizeikontrollanten ebensowenig Berücksichtigung, wie der von ihr geltend gemachte Umstand, daß der Gesandte Augenzeugen des Verfalls habe. Der Polizeikontrollant ließ noch andere Scheupleute herbeiführen und die Verwalterwohnung und den Keller durchsuchen. Naturgemäß verursachte der Vorgang in der Villa großes Aufsehen, um so mehr als später ein Schutzmännchen mit einem Polizeihunde stundenlang auf dem Hofe postierte. Die streitige Flurgarderobe wurde von der Polizei nicht gefunden. Der telegraphisch herbeigerufene Generalvertreter des Vizekonsuls bestätigte, daß der Gesandte an der Flurgarderobe keinerlei Anspruch habe. Ueber das Vorgehen des Polizeikontrollanten ist dem Polizeihauptmann sofort Anzeige erstattet worden.

Ein gefährlicher Brand. Gestern früh um 6 Uhr wurde die Feuerwehre wegen eines sehr gefährlichen Brandes, bei dem auch Menschenleben in Gefahr schwebten, nach der Hannoverischen Str. 5 am Driantenburg Tor alarmiert. Dort brannten bei Anbruch der Feuerwehre ein sogenannter Abfallraum der Automobil-Verleiddgesellschaft G. m. b. H., ein Holzschuppen sowie zwei Automobile u. a. Der Brand war beim Abfließen von Benzin entstanden und hatte an dem Benzin ein schnelles reiches Nahrung gefunden. Mit zwei Hähnen des stärksten Kalibers B wurde von zwei Dampfsprizen unausgesetzt kräftig Wasser gegeben. Dadurch wurde eine weitere Ausbreitung des Feuers verhindert. Ein Automobilfahrer erlitt durch Stichflammen Brandwunden im Gesicht. Die übrigen Personen konnten sich durch eilige Flucht in Sicherheit bringen. Der Brand hat übrigens gezeigt, daß der Betrieb besonders durch den aller Sicherheit entbehrenden Abfallraum und durch die Lagerung von Benzin ein sehr feuergefährlicher ist. Das Anzünden einer Zigarre genügt, um das ganze Gebäude in Brand zu stecken.

Der Selbstmord eines neunjährigen Knaben wird aus der Grünhaldenstraße 17 gemeldet. Der Sohn Fritz des Bauarbeiters Knaut besuchte gern „Kienlöppe“. Am Sonntagmorgen war er wieder von 6 bis 9 Uhr dort. Gestern entdeckte die Mutter, daß der Knabe aus dem Kleiderkoffer Geld von ihren Ersparnissen weggenommen hatte; er gab dann auch diesen Diebstahl zu. Wahrscheinlich fürchtete er, schwer geprügelt zu werden, wenn der Vater von der Arbeit kommt. Während die Mutter die Hausreinigung besorgte, erhängte er sich auf dem Flux.

Jirkus Schumann. „Butterfliege“ nennt sich eine neue Attraktion, die sich der Jirkus in der Karlstraße neben anderen neuerdings leistet. Zwei junge Mädchen hängen mit den Füßen an einem großen Rotationsapparat, der in die Höhe gezogen und in Bewegung gesetzt wird. Interessant ist, wie die Czuzons Sisters, mit Serpentin-geväandern bekleidet, in der verdunkelten Manege rotieren und im Strahle des farbigen Lichtes einen wundervollen Eindruck machen.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Die Herrschaft der „Liberalen“ in der Stadtverordnetenversammlung, die jetzt noch nicht ein Jahr dauert, hat auch den Charlottenburger Kommunalrat als eine Gemeinschaft von Leuten geehrt, deren Taten mit ihren Worten in lebhaftem Widerspruch stehen. So lange der heilige Freisinn noch mit zur Minderheit in der Stadtverordnetenversammlung gehörte, bekämpfte derselbe aufs zehrigste die „unpolitische“ Mehrheit und deren eigenbrödelhafte Interessenpolitik. Jetzt, wo der „Liberaleismus“ die absolute, ja, fast die zweidrittelmehrheit erlangt hat, ist manches an ihm und seinen Taten anders geworden. Angebild ist mit der Stärke der „Liberale“ auf dem Rathaus auch ihr Verantwortlichkeitsgefühl gewachsen. An die Stelle ehemals laut erkloberter liberaler Forderungen ist eine Politik äußerst bescheidener Kompromisse getreten, und die „Hugen Erwägungen“ und „gemeinlichen Wünsche“ der „Liberale“ Mannen sind von beispielloser Bescheidenheit und ruhendem Entgegenkommen gegen den Magistrat. Das mag an der Hand von nur wenigen Beispielen gezeigt werden.

So war früher die unentgeltliche Abgabe von Vermitteln an die Volkshäuser auch eine Forderung der „Liberale“, und die sozialdemokratischen Stadtverordneten fanden bei ihren dementsprechenden Anträgen auch die Unterstützung der Freisinnigen. Jetzt ist das anders geworden. Zwar wird für die Gewährung freier Vermitteln im Jahre die Summe von 27 166 M. ausgegeben. Da dieser Betrag jedoch völlig ungenügend ist, beantragten unsere Genossen im Rathaus in der Beratung des laufenden Etats diese Summe auf 50 000 M. zu erhöhen. Dem stimmten aber die „Liberale“ nicht zu, sondern sie erklärten, daß sie an dem mit dem Magistrat abgeschlossenen Vertrag, für fünf Jahre eine weitere außerordentliche Erhöhung der Ausgaben für die freie Lieferung von Vermitteln nicht vornehmen zu wollen, festhalten werden.

Ebenso wenig dachten die „Liberale“ ferner an ihre Neben, daß sie allein die reuweisen Häuser des Selbstverwaltungsbereichs der Gemeinde seien, als es sich um die Beschaffung der Schuldeputation handelte. Von unserer Seite wurde damals Genosse Dr. Borchardt vorgeschlagen. Auch die „Liberale“ gewannen es über sich, diesen Vorschlag zu unterstützen, doch die Regierung winkte ab. Das genügt den „Liberale“. Sie klappten gehorlich zusammen. Nicht ein Wort der Kritik kam mehr über

ihre Lippen, wie sie es ebendem vor zwei Jahren im Falle Benzig noch zu tun wagten. Um Himmels Willen keinen Konflikt mit der Regierung. Jein säuberlich werden da die Prinzipien beiseite gelegt und gut verwahrt, um erst wieder bei einer Wahl hervorgehoben zu werden. Es sind eben äußerst „vorsichtige“ und „kluge Leute“ die „Liberale“.

Und mit derselben Angst, wie sie jedem Konflikt mit der Regierung aus dem Wege gehen, vermeiden sie auch jeden Zusammenhang mit dem Magistrat. Was ist mal irgendein liberaler „junger“ Stadtverordneter in der Hitze der Diskussion, dem Magistrat ein wenig aus dem Weis zu rücken, dann bilden es die „ruhigen, besonnenen“ Elemente unter den „Liberale“ stillschweigend, wie der „junge Heißhorn“ vom Magistrat nach außen Regeln der Kunst und mit dem nervösen Eifer überempfindlicher Seelen abgerüstet wird.

Und doch tut der Magistrat unrecht, seine getreuen „Liberale“ gelegentlich so arg zu verkennen. Trotz zeitweiser rednerischer Ausbrüche gehen die „Liberale“ mit dem Magistrat durch die und dünn. Das beweisen auch die Beratungen über die mit städtischer Hilfe vorgenommene Sanierung der Müllabfuhrgeellschaft. Hier hatte es die Stadt in der Hand, unter den günstigsten Bedingungen die Müllabfuhr in eigene Regie zu übernehmen. Aber der Magistrat, dessen Oberhaupt ja seiner Zeit zu einem so lebhaften Fürsprecher für die ihre Arbeiter rücksichtslos ausserende Gesellschaft wurde, wollte von der eigenen Regie nichts wissen. Mit Hilfe der „Liberale“ wurde unter Garantie städtischer Mittel die Privatgesellschaft über Wasser gehalten und die Stadt hat auf eine lange Reihe von Jahren hinaus nicht die Müllabfuhr, die Müllabfuhr in eigene Verwaltung zu nehmen. — Ähnlich verhält es sich mit der eventuellen Übernahme der Feuerleistungen für die Straßenreinigung und die Feuerwehre in städtische Regie. Auch hier hat der Magistrat keine Lust, die Sache in die Hand zu nehmen. Wieder sollen die Jahrleistungen einem Privatunternehmer zur privaten Beweidung übertragen werden. Und die „Liberale“? Sie schwanken in bänglichem Zweifel hin und her. Sie sehen die mannigfachen Anzuträglichkeiten des privaten Betriebes ein, aber sie wagen nicht dem Magistrat ernsthaft Opposition zu machen. Das Ende der Geschichte wird wieder ein Kompromiß der „Liberale“ mit dem Magistrat sein, bei dem die „Liberale“ durch nichtsagende „Verpflichtungen“ des Magistrats alles weitere in dessen Belieben stellen. Die Privatwirtschaft bleibt auch auf diesem Gebiete erhalten.

Desgleichen werden die „Liberale“ auch in bezug auf die Wertzuwachssteuer nicht wider den Stachel lösen wagen. Wohl haben sie es im Vorjahre teilweise ihren Wählern versprochen, für diese Steuer einzutreten, doch der endlich in dem Ausschuss zur Beratung kommende Antrag unserer sozialdemokratischen Stadtverordneten, die Einführung der Wertzuwachssteuer betreffend, wird zeigen, daß im gegebenen Moment die „Liberale“ keinen Augenblick mit einer natürlich von „reife Erwägungen“ diktierten Ausrede in Verlegenheit sein werden, um das den Wählern gegebene Versprechen nicht halten zu brauchen.

So benutzen die „Liberale“ ihre Macht und Wehrheit in der Stadtverordnetenversammlung nicht zur Durchführung ihrer Versprechungen und Programmpforderungen, sondern zur schwammigen, programmlosen Kompromisserei mit dem Magistrat. Dafür aber haben die „Liberale“ die Genugtuung, daß ihre Stadtratlandskandidaten im Magistrat offene Arme finden.

Ueber die „Arbeiterpolitik“ der „Liberale“ schweigen wir. Darüber werden die Wähler der 3. Abteilung des 5. und 8. Bezirks am 19. Oktober selbst zu entscheiden wissen.

Schöneberg.

In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde zunächst die Aufnahme einer städtischen Anleihe in der Höhe von 18 000 000 M. zum Bau der Untergrundbahn ohne Debatte genehmigt.

Bei der zur Kenntnisnahme unterbreiteten Vorlage des Magistrats betreffend die Nachweisung der im Rückstände befindlichen und unerledigt gebliebenen Sachen vom Jahre 1907 wurde von mehreren Seiten gerügt, daß dem von der Stadtverordnetenversammlung angenommenen Antrage auf Errichtung neuer Omnibuslinien nicht nähergetreten sei. Die Debatte brachte wieder die alten Klagen über die schlechten Verkehrsverhältnisse. Es wurde beschlossene den Magistrat zu ersuchen, für den probeweisen Betrieb einer Omnibuslinie von der Insel nach Charlottenburg die nötigen Schritte einzuleiten und ferner, an die Straßenbahngesellschaft das Ersuchen zu richten, die Linie II über die Insel zu leiten.

Eine ausgedehnte Debatte brachte die Vorlage des Magistrats, auf dem städtischen Grundbesitz in Deutsch-Busterhausen ein Alters- und Siedenhaus zu errichten. Zu diesem Zweck soll ein 10 Morgen großes Gelände zur Verfügung gestellt werden. Der eingehende Ausschuss hatte einstimmig empfohlen, der Magistratsvorlage zuzustimmen. Stadts. Ruhnitz (lib. Fr.) tritt dafür ein, das Armen- und Siedenhaus in Schöneberg, in der Nähe des Krankenhauses, zu errichten. Die beiden Anstalten liegen sich dann leicht verbinden, so daß Verwaltungsstellen gespart würden. Redner hält den in Aussicht genommenen Platz für ganz ungeeignet, weil sich nicht weit davon die städtischen Kieselsteine befinden. Mehrere Redner treten diesen Ausführungen entgegen und halten den Platz in Deutsch-Busterhausen für außerordentlich geeignet zu dem genannten Zweck.

Stadts. Baumler (Soz.) tritt ebenfalls namens der sozialdemokratischen Fraktion für die Errichtung in Deutsch-Busterhausen ein. Im Ausschuss habe fast nur die Platzfrage eine Rolle gespielt. Er gebe zu, daß manches dafür spreche, die Anstalt in Schöneberg zu errichten, eine große Reihe von Gründen besage aber, daß es vorteilhafter ist, dieselbe in Deutsch-Busterhausen zu errichten. Redner empfiehlt, der Magistratsvorlage zuzustimmen. Stadts. Hoffmann (Soz.) unterstützt die Ausführungen des Stadts. Ruhnitz und wendet sich energisch gegen die Errichtung der Anstalt in Deutsch-Busterhausen. Seiner Meinung nach besage man damit nur den Zweck, die Armen und Sieden aus Schöneberg abzuschieben. Es muß dafür gesorgt werden, daß die Anstalt in Schöneberg errichtet wird. — Die Magistratsvorlage wird darauf nach den Beschlüssen des Ausschusses gegen wenige Stimmen angenommen.

Die Wahlen der Stadtverordneten Lamsberg, Heyne und Menting werden für gültig erklärt. Ebenso wird nach den Beschlüssen des Wahlaufschusses beschlossen, von den sieben Einsprüchen gegen die Richtigkeit der Wählerliste fünf als begründet anzuerkennen. Ein Einspruch wurde abgewiesen, weil der Einspruchserheber durch die Krankenhauseinweisung seines Sohnes im laufenden Jahre im Wege der öffentlichen Armenpflege unterstellt wurde.

Zur Ausführung von Arbeiten bei Anlage des neuen Friedhofs und der Stadtgärtnerei werden weitere 25 000 M. bewilligt. Bei dieser Gelegenheit richtet Stadts. Rüter (Soz.) das Ersuchen an den Magistrat, den anzustellenden Arbeitern doch nicht gleich in der ersten Woche die rückständigen Steuern abzugleichen.

Zugestimmt wird der Regulierung der Mühlenstraße, sobald der Errichtung eines Schwitterhauses auf dem städtischen Kieselgut.

Rigdorf.

Die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen, besonders in der zweiten Abteilung, sind wiederholt Gegenstand eingehender Erörterungen der bürgerlichen Parteien und Vereine gewesen. Die Furcht vor einem möglichen Siege der Sozialdemokratie in der zweiten Abteilung erfüllt die herrschende Rathhausmehrheit mit langer Sorge. Diese spießt vor allem darin, daß bei einem Siege der Sozialdemokratie die Finanzen — insbesondere die Steuern — der Stadt auf eine andere Basis gestellt würden, als es der gegenwärtigen Mehrheit zuzust. Und in echter Demagogikweise wird dann hinzugefügt — um dem truben Spiegle des Gruseln beizufügen: In der zweiten Abteilung veranw.: Th. Giese, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts

zubringen — daß dadurch das Ansehen der guten Stadt Rigdorf erheblich geschädigt und die Finanzverhältnisse wirtschaftlich untergraben werden. Um das nun zu verhindern, hat sich bereits ein Komitee zur Bekämpfung der Sozialdemokratie gebildet, welches sich aus den Vorsitzenden der Hausbesitzer- und freiwirtschaftlichen Vereine zusammensetzt. Ob die Parteienvereine ebenfalls dazu gehören, entzieht sich einzuwählen noch unserer Kenntnis. So treibt die Angst vor der Sozialdemokratie die feindseligen Kräfte, die sich erst gegenständig das Feld freitig machen wollten, zu gemeinsamer Arbeit zusammen. Für unsere Genossen muß das ein Ansporn sein, um so energischer gegen diese privilegierten Klassen siegreich anzukämpfen, trotz der ungerechten Klaffenenteilung.

Ein 14-jähriger Defraudant. Nach Unterschlagung von 1200 M. ist gestern der 14-jährige Sohn des Fabrikbesizers K. aus Rigdorf verhaftet worden. Der Knabe hat das Geld seinem eigenen Vater entwendet. Er war mit einem Sackel zur Bank geschickt worden, um das Geld abzugeben. Auf dem Wege dorthin begegnete er dem Kaufherrn Stanislaus Sikorski, Goethestr. 9. Er früher bei dem Fabrikanten K. in Stellung war. Sikorski überredete den jungen Menschen dazu, das Geld zu unterschlagen und mit ihm nach Hamburg zu fahren. Nachdem Sikorski dem verführten Knaben einen großen Teil des Geldes abgehändigt hatte, fuhr er wieder nach Berlin zurück. K. wurde gestern in Hamburg von einem Kriminalbeamten aufgegriffen und seine Angehörigen sofort benachrichtigt. Auch Sikorski befindet sich in Haft.

Ein Kindesmord liegt zweifellos einem Leichenfunde zugrunde, der gestern nachmittag im Rigdorter Schiffahrtskanal gemacht wurde. Am Weigand-Ifser bemerkte der Kanalwächser Mielke ein weiches Paket, das auf der Oberfläche des Kanals schwamm. Er schaffte es ans Ifser und fand zu seinem Entsetzen die Leiche eines Kindes darin. Der Mund war mit einem bandartigen Leinwandstreifen zugedebnet, ein Heischen dafür, daß das Kind erdrosselt worden ist. Die Hülle des Pakets bestand in einem Stück eines Frauenhemdes. Die Leiche wurde durch die Polizei nach dem Schauhause gebracht.

Lichtenberg.

Vom 1. Oktober ab befindet sich die „Vorwärts“-Expedition nicht mehr Kronprinzenstraße 50, sondern Kronprinzenstraße Nr. 4, vorn 1. Treppe.

In dem Bericht über die Lichtenberger Versammlung über den Nürnberger Parteitag vertrat der Schriftführer die Auffassung, daß Genosse Ritsche in der Diskussion sich auf den Standpunkt der Süddeutschen gestellt habe. Genosse Ritsche sendet uns eine Veridichtigung, der wir entnehmen, daß er sich noch kein abgeschlossenes Urteil über die Budgetbewilligung gefasst, weil er den süddeutschen Verhältnissen vollständig fremd gegenübersteht.

Friedrichshagen.

Unsere Parteidivision wird am 1. Oktober ihre Tätigkeit beginnen. Die Expedition befindet sich Wilhelmstraße 58. Die Zeitungskommission hat die ihr übertragenen Abbestellung der Abonnements bei den Privatpediteuren rechtzeitig erledigt und ersuchen wir die Genossen, die uns mit der Abbestellung beauftragt hatten, am Donnerstag darauf zu achten, daß ihnen die Zeitung von den Botenfrauen unserer Parteidivision geliefert wird. Eventuelle Beschwerden über unpünktliche Lieferung bitten wir an den Expediteur Schmidt, Wilhelmstraße 58, gelangen zu lassen. Die Zeitungskommission.

Grüner.

Unter den Nädern eines Lastwagens hat der vierjährige Sohn Herbert des Malers Stephan, Königsr. 41, den Tod gefunden. Der Kleine lief beim Spielen auf der Straße direkt vor das Vorderrad des mit Steinen beladenen Fuhrwerks. Er fiel nieder und ehe der Kauscher anzuhalten vermochte, war das Rad über den Knaben hinweggegangen und hatte ihn vollständig germalmt. Der Tod trat auf der Stelle ein.

Adlershof.

Die letzte Mitgliederversammlung des Wahlvereins beschäftigte sich außer mit dem Bericht vom Nürnberger Parteitage, den wir gestern brachten, noch mit einigen anderen Tagesordnungspunkten. Zu erwähnen ist, daß die Genossin Grünberg für die Frauen in den Vorstand gewählt worden ist. — Aus der Mitte der Versammlung kam die Anfrage, ob es richtig sei, daß die sozialdemokratischen Gemeindevertreter die Kosten im Betrage von 400 M. zu den Festlichkeiten aus Anlaß der Einweihung des neuen Feuerwehrtienstgebäudes bewilligt hätten. Gemeindevertreter Hildebrandt bejahte dies und meinte, es sei üblich, daß öffentliche Gebäude in feierlicher Weise ihrer Bestimmung übergeben werden. Wenn man dies anerkennt, müsse man auch die Mittel dazu bewilligen. Die Genossen Hauser, Horlich, Steuer und andere traten dieser Auffassung entgegen. Wenn auch gegen die festliche Einweihung öffentlicher, dem Wohle der Gemeinde dienender Gebäude nicht einzuwenden sei, so tragen doch diese Festlichkeiten einen Charakter, bei dem es ohne den üblichen patriotischen Klimbim nicht abgehe. Die Redner verurteilten die Zustimmung unserer Gemeindevertreter. Ein Beschluß in der Angelegenheit wurde nicht gefaßt. — Dem Wahlverein sind 11 Genossen und 60 Genossinnen beigetreten. Die Adresse des Kassierers Genossen Hingys ist vom 1. Oktober ab Genossenschaftstraße 27.

Dranienburg.

Auf einen Werd deutet ein Skelettfund, welcher bei Ausschachtungsarbeiten in der Vernauer Straße gemacht wurde. Dort wurde in einer Tiefe von etwa 80 Zentimetern das Skelett eines Mannes aufgefunden, welches noch von mehreren Stoffteilen umhüllt war. Die Leiche befindet sich nach Schätzung 15—20 Jahre an der Fundstelle. Seitens der Kriminalpolizei ist eine Untersuchung eingeleitet worden.

Oberwalde.

Eine schwere Baukatastrophe ereignete sich gestern morgen bei dem durch die Errichtung des Großschiffahrtsweges erforderlichen Umbau der Bahnanlagen der Stettiner Bahn. Unmittelbar hinter dem Bahnhof Oberwalde wird an der Abzweigung der Bahnstrecke nach Hochetel eine neue Weide gebaut, für welche ein Dauerpfeiler errichtet ist. Unter dem Druck aufgeworfener Erdmassen gab das Bauwerk nach und zwei am Fuße derselben stehende Italiener wurden unter den Sandmassen verschüttet. Die alsbald ausgekommenen Rettungsarbeiten hatten leider wenig Erfolg. Der eine Arbeiter wurde als Leiche hervorgerufen, der zweite wurde zwar noch lebend befreit, mußte jedoch in hoffnungslosem Zustande nach dem städtischen Krankenhaus übergeführt werden.

Potsdam.

Unter dem Verdacht, den Nord an dem Milchhändler Brenke in Bornstedt verübt zu haben, ist der Gärtner Anton Scholten verhaftet worden. Während die Potsdamer Kriminalpolizei ihn suchte und Befragungsmaterial gegen ihn sammelte, trieb sich Scholten umher, bis er vorgestern in Berlin obdachlos aufgegriffen wurde. Bei dem Verhör, das Kriminalkommissar Steinhilber aus Potsdam gestern vormittag mit ihm anstellte, erzielten die Verdachtsgründe keine Nahrung. Scholten verwickelte sich in Widersprüche und machte, um einen Alibiweis zu führen, die verschiedensten Angaben. Der Kommissar nahm ihn deshalb nach Potsdam mit, um ihn dort dem Untersuchungsrichter vorzuführen.

Eingegangene Druckschriften.

Wie leitet man eine Versammlung? Geschichtlicher Handwörter für Besondere. 2. Auflage. Preis 1 M. Verlagshandlung T. Wittenberg, Berlin.
Knepper Plan von Berlin mit Jähren. Von Jul. Straube. 30 Bl. Selbstverlag, Berlin SW. 13.
Der Deutschentener. Monatschrift für praktische Anthropologie. Nr. 6. Herausg.: Dr. A. Stube und Magdalene Thumm-Kimel. Einzeld. 60 Pf. Verlag: D. Wiegand in Leipzig.
Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Sinaer & Co., Berlin SW.